



SLOVENSKÁ  
SPOLOČNOSŤ  
PRE ZAHRAČNÍČNÚ  
POLITIKU  
SFP

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT  
PRESSBURG

österreichisches kultur forum<sup>öb</sup>

# Zwei Jahrzehnte österreichisch-slowakische Beziehungen

Vladimír Benč, Vladimír Bilčík,  
Alexander Duleba, Simon Gruber, Tomáš Strážay

# **Zwei Jahrzehnte österreichisch-slowakische Beziehungen**

Vladimír Benč, Vladimír Bilčík,  
Alexander Duleba, Simon Gruber, Tomáš Strážay

**Bratislava 2013**

## **Zwei Jahrzehnte österreichisch-slowakische Beziehungen**

© Forschungszentrum der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik  
Österreichische Botschaft Pressburg

Bratislava 2013

Autoren: Vladimír Benč, Vladimír Bilčík, Alexander Duleba,  
Simon Gruber, Tomáš Strážay

Übersetzung: Simon Gruber, Ingrid Tomčíková  
Graphische Gestaltung und Druck: AEPRESS, s.r.o.

ISBN 978-80-89356-40-9

Grußwort des österreichischen Vizekanzlers und Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten .....	5
Grußwort des Vizepremierministers und Ministers für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik .....	6
Vorwort .....	7
<b>Geschichte und Politik</b> (Simon Gruber) .....	8
Geschichte .....	8
<i>Reicher historischer Kontext</i> .....	8
<i>Relativ wenig Vorbelastung</i> .....	8
<i>Eiserner Vorhang und österreichisches Fernsehen</i> .....	9
<i>November 1989: Rückkehr nach Europa</i> .....	10
<i>Geordnete Staatsteilung, unverzügliche Anerkennung</i> .....	11
<i>Annäherung an die EU im gemeinsamen Interesse</i> .....	11
Gegenwart .....	13
<i>Politische Kontakte auf hohem Niveau</i> .....	13
<i>Dominierende Themen</i> .....	14
<i>Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich</i> .....	15
<i>Zusammenarbeit im militärischen Bereich</i> .....	15
<i>Ambivalente wechselseitige Wahrnehmung</i> .....	16
<i>Medienberichterstattung mit Reserven</i> .....	18
<i>Kultur und Bildung als Musterbeispiel gelungener Kooperation</i> .....	19
<b>Handels- und Investitionsbeziehungen</b> (Vladimír Benč) .....	21
Reformen und Makroökonomie: Der Kontext der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen in den Jahren 1993 – 2013 .....	22
Analyse des bilateralen Austauschs im Handel und bei den Dienstleistungen .....	25
<i>Tourismus</i> .....	28
Analyse der bilateralen Investitionen .....	29
Das institutionelle System zur Unterstützung des wechselseitigen Handels und der Investitionen .....	32
<b>Die Europäische Integration der Slowakei und ihre Partnerschaft mit Österreich in der EU</b> (Vladimír Bilčík) .....	34
Österreich und die Beitrittsprioritäten der Slowakei .....	35
<i>Die Erweiterung des Schengen-Raums</i> .....	36

<i>Freier Personenverkehr</i> .....	37
<i>Eurozone</i> .....	39
Die Mitgliedschaft und Krise in der EU .....	41
<b>Energie (Alexander Duleba)</b> .....	43
Unterschiedliche Sicht auf die Nutzung der Atomenergie .....	44
Gemeinsamer Strommarkt(?).....	48
Gemeinsame Interessen im Bereich der Erdgaslieferungen.....	51
Potential für Zusammenarbeit im Bereich der Ölversorgung .....	53
<b>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Initiativen</b>	
(Tomáš Strážay) .....	56
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit .....	56
<i>Rahmendokumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit</i> .....	57
<i>Programme und Instrumente zur Unterstützung der grenzüberschreitenden</i>	
<i>Zusammenarbeit</i> .....	57
<i>Europaregionen und weitere Formen der interregionalen Zusammenarbeit</i> ....	59
<i>Euregio Weinviertel-Südmähren-Westslowakei</i> .....	60
CENTROPE .....	60
<i>Twin City Wien-Bratislava</i> .....	61
Regionale Initiativen.....	61
<i>Zentraleuropäische Initiative (ZEI)</i> .....	62
<i>Die Visegrád – Zusammenarbeit</i> .....	62
<i>Die Regionale Partnerschaft</i> .....	63
<i>Die Strategie für den Donauraum</i> .....	64
Vorläufige Schlussfolgerungen .....	64
<b>Empfehlungen</b> .....	67

## Liebe Leserinnen und Leser,



Österreich und die Slowakei sind eng verbundene Nachbarn in der Mitte Europas. Die beiden Jahrzehnte, seit die Slowakei ein selbständiger Staat ist, waren durch atemberaubende Veränderungen gekennzeichnet.

Beide Länder traten der Europäischen Union, dem Schengenraum und der Eurozone bei. Das dichte Netz an Verbindungslinien zwischen unseren beiden Ländern und Völkern wurde in den vergangenen 20 Jahren in wirtschaftlicher, politischer, kultureller und menschlicher Hinsicht ausgebaut und verstärkt. Es kam zu einer eindrucksvollen Intensivierung der diplomatischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Ein reger Besuchs Austausch zwischen österreichischen und slowakischen Politikern und Politikerinnen folgte. Der bilaterale Handel und die Investitionen entwickelten sich eindrucksvoll. Zahlreiche grenzüberschreitende Projekte wurden umgesetzt.

Zwanzig Jahre sind daher eine gute Gelegenheit, um innezuhalten und eine systematische Bilanz zu ziehen. Was wurde im wechselseitigen Verhältnis erreicht, welche Ziele und Herausforderungen gibt es für die Zukunft? Die vorliegende Studie bietet Antworten, regt jedoch auch zur Diskussion an und beinhaltet Empfehlungen. Ich bin überzeugt, dass die Studie einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung und Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern leistet.

Dr. Michael Spindelegger  
Vizekanzler und Bundesminister für europäische  
und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich

## Liebe Leserinnen und Leser,



Seit zwanzig Jahren unterhalten die Slowakische Republik und Österreich diplomatische Beziehungen. Es war erfreulich, dass Österreich zu den ersten Ländern gehörte, die unsere Selbständigkeit diplomatisch anerkannt haben.

Österreich war für uns das geographisch nächste Land der „westlichen Welt“. Auf dem Weg der Slowakei zu einer vollwertigen Demokratie unterstützten uns viele Partner, unter denen Österreich einen der prominentesten Plätze einnahm und auch künftig einnehmen wird. Mit den Veränderungen nach dem November 1989 wuchs in enormer Weise die Bedeutung Österreichs für die slowakische Bevölkerung, die ihre ersten Ausflüge in der Euphorie der neugewonnenen Reisefreiheit nach Wien, Niederösterreich und ins Burgenland unternahm. Stets bemühten sich die Österreicherinnen und Österreicher, uns eine helfende Hand zu reichen.

Schrittweise intensivierte sich auch der 40 Jahre lang künstlich unterbrochene Kontakt zwischen unseren beiden Ländern. Zunächst wurden die Grenzkontrollen vereinfacht, dann die Visapflicht abgeschafft, dann waren nicht einmal mehr Pässe nötig, das Schengen-System wurde eingeführt. Nun ist Österreich unser einziger Nachbar, mit dem wir die gemeinsame europäische Währung teilen. Außerdem wurde eine Autobahn zwischen unseren beiden Hauptstädten errichtet und aus zwei Bahnhöfen in Bratislava fahren mindestens stündlich Züge nach Wien. All diese Tatsachen illustrieren in Kürze die Veränderungen, welche in den letzten zwei Jahrzehnten stattgefunden haben. Zugleich stehen zahlreiche neue Infrastruktur- und Energieprojekte in Vorbereitung.

Darum habe ich mit Freude die Idee begrüßt, dass in Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Botschaft in Bratislava und der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik unter Mitwirkung der slowakischen Botschaft in Wien eine Publikation zum 20. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Slowakischen Republik und Österreich entsteht. In dieser praktischen Broschüre, die einen hervorragenden Überblick über die Entwicklung unserer Beziehungen in den Bereichen der Politik, der Wirtschaft, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Kultur bietet, werden zugleich viele Schritte analysiert und definiert, die für eine noch intensivere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich erforderlich sind.

Ich wünsche den Verfassern der Broschüre, dass sie viele interessierte Leserinnen und Leser findet, in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, auch unter den Studierenden der internationalen Beziehungen, um so zur Verbreitung des Wissens über die Beziehungen zwischen unseren Ländern beizutragen.

Miroslav Lajčák  
Vizepremierminister und Minister für auswärtige  
und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik

Das Hauptziel dieser Studie besteht darin, die erreichten Erfolge in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei in den Jahren 1993 bis 2013 zu bewerten, die offenen Fragen zu identifizieren sowie die Trends für die kommende Zeit zu skizzieren. Diese Publikation kann keinen erschöpfenden Überblick über sämtliche Initiativen und Aktivitäten bieten, die während der vergangenen zwei Jahrzehnte im slowakisch-österreichischen Format verwirklicht wurden, sondern soll eher auf jene Bereiche verweisen, die aus dem Gesichtspunkt der bilateralen Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung sind.

Die Studie besteht aus sechs miteinander zusammenhängenden Teilen bzw. Kapiteln. Das erste Kapitel, verfasst von Simon Gruber von der österreichischen Botschaft in der Slowakei, analysiert den historischen Hintergrund der wechselseitigen Beziehungen und das politische Niveau der Zusammenarbeit. Die weiteren Kapitel stammen von einem Autorenteam aus Analytikern des Forschungszentrums der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik (RC SFPA). Verfasser des Kapitels über die wirtschaftlichen Aspekte der wechselseitigen Beziehungen mit einem Schwerpunkt auf Handel und Investitionen ist Vladimír Benč, Leiter des Programms Wirtschaftspolitik. Den gemeinsamen Initiativen auf EU-Ebene widmet sich das dritte Kapitel von Vladimír Bilčík, dem Leiter des Programms Europäische Studien. Das vierte Kapitel aus der Feder des Direktors des Forschungszentrums, Alexander Duleba, konzentriert sich auf die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit im Energiebereich und auf die offenen Fragen, die sich aus der unterschiedlichen Sicht beider Seiten auf die Nutzung der Atomenergie ergeben. Thema des fünften Kapitels sind die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Initiativen – Verfasser ist der Leiter des Programms Mittel- und Südosteuropa, Tomáš Strážay. Das abschließende sechste Kapitel enthält in übersichtlicher Gliederung nach der thematischen Ausrichtung der einzelnen Teile Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die weitere Entfaltung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, die sich an die involvierten Handelnden in der Slowakei und Österreich richten.



## Geschichte

### Reicher historischer Kontext

Seit 20 Jahren unterhalten Österreich und die Slowakei bilaterale politische Beziehungen, was jedoch nicht bedeutet, dass sich die beiden Staaten am 1. Januar 1993 wie Fremde ohne eine gemeinsame Vorgeschichte gegenüber getreten wären. Im Gegenteil, man konnte auf reichen – wenn auch nicht immer ungetrübten – historischen Wechselwirkungen aufbauen. Im Rahmen der Habsburgermonarchie waren Österreich und das Gebiet der heutigen Slowakei, das zwischen 907 und 1918 zu Ungarn gehörte, nicht nur Teil einer Zoll-, Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eines mitteleuropäischen Raums der Kultur, Wissenschaft und Bildung. Beispielsweise waren bereits im frühen 18. Jahrhundert Bergbauspezialisten aus Tirol, der Steiermark und Kärnten in den mittelslowakischen Bergbaustädten tätig.<sup>1</sup> Zentrale Persönlichkeiten des slowakischen politischen und kulturellen Lebens wie Samo Chalupka (1812-1883), Michal Miloslav Hodža (1811-1870) und Milan Hodža (1878-1944) studierten in Wien. Zwischen dem multinationalen Pressburg und Wien herrschte in der Moderne reger Austausch. Ab 1914 verkehrte bis zum Zweiten Weltkrieg zwischen den beiden Städten sogar eine heute legendäre elektrische „Straßenbahn“. Nördlich der Donau verbanden die beiden Marchufer zahlreiche Brücken und machten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensive Wirtschaftsbeziehungen und Arbeitsmigration zur Selbstverständlichkeit. Im gesamten 20. Jahrhundert, auch während der Zeit des Kommunismus, gab es formelle und – wichtiger noch – informelle Kontakte. Diese Kontakte intensivierten sich schlagartig zwischen 1989 und 1993.

### Relativ wenig Vorbelastung

In politischer Hinsicht führte die Geschichte zu weniger Belastungen für das österreichisch-slowakische Verhältnis als insbesondere zwischen Österreich und Tschechien.

- Erstens war die Slowakei nicht von der gewaltsamen Unterwerfung der böhmischen Stände im Zuge des Dreißigjährigen Krieges betroffen, die zu bleibenden tschechischen Ressentiments gegenüber Österreich führte. Das habsburgische, kaiserliche

---

<sup>1</sup> Balážová, B.: Zwei Tiroler in den slowakischen Bergstädten : Joseph Andreas Wenzel Freiherr von Sternbach (1694 – 1734) und Michael Anton Räsner (um 1669 – 1746). In: Ingenhaeff, W., Bair, J.: *Bergbau und Kunst*. Band I. Bildende Künste (Architektur, Grafik, Malerei, Glasmalerei etc.). Hall in Tirol – Wien: Berenkamp, 2011, S. 13 – 44.

und katholische Wien stellte im 19. Jahrhundert sogar eine Hoffnung für den Großteil der slowakischen Elite dar. 1848 unterstützten die Vertreter der slowakischen Nationalbewegung um Ľudovít Štúr die Habsburger. Da es allerdings nur bei den Hoffnungen blieb, nachdem Wien durch den Ausgleich mit Budapest 1867 die slowakische Bevölkerung einem zunehmenden Magyarisierungsdruck preisgegeben hatte, ist der slowakische Blick auf die Habsburgermonarchie frei von jeglicher Nostalgie.

- Zweitens sind die Beneš-Dekrete, eines der Themen, die wie ein Schatten über dem österreichisch-tschechischen Verhältnis hängen,<sup>2</sup> für das österreichisch-slowakische Verhältnis weniger virulent. Bei der Volkszählung des Jahres 1930 bekannten sich fast 157.000 Personen in der Slowakei zur deutschen Nationalität.<sup>3</sup> Zwar fanden die Dekrete auch in der Slowakei Anwendung, doch zum einen war die Zahl der betroffenen Personen viel geringer als im tschechischen Landesteil, zum anderen erfolgten die Vertreibungen ohne Gewaltexzesse.<sup>4</sup> Nicht zuletzt gelang der Slowakei eine versöhnliche Geste, indem der Slowakische Nationalrat am 12. Februar 1991 eine „Resolution über die Aussiedlung der slowakischen Deutschen“ verabschiedete, in der Bedauern über die Vertreibungen geäußert und das Prinzip der Kollektivschuld verurteilt wurde.<sup>5</sup> Aus diesen Gründen ist der Ballast, den die Beneš-Dekrete für Österreich und die Slowakei mit sich bringen, wesentlich geringer als im Fall Tschechiens.

## Eiserner Vorhang und österreichisches Fernsehen

1948 übernahmen die Kommunisten in der Tschechoslowakei die Macht. Im Kontext des Kalten Krieges gewann die Nähe Österreichs aus slowakischer Sicht eine neue Bedeutung. Zuerst wurde Wien zum Zentrum des slowakischen politischen Exils. Ab dem Jahr 1950 sendete von Österreich aus der Sender der Weißen Legion; der slowakische Antikommunismus hatte sein Hinterland in Österreich.<sup>6</sup> Zwischen 1948 und 1989 wurden an der slowakisch-österreichischen Grenze durch Schüsse, Hochspannung und Minen mindestens 40 Personen getötet.<sup>7</sup> In der Westslowakei bis in die Gegend von Piešťany war der ORF zu empfangen. Nicht wenige slowakische Bürgerinnen und Bür-

---

<sup>2</sup> Bruna, P.: *Nevraživé susedstvá? Problémy súčasných česko-rakouských vzťahů a jejich příčiny*. Asociace pro mezinárodní otázky, Research Paper 4/2012, S. 10 – 11.

<sup>3</sup> Srb, V.: *Obyvatelstvo Slovenska 1918-1938*. Bratislava: Inštitút informatiky a štatistiky, 2002, S. 10.

<sup>4</sup> Spetko, J.: *Die Slowakei. Heimat der Völker*. Wien; München: Amalthea Verlag, 1991, S. 114.

<sup>5</sup> Vgl. [http://www.nrsr.sk/web/Static/sk-SK/NRSR/Doc/v\\_k-odsunu-nemcov.htm](http://www.nrsr.sk/web/Static/sk-SK/NRSR/Doc/v_k-odsunu-nemcov.htm) (abgerufen 25.7.2013).

<sup>6</sup> Katrebova-Blehova, B.: Das slowakische politische Exil in Österreich, 1945–1955. In: Hrabovec, E., Katrebova-Blehova, B.: *Slowakei und Österreich im 20. Jahrhundert. Eine Nachbarschaft in historisch-literarischer Perspektive*. Wien: LIT Verlag, 2008, S. 173 – 214.

<sup>7</sup> Morbacher, L.: 11. brigáda Pohraničnej stráže v systéme ochrany hranice. In: *Ústav pamäti národa: Moc versus občan. Úloha represie a politického násillia v komunizme*. Bratislava: ÚPN, 2005, S. 113 – 123, hier S. 122.

ger erlernten während des Kommunismus durch den ORF die deutsche Sprache und waren über Österreich besser informiert als über das eigene Land. Österreich wurde als Vorbild und als internationaler Advokat wahrgenommen. Der ORF informierte die Welt über die Kerzen-Demonstration vom 25. März 1988, die größte öffentliche Aktion der slowakischen Dissidenz vor der Revolution. Der Wiener Erzbischof Kardinal König wurde zu einer wichtigen Stütze für die Kirche in der Slowakei.<sup>8</sup>

„Wenn wir es zusammenfassen, so war der ORF für die slowakische Bevölkerung ein Beispiel eines freien Fernsehens, der österreichische Bundeskanzler (aber auch der Außenminister) ein Beispiel eines europäischen Staatsmannes und die österreichische Wirtschaft und der Umtauschkurs des Schillings ein Beispiel, wo wir ohne den Kommunismus sein könnten.“<sup>9</sup>

## November 1989: Rückkehr nach Europa

Im November und Dezember 1989 fand diese Sicht ihren Ausdruck. Nachdem Österreich mit 4. Dezember 1989 die Visumpflicht aufgehoben hatte – zuerst bis zum 17. Dezember, dann bis Ende des Jahres – wurde der Kurzbesuch in Österreich für viele slowakische Bürgerinnen und Bürger das prägende Erlebnis im Zusammenhang mit Österreich in jenen Monaten. Allein am 9. und 10. Dezember besuchten mehr als eine Viertelmillion Personen aus der Tschechoslowakei Österreich, davon 100.000 Wien. Die größte organisierte Aktion fand am 10. Dezember 1989 statt. Die beiden treibenden Kräfte des Machtwechsels in der Slowakei, die Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) und die Studierenden, riefen zu einer Wanderung ins österreichische Grenzstädtchen Hainburg auf.<sup>10</sup> In der Erinnerung der Akteure Fedor Gál und Peter Zajac „erreichte die Revolutionseuphorie in Hainburg ihren Höhepunkt“.<sup>11</sup> Aus slowakischer Sicht führte der Marsch, an dem sich ca. 130.000 Personen, vornehmlich aus Bratislava, beteiligten, nicht ins Provinznest Hainburg, sondern geradewegs nach Europa.

Nach 1989 versuchte die slowakische Regierung schnell und durchaus erfolgreich, Interessenten für Joint Ventures mit slowakischen Unternehmen zu gewinnen.<sup>12</sup> Noch vor Ende 1990 wurden zudem erste Kooperationen mit österreichischen Volkshochschulen und Handelsakademien vereinbart. Die Großzügigkeit Österreichs bei der

---

<sup>8</sup> Červený, M. (Hg.): *Kardinál König, Priateľ Slovenska/Freund der Slowakei*. Bratislava: LÚČ vyd. družstvo, 1998.

<sup>9</sup> Daniška, J.: *Rakúsky príklad*. In: Týždeň 33/2011, 15. 8. 2011.

<sup>10</sup> Zur Genese der Idee vgl. Bútorá, M.: *Odklínanie (Texty z rokov 1967-2004)*. Bratislava: Kalligram, 2004, S. 273; Fotos abgedruckt in Ústav pamäti národa: *November očami Štb a ulice*. Bratislava: ÚPN, 2009, S. 222–235.

<sup>11</sup> Gál, F., Zajac, P.: *November '89*. Bratislava: Kalligram, 2009, S. 15.

<sup>12</sup> Regierungsvorsitzender Milan Čič, Stenographisches Protokoll der 24. Sitzung des Slowakischen Nationalrats, 29./30. März 1990; 26. Sitzung des Slowakischen Nationalrats, 27. April 1990.

Finanzierung dieser Projekte wurde im slowakischen Parlament anerkennend hervor-  
gehoben.<sup>13</sup>

### **Geordnete Staatsteilung, unverzügliche Anerkennung**

Als sich in den Jahren vor 1993 die Möglichkeit einer Auflösung der Tschechoslowakei abzuzeichnen begann, nahm Österreich einen neutralen Standpunkt ein. Zwar entsprach die Staatsteilung nicht dem Trend der europäischen Einigung, doch für Österreich war entscheidend, dass die Trennung friedlich und geordnet erfolge, wie es auch geschah. Aufgrund seiner guten Kontakte und Informationen hegte Österreich weniger Zweifel an der Lebensfähigkeit der Slowakei als manche anderen Länder. Im Sinne einer gedeihlichen künftigen Zusammenarbeit mit hohem Potential erkannte Österreich die Slowakei unverzüglich an. Unmittelbar nach dem Botschafter der Tschechischen Republik konnte Dr. Maximilian Pammer als erster ausländischer Botschafter im März 1993 dem frischgewählten ersten slowakischen Präsidenten Michal Kováč sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Am 13. Juli 1993 besuchte der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil, den in der Folge starke persönliche Sympathie mit seinem Amtskollegen Michal Kováč verband, als erstes ausländisches Staatsoberhaupt die Slowakische Republik.

### **Annäherung an die EU im gemeinsamen Interesse**

In den 1990er-Jahren setzte sich Österreich für die europäische Perspektive der Slowakei ein. Österreich war als einziges „westliches“ Land, mit dem die Slowakei eine Grenze teilte, an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität seines Nachbarn besonders interessiert. Als Handelspartner und Investitionsziel war die Slowakei für Österreich bereits in den 1990er-Jahren von beträchtlicher Bedeutung. Anfang 1997 unterhielten österreichische Unternehmen in der Slowakei rund 1.500 Niederlassungen und Joint-Ventures.<sup>14</sup> Auch aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen war aus österreichischer Sicht eine Einbindung der Slowakei in die europäischen Strukturen einem Abdriften des Landes in eine ungewisse Zukunft bei weitem vorzuziehen.<sup>15</sup>

Diese Fragen waren von hoher Relevanz, weil die Slowakei unter der dritten Regierung Vladimír Mečiar (1994-1998) wegen des autoritären Stils des Premierministers an den Rand der internationalen Isolation geriet. Die erste Runde der NATO-Erweiterung fand ohne die Slowakei statt; auf dem Erweiterungsgipfel der EU von Luxemburg im Dezember 1997 wurde die Slowakei im Unterschied zu Polen, Ungarn, Tschechien nicht in die Gruppe der aussichtsreichsten Beitrittskandidaten gereiht.

Angesichts solch bedenklicher Entwicklungen setzte die Slowakei starke Hoffnungen auf gute Beziehungen mit Österreich und sah in ihrem Nachbarn einen Für-

---

<sup>13</sup> Abgeordneter Michal Géci, Stenographisches Protokoll der 9. Sitzung des Slowakischen Nationalrats, 17., 18., 19. und 20. Dezember 1990, S. 302.

<sup>14</sup> Brüssel bezweifelt EU-Reife der Slowakei. In: *Wirtschaftsblatt*, 15. 4. 1997.

<sup>15</sup> Busek, E.: Slowakei nicht ausgrenzen! In: *Der Standard*, 12. 12. 1997.

sprecher bei den westlichen Institutionen. Österreich konnte diesen Erwartungen zumindest teilweise entsprechen, wenn auch angesichts der widrigen Umstände das Engagement nicht so entschlossen ausfiel wie beispielsweise der Einsatz der skandinavischen Länder zugunsten der baltischen Staaten. Österreich beteiligte sich jedenfalls nicht an der Ausgrenzungspolitik, die von Deutschland, Großbritannien und einigen weiteren Ländern betrieben wurde.<sup>16</sup> Die bilateralen Kontakte wurden trotz der starken Vorbehalte gegenüber dem autokratischen Regierungsstil Vladimír Mečiar weiterhin gepflegt.<sup>17</sup> Österreich versuchte sich Mitte der 1990er-Jahre sogar als Vermittler zwischen der Slowakei und Ungarn, indem trilaterale Treffen der Premierminister der Slowakei, Ungarns und des österreichischen Bundeskanzlers organisiert wurden. 1997 und während seiner Ratspräsidentschaft 1998 trat Österreich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit allen Kandidatenländern ein, also auch mit der Slowakei, und erreichte zumindest eine für die Slowakei nicht allzu ungünstige Formulierung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Luxemburg.<sup>18</sup> Als Ende der 1990er-Jahre im bilateralen Verhältnis die Frage der Atomkraftwerke Mochovce und Bohunice in den Vordergrund rückte, hatte sich die internationale Position der Slowakei aufgrund der Abwahl Mečiar schon deutlich verbessert, sodass die Slowakei nicht mehr im selben Maße von der Unterstützung durch Österreich abhängig war.

Die EU-Erweiterung war in Österreich ein brisantes Thema. Nirgends in der EU war im Frühjahr 2001 die Zustimmung der Bevölkerung zur Erweiterung so gering wie in Österreich.<sup>19</sup> Die Politik sah sich deshalb gezwungen, eine harte Verhandlungsposition insbesondere in der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit einzunehmen und in den Beitrittsgesprächen auf eine siebenjährige Übergangsfrist zu bestehen, was in der Slowakei beträchtliche Enttäuschung hervorrief. Zweiter neuralgischer Punkt waren die grenznahen Atomkraftwerke, nicht nur Bohunice und Mochovce in der Slowakei, sondern insbesondere auch Temelín in Tschechien. Österreich nutzte den Beitrittsprozess, um auf eine baldige Schließung der beiden älteren Blöcke in Bohunice zu drängen, was sodann im Beitrittsvertrag mit der Slowakei festgeschrieben wurde.<sup>20</sup> Die betreffenden Blöcke wurden Ende 2006 bzw. Ende 2008 abgeschaltet.

---

<sup>16</sup> Gruber, S.: *Wilder Osten oder Herz Europas? Die Slowakei als EU-Anwärterstaat in den 1990er-Jahren*. Göttingen: V&R unipress, 2010, S. 257 – 262.

<sup>17</sup> Außenminister Schüssel warnt vor einer europapolitischen Abkoppelung der Slowakei. In: *Die Presse*, 12. 12. 1997.

<sup>18</sup> Alner, J: *Integračné procesy na Slovensko*. In: Bútora M., Ivantyšin, M.: *Slovensko 1997. Súhrnná správa o stave spoločnosti a trendoch na rok 1998*. Bratislava: IVO, 1998, S. 245 – 263, h. S. 262.

<sup>19</sup> Eurobarometer 55, Frühjahr 2001.

<sup>20</sup> Sajdik M., Schwarzinger M.: *EU-Erweiterung: Hintergründe, Entwicklung, Fakten*. Wien: Verlag Österreich, 2003.

# Gegenwart

## Politische Kontakte auf hohem Niveau

Die Frequenz der politischen Begegnungen auch auf oberster Ebene hat sich in den letzten Jahren erhöht und bewegt sich ungefähr auf dem Niveau des österreichischen Besuchs austauschs mit Ungarn, Tschechien und Slowenien. Der österreichische Bundespräsident absolvierte im Jahr 2012 einen offiziellen Besuch in der Slowakei, ebenso wie Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann war seit 2009 drei Mal in der Slowakei. Ebenso oft besuchten in diesem Zeitraum der slowakische Premierminister Robert Fico und seine Vorgängerin Iveta Radičová Österreich. Die Außenminister Michael Spindelegger und Miroslav Lajčák, die auch privat ein herzliches Verhältnis verbindet, trafen einander allein in den Sommermonaten 2012 fünf Mal. Die meisten österreichischen Ministerinnen und Minister luden in den vergangenen Jahren ihr Gegenüber aus der Slowakei ein oder reisten selbst in die Slowakei. So war der österreichische Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle im Frühjahr 2013 zwei Mal in Bratislava. Der niederösterreichische und der burgenländische Landeshauptmann pflegen regelmäßigen Kontakt zu den Vorsitzenden der Selbstverwaltungsregionen Bratislava bzw. Trnava. Auch die Bürgermeister von Wien und Pressburg, Michael Häupl und Milan Ftáčnik, treffen einander regelmäßig.

Derartige Begegnungen sind aus mehreren Gründen von Bedeutung. Zum einen werden auf diese Weise zuweilen Projekte angestoßen, die aufgrund ihrer Komplexität ohne die klare Deklaration des politischen Willens auf hoher oder höchster Ebene geringe Chancen auf Realisierung hätten. Dies trifft insbesondere auf grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte zu. Zweitens dienen persönliche Treffen dazu, der Gegenseite zu vermitteln, welche Anliegen von besonderer Bedeutung sind. Wenn beispielsweise österreichische Politikerinnen und Politiker regelmäßig auf die Atomkraft zu sprechen kommen, erwarten sie kaum einen radikalen Kurswechsel der Slowakei. Sie schaffen dadurch jedoch die Voraussetzung, dass die österreichischen Bedenken ernst genommen werden und dass keine Seite von der Positionierung der anderen überrascht wird. Ein weiterer Aspekt sollte nicht vernachlässigt werden: Intensive politische Beziehungen senden auch ein Signal an die jeweiligen Bevölkerungen, dass Österreich und die Slowakei die meisten Interessen teilen, dass ein großes Maß wechselseitiger Abhängigkeit und Verflechtung besteht und dass ein konstruktives Miteinander zum Vorteil aller ist.

Offenbar besteht insbesondere in Krisenzeiten wie etwa der gegenwärtigen Wirtschaftskrise der Wunsch nach einer Intensivierung des bilateralen Meinungsaustauschs. Im Frühjahr 2012 etablierten Österreich und die Slowakei eine Arbeitsgruppe zur Behandlung bilateraler und regionaler Fragen. Die Arbeitsgruppe, die ungefähr vier Mal im Jahr tagt, besteht aus den Leitern der Mitteleuropaabteilungen im österreichischen

bzw. slowakischen Außenministerium sowie den beiden bilateralen Botschaftern. Die Gespräche verfolgen den Zweck, sämtliche Themen bilateraler Natur in offener und vertrauensbildender Weise zu diskutieren. Die Konsultationen bieten also die Möglichkeit, jene Themen, die auf politischer Ebene behandelt werden, in informeller Atmosphäre zu vertiefen. Damit wurde zugleich ein „Frühwarnsystem“ geschaffen, um absehbare schwierige Themen zu identifizieren. Eine analoge Arbeitsgruppe existiert übrigens zwischen Österreich und Ungarn seit 2010.

Die Slowakei organisiert einmal im Jahr mit Tschechien, Polen, Ungarn und Deutschland sogenannte Diskussionsforen für den informellen Meinungs austausch zu europäischen und außenpolitischen Themen, an denen sich außer Vertretern der jeweiligen Außenministerien auch Think-Tanks und unabhängige Experten beteiligen.<sup>21</sup> Ein derartiges Format mit Österreich fehlt derzeit noch. Andererseits ist ein bilaterales Wirtschaftsforum unter Teilnahme der Regierungschefs beider Länder und mehrerer Minister mit dem Ziel angedacht, Projekte der Verkehrs- und Energieinfrastruktur und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voranzutreiben.

## Dominierende Themen

Aus slowakischer Sicht ist wohl die grenzüberschreitende und grenznahe Verkehrsinfrastruktur der Bereich, dem die größte Bedeutung beigemessen wird. Trotz des schrittweisen Ausbaus in den letzten 20 Jahren besteht hier weiteres Verbesserungspotential, insbesondere nördlich der Donau.<sup>22</sup>

Ein weiteres zentrales Thema bilden die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten erfreulich entwickelt haben. Österreich ist der zweitgrößte Investor in der Slowakei; der Handelsaustausch wächst kontinuierlich.<sup>23</sup>

Für Österreich ist die Atomkraft ein Thema von großer Relevanz und Sensibilität. Es handelt sich um einen Bereich, in dem die beiden Länder langfristig klar divergierende Positionen vertreten, mittlerweile jedoch einen Modus Vivendi gefunden haben. Die Problematik ist jedoch nicht „gelöst“, sondern bleibt eine kontinuierliche Aufgabe für beide Seiten. Abhängig von Entwicklungen in beiden Staaten (Inbetriebnahme der neuen Blöcke in Mochovce, eventuelle Entscheidung für einen weiteren AKW-Neubau in der Slowakei, Reaktion der Medien und Parteien in Österreich) könnte sie in Zukunft wieder stärker in das Zentrum der bilateralen Beziehungen rücken und zur Nagelprobe für deren Qualität werden.<sup>24</sup>

Beträchtlichen Raum nehmen bei bilateralen Konsultationen EU-Fragen ein, wo sich zahlreiche Übereinstimmungen finden. Die beiden Euroländer Österreich und

---

<sup>21</sup> Vgl. [http://www.mzv.sk/sk/zahranicna\\_politika/regionalna\\_spolupraca-ii\\_slovenskoceske\\_diskusne\\_forum](http://www.mzv.sk/sk/zahranicna_politika/regionalna_spolupraca-ii_slovenskoceske_diskusne_forum) (abgerufen 25. 7. 2013).

<sup>22</sup> Näher dazu im Kapitel „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Initiativen“ in dieser Studie.

<sup>23</sup> Näher dazu im Kapitel „Handels- und Investitionsbeziehungen“ in dieser Studie.

<sup>24</sup> Näher dazu im Kapitel „Energie“ in dieser Studie.

Slowakei sind grundsätzlich für eine weitere Vertiefung der fiskalischen und wirtschaftlichen Integration. Überhaupt ziehen Österreich und die Slowakei in wichtigen außen- und europapolitischen Fragen an einem Strang, auch wenn es selbstverständlich gelegentlich auch divergierende Positionen gibt, wie etwa zur Frage der Anerkennung des Kosovo.<sup>25</sup>

### **Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich**

Zwischen Österreich und der Slowakei findet eine enge Kooperation im Sicherheitsbereich statt, die sich auf mehreren Ebenen stetig intensiviert. Obwohl weiterhin Raum für eine Optimierung der Abläufe in der Amts- und Rechtshilfe besteht, ist das Gesamtbild in diesem Bereich sehr positiv. Das Grundgerüst für die Kooperation wird durch Bestimmungen auf europäischer Ebene (EU-Vertrag, Schengener und Prümer Regelungswerk etc.) vorgegeben. Die wichtigste bilaterale Rechtsgrundlage bildet der Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit vom 13. 2. 2004. Eine Ergänzung dieses Polizeikooperationsvertrags, die durch Entwicklungen auf EU-Ebene nötig wurde und auch die Zusammenarbeit der Spezialeinheiten in Krisensituationen genauer regeln wird, steht kurz vor der Unterzeichnung. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind grenzüberschreitende Ermittlungen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, operative Kontrollmaßnahmen, jedoch auch die Terrorbekämpfung.

Neben den Polizeiattachés an den Botschaften in Bratislava und Wien bildet das Polizeikooperationszentrum in Kittsee eine wichtige Schnittstelle, wo österreichische und slowakische Polizistinnen und Polizisten in einer gemeinsamen Dienststelle zusammenarbeiten. In der Regel erfolgt die Hilfestellung aufgrund eines konkreten Amtshilfeersuchens. Das Kooperationszentrum unterstützt die Arbeit der gemeinsamen Streifen im Binnengrenzraum und die Verfolgung der Straftäter über die Grenze hinweg und erleichtert den Informationsaustausch zwischen Österreich und der Slowakei. Die regionale Polizeikooperation ist intensiv – im Juli 2013 vereinbarten die niederösterreichische und die slowakische Polizei monatliche operative Treffen auf Bezirksebene. Der slowakische Polizeipräsident und der österreichische Generaldirektor für öffentliche Sicherheit unterzeichneten im Jahr 2012 ein Verständigungsmemorandum mit dem Ziel einer weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit auf operativer Ebene. Im selben Jahr wurde ein neues Rückübernahmeabkommen abgeschlossen, um den Kampf gegen die illegale Migration zu erleichtern.

### **Zusammenarbeit im militärischen Bereich**

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Slowakischen Republik und Österreichs beruht auf einem Verständigungsmemorandum aus den 1990er-Jahren. Seit der Jahrtausendwende weisen Grundsatzentscheidungen in der Verteidigungspolitik der beiden Länder in unterschiedliche Richtungen. Während in Österreich die Neu-

---

<sup>25</sup> Näher dazu im Kapitel „Europäische Union“ in dieser Studie.



tralität weiterhin zum nationalen Selbstverständnis gehört und auch die Wehrpflicht beibehalten wird, entschied sich die Slowakei für den NATO-Beitritt (Beitritt am 29. 3. 2004), für die Einführung einer Berufsarmee (im Jahr 2005 lief der Präsenzdienst aus) und für eine langfristige transatlantische Orientierung (bis 2007 Teilnahme an der Operation Iraqi Freedom im Irak; weiterhin Teilnahme an der Operation ISAF in Afghanistan). Beiden Ländern gemeinsam sind die im OECD-Vergleich unterdurchschnittlichen Verteidigungsbudgets mit langfristig sinkendem Anteil im Verhältnis zum BIP.<sup>26</sup>

Österreich-slowakische Zusammenarbeit im militärischen Bereich erfolgt vor allem beim ABC-Schutz und durch verschiedene gemeinsame Ausbildungsaktivitäten. Allerdings nimmt die Kooperation in den gegenwärtigen Zeiten knapper Ressourcend tendenziell ab bzw. verlagerte sich seit dem slowakischen NATO-Beitritt eher in multilaterale Bereiche (Partnership for Peace, trilaterale Übungen etc.). Erwogen werden derzeit Möglichkeiten, slowakische Spezialisten in das Training im Gebirgsterrain in Österreich einzubinden und die grenznahe Zusammenarbeit im Krisenmanagement bei Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen auszubauen.<sup>27</sup> Seit ihrem Rückzug aus der UNDOF-Mission am Golan (Slowakei 2008, Österreich 2013) sind die beiden Länder vor allem am Balkan (EUFOR-ALTHEA) gemeinsam in internationalen Missionen engagiert.

### **Ambivalente wechselseitige Wahrnehmung**

„We are members of the same European Union, but we live in our own separate worlds and fear sometimes to open it up to anyone else – even a neighbour“, bemerkte der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák in einem Vortrag vor der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft im Jahr 2010. Er hatte dabei weniger die damals noch geltende Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Sinn, sondern die Wahrnehmung des Nachbarlandes durch die breite Bevölkerung: „I cannot be satisfied if two neighbouring nations, sharing such a rich common history, are getting to know each other again at such a slow pace at a time of globalisation and revolution in communications.“<sup>28</sup>

Tatsächlich herrscht in der Bevölkerung auf österreichischer Seite bei der Sicht auf die Slowakei eine Ambivalenz, die sich in den letzten Jahren jedoch abgeschwächt hat. Noch im Jahr 2001 bezeichneten nur 39 % der Befragten in der Grenzregion Nieder-

---

<sup>26</sup> Vgl. <http://www.sipri.org/research/armaments/milex> (abgerufen 6. 8. 2013).

<sup>27</sup> Vgl. <http://www.mod.gov.sk/27917/nacelnik-generalneho-stabu-rakuskeho-bundesheeru-u-m-koterca/> (abgerufen 6. 8. 2013).

<sup>28</sup> The Foreign Policy of Slovakia and current challenges for the European Union. Speech delivered by Minister of Foreign Affairs of the Slovak Republic Miroslav Lajčák at the Austrian-Slovak Society (Vienna, 11 March 2010), S. 2.

österreichs zur Slowakei den Abbau des Eisernen Vorhangs als gut, 33 % als schlecht.<sup>29</sup> Zehn Jahre später, im Sommer 2011, fanden bereits 58 % der Befragten in derselben Region den Abbau des Eisernen Vorhangs gut, 17 % fanden ihn schlecht. Die Zahl der zwischenmenschlichen Kontakte ist im Steigen. 13 % der Befragten in der niederösterreichisch-slowakischen Grenzregion halten sich mindestens ein Mal im Monat in der Slowakei auf. Umgekehrt halten sich immerhin 29 % der befragten Slowakinnen und Slowaken mindestens einmal im Monat in Österreich auf. Die vielen slowakischen Nummernschilder im österreichischen grenznahen Raum sollten jedoch nicht den Blick auf die Realität verstellen. Selbst im grenznahen Raum hat nur eine Minderheit regelmäßigen Kontakt mit der Bevölkerung des Nachbarlands. Der Zweck der Aufenthalte in der Slowakei ist für Österreicher „Urlaub und Ausflüge“ und an zweiter Stelle „Einkaufsfahrten“. Für den Aufenthalt der slowakischen Bürgerinnen und Bürger in Österreich gilt dasselbe, aber in umgekehrter Reihenfolge. „Besuch von Freunden und Verwandten“ und „Arbeit“ wird deutlich seltener als Zweck des Aufenthalts angegeben.<sup>30</sup>

Die Bilanz seit dem EU-Beitritt der Slowakei fällt auf beiden Seiten der Grenze insgesamt erfreulich aus. Eindeutig positiv wird die Entwicklung des kulturellen Austausches, des Tourismus und des nachbarschaftlichen Verhältnisses zu den Gemeinden in der Slowakei seit dem EU-Beitritt eingeschätzt. Auch im heiklen Bereich des Arbeitsmarktes überwiegt eine positive Sicht auf die Entwicklung. In der niederösterreichisch-slowakischen Grenzregion meinen 20 % der Befragten, die Arbeitsplatzsituation habe sich seit 2004 negativ entwickelt, 36 % sehen eine positive Entwicklung. Noch 2005 hatten in dieser Region nur 10 % eine positive Entwicklung im Bereich der Arbeitsplätze erwartet.<sup>31</sup> Haben sich diesbezügliche Befürchtungen also als weitgehend unbegründet erwiesen, so wird die Entwicklung der Kriminalität seit 2004 von 59 % der Befragten an der Grenze zur Slowakei negativ eingeschätzt. Wenn auch die Gesamtkriminalität in Niederösterreich und dem Burgenland in den letzten Jahren, gemessen an den angezeigten Straftaten, eine sinkende Tendenz aufweist,<sup>32</sup> so waren einige grenznahe Gemeinden tatsächlich mit Sicherheitsproblemen konfrontiert.

Es herrscht also keineswegs nur eitel Sonnenschein. Insbesondere wird die Abschaffung der Grenzkontrollen mit dem Schengen-Beitritt der Slowakei von 38 % der Befragten in der österreichischen Grenzregion negativ gesehen, nur von 31 % positiv.<sup>33</sup> Die Asymmetrie im Vergleich zur slowakischen Bevölkerung, die den Schengen-

---

<sup>29</sup> Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: *Gelebte Nachbarschaft in der Grenzregion. Das Meinungsbild in grenznahen Gemeinden in Niederösterreich, Oberösterreich, dem Burgenland, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn*. Wien 2012, S. 17.

<sup>30</sup> Ebd., S. 19.

<sup>31</sup> Ebd., S. 21.

<sup>32</sup> Vgl. [http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim\\_statistik/Statistiken\\_2012.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim_statistik/Statistiken_2012.aspx) (abgerufen 25. 7. 2013).

<sup>33</sup> Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, *Gelebte Nachbarschaft*, S. 45.

Beitritt praktisch uneingeschränkt positiv bewertet, ist augenfällig. Eine Asymmetrie spiegelt sich auch bei den Sprachkenntnissen wider. 7 % der Bürgerinnen und Bürger Niederösterreichs in der Grenzregion zur Slowakei geben an, sie könnten sich in Alltagssituationen auf Slowakisch verständigen. Umgekehrt verfügen nach eigener Einschätzung 49 % der slowakischen Befragten über Deutschkenntnisse, die für Alltagssituationen ausreichend seien.<sup>34</sup> Der Befund einer weiterhin existierenden Reserviertheit auf österreichischer Seite, die slowakischerseits sensibel registriert wird, lässt darauf schließen, dass die Grenze in den Köpfen noch nicht verschwunden ist. Die 41 Jahre, in denen der „Eiserne Vorhang“ existierte, wirken noch immer nach. Auch die weiterhin bestehenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Staaten spielen dabei eine Rolle. Wirtschaftliche Konvergenz findet zwar statt, aber nur allmählich. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Slowakei von 35 % des österreichischen Werts im Jahr 1995 auf 57 % im Jahr 2012.<sup>35</sup> Auch wenn insbesondere die Region Bratislava wirtschaftlich aufgeblüht ist, besteht weiterhin ein signifikantes Wohlstandsgefälle zwischen beiden Ländern. Dieses führte – überspitzt formuliert – dazu, dass österreichische Banken in die Slowakei expandierten und slowakische Pflegerinnen nach Österreich kamen (etwa 25.000 Personen aus der Slowakei sind im österreichischen Gesundheitswesen beschäftigt). Eine Entwicklung, die zum beiderseitigen Vorteil war, jedoch auf der Ebene der wechselseitigen Wahrnehmung wie auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu neuen Herausforderungen führte.

## Medienberichterstattung mit Reserven

Die Medienberichterstattung trägt nur wenig dazu bei, ein differenziertes Bild vom jeweiligen Nachbarn zu vermitteln. Nur einzelne österreichische Medien verfügen über Korrespondenten in der Slowakei. In den meisten Fällen ist die Berichterstattung über die Slowakei stark anlassbezogen. In den 1990er-Jahren waren die Exzesse Mečiar ein dankbares Thema, später die Einführung der Flat Tax in der Slowakei und die Lage der Roma. Häufig wird bei Straftaten, die in Österreich begangen wurden, auf die Herkunft der Täter aus der Slowakei verwiesen. Immerhin wurde in diesem Jahr auch über Košice, die europäische Kulturhauptstadt 2013, berichtet. Im Vergleich ist die Berichterstattung in der Slowakei über Österreich nicht nur etwas umfangreicher, sondern auch vielfältiger. Aus der österreichischen Politik interessiert vor allem die FPÖ, in letzter Zeit auch die neue Partei von Frank Stronach. Daneben wird regelmäßig über das Kulturleben in Wien, Ausflugsziele in der Grenzregion und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschrieben. Auch die Erfahrungen slowakischer Pflegerinnen in Österreich werden thematisiert. Nach wie vor ist Österreich in den slowakischen Medien als Vergleichsobjekt mit Vorbildwirkung präsent, ob es nun um den Zustand der Straßen, das

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 44.

<sup>35</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search\\_database](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database) (abgerufen 25. 7. 2013).

Gesundheitswesen, das Gehalt der Lehrer, die Qualität der Lebensmittel oder die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben geht. Das Bild Österreichs mag dadurch etwas idealisiert ausfallen, gerade umgekehrt zum Bild der Slowakei in Österreich.

### **Kultur und Bildung als Musterbeispiel gelungener Kooperation**

Zu den Bereichen, wo enge Kooperation auf allen Ebenen zur Selbstverständlichkeit geworden ist, zählen Kultur und Bildung. Österreich ist in der Slowakei kulturell so aktiv wie kaum ein anderes Land. Neben dem Österreichischen Kulturforum (Organisation von Konzerten, Ausstellungen, Lesungen etc.), den Österreich-Bibliotheken in Bratislava und Košice, dem Österreich-Institut (Sprachkurse) und dem Verbindungsbüro der Stadt Wien ist die Aktion Österreich-Slowakei zu nennen. Dieser Fonds zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich des höheren Bildungswesens und im Forschungsbereich ermöglichte in den vergangenen 20 Jahren Aufenthalte für mehr als 700 Studierende, Lehrende und Forschende im jeweils anderen Land. Die Aktion, die im Verhältnis 1:1 von Österreich und der Slowakei finanziert wird, läuft im Jahr 2013 aus, doch eine Verlängerung wurde von den zuständigen Ministern bereits angekündigt. Österreich finanziert derzeit außerdem sechs Sprachlektorinnen und -lektoren in der Slowakei. In Zeiten, da das Deutsche gegenüber dem Englischen auch in der Slowakei keinen leichten Stand hat, wäre eine Aufstockung gewiss kein Fehler, sondern ein Schritt mit Signalwirkung. Von Deutschland wurden übrigens 30 Lektorinnen und Lektoren in die Slowakei entsandt.<sup>36</sup> Eine enge Kooperation zwischen Österreich und der Slowakei zeichnet sich bei Bildung, Wissenschaft und Forschung auch im Rahmen der Donauraumstrategie ab.<sup>37</sup>

2013 ist Košice neben Marseille Europäische Kulturhauptstadt. Österreich beteiligt sich mit mehreren anspruchsvollen Produktionen, insbesondere mit dem Kunstpavillon „White Noise“ des Architekturbüros „soma“, dessen Kosten von privaten Sponsoren mitgetragen werden. Immer mehr kulturelle Institutionen beider Länder sind mittlerweile direkt vernetzt. Das Danubiana Meulensteen Art Museum stellt regelmäßig österreichische Künstlerinnen und Künstler aus, zuletzt im Frühjahr 2013 Karl Prantl. Einige Persönlichkeiten der Hochkultur stehen geradezu für eine Verschmelzung des österreichischen mit dem slowakischen Kulturleben, etwa Edita Gruberova oder der österreichische Direktor der Oper des Slowakischen Nationaltheaters, Friedrich Haider. Der slowakische Dirigent Jack Händler wurde 2013 mit dem österreichischen Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Die Früchte der engen kulturellen Kontakte zeigten sich beispielsweise an der Gründung einer privaten Musik- und Kunstakademie in Banská Štiavnica mit österreichischen und slowakischen Initiatoren oder im Kooperationsprojekt „Accentus Musicalis“ zwischen der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, der Hochschule der musischen Künste in Bratislava und Musica aeterna Bratislava.

---

<sup>36</sup> Interview mit Axel Hartmann. In: *Neue Pressburger Zeitung*, April 2013.

<sup>37</sup> [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-440\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-440_de.htm) (abgerufen 26. 7. 2013).

Umgekehrt ist auch die Slowakei in Österreich kulturell präsent. Mit dem Slowakischen Institut in Wien, das in den letzten Jahren sehr aktiv war, besteht ein Pendant zum Österreichischen Kulturforum in Bratislava. Außer in Österreich unterhält die Slowakei nur in sieben weiteren Staaten derartige Einrichtungen, deren Aufgabe darin besteht, durch die Organisation von Konzerten, Ausstellungen, Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen etc. die Slowakei in der Welt zu propagieren. Aufmerksamkeit muss in der Kulturstadt Wien zwar „hart erkämpft“<sup>38</sup> werden, doch Interesse des österreichischen Publikums ist vorhanden, wie sich beispielsweise bei der Ausstellung „Schätze der slowakischen Moderne“ im Palais Porcia im Mai 2012 zeigte. Grenzüberschreitende Aktivitäten mit Österreich finden vor allem in den Sparten Design, Architektur, Tanz, Bildende Kunst statt. Mehrere Orchester und Musiker aus der Slowakei treten regelmäßig in Österreich auf und haben sich, wie etwa die Cappella Istropolitana, einen hervorragenden Ruf erworben. Neben den slowakischen Kammersängern Edita Gruberova, Lucia Popp, Peter Dvorský und Miroslav Dvorský ist auch auf die slowakischen Solisten des Balletts der Wiener Staatsoper, Nina Poláková und Roman Lazík, zu verweisen. Im Literaturbereich haben sich in Österreich mehrere slowakische Autorinnen und Autoren wie Dominik Tatarka, Anton Hykisch, Mária Bátorová, Michal Hvorecký oder Etela Farkašová etabliert. Seit 2002 kann an der Universität Wien Slowakisch als Diplomstudium belegt werden; seit 2010 auch als Lehramtsstudium.<sup>39</sup> Ungefähr 2000 Studierende aus der Slowakei sind an österreichischen Universitäten eingeschrieben.

Gerade Einrichtungen wie dem Slowakischen Institut in Wien und dem Österreichischen Kulturforum in Bratislava kommt eine Schlüsselfunktion zu, um die nach wie vor existierende mentale Barriere abzubauen und die Annäherung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Länder zu fördern. Dieselben Ziele verfolgt die seit 20 Jahren aktive Österreichisch-Slowakische Gesellschaft, die beispielsweise Vorträge organisiert, Exkursionen in besonders schöne, aber wenig bekannte Teile der Slowakei durchführt und sich für die Kontakte zwischen den Grenzregionen einsetzt. Kultur- und Diskussionsveranstaltungen können helfen, Vorurteile zu verringern und mehr Verständnis für die Sensibilitäten im Nachbarland zu wecken. Man sollte sich dabei nicht nur auf die Hauptstädte konzentrieren, sondern auch verstärkt versuchen, die Regionen zu erreichen. Nur durch Dialog, Medienarbeit und grenzüberschreitende Vernetzung wird es gelingen, das öffentliche Bewusstsein für die Tatsache zu schärfen, dass die Slowakei in den vergangenen 20 Jahren eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte geschrieben hat, von der Österreich stark profitiert hat.

---

<sup>38</sup> Polakovičová, V.: Österreichs Elite schätzt die slowakische Kultur. In: *Neue Pressburger Zeitung*, Mai 2013.

<sup>39</sup> Viedenská univerzita si vychová učiteľov slovenčiny. In: *SME*, 15. 7. 2010, <http://www.sme.sk/c/5466166/viedenska-univerzita-si-vychova-ucitelov-slovenciny.html> (abgerufen 25. 7. 2013).

# Handels- und Investitionsbeziehungen

---

Vladimír Benč

Von politischer und wirtschaftswissenschaftlicher Seite wird die Einschätzung geteilt, dass die österreichisch-slowakischen Wirtschaftsbeziehungen sehr gut und freundschaftlich sind und sich intensiv entwickeln.<sup>40</sup> Gegenwärtig sind in der Slowakei ungefähr 2.000 österreichische Unternehmen etabliert, vor allem Klein- und Mittelunternehmen, die sich wesentlich am Wirtschaftswachstum, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einem Transfer von Know-how und neuen Technologien beteiligen. Diese Klein- und Mittelunternehmen werden durch große Firmen wie beispielsweise die OMV oder Baufirmen wie die Strabag ergänzt. Die Präsenz und der Einfluss Österreichs sind vor allem im Dienstleistungssektor sehr ausgeprägt. Österreichische Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister haben bei der Umstrukturierung des slowakischen Banken- und Versicherungssektors geholfen und dazu beigetragen, in der Folge weitere Investoren in anderen Wirtschaftssektoren anzulocken. Beispielsweise verfügt die Vienna Insurance Group über eine sehr starke Stellung auf dem slowakischen Versicherungsmarkt. Die Erste Bank und Raiffeisen sind Eigentümer bedeutender „slowakischer“ Banken mit einem hohen Marktanteil. Österreich gehört langfristig zu den größten Investoren in der Slowakei.

Der bilaterale österreichisch-slowakische Handel wächst Jahr für Jahr mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009, als es im Zuge der globalen Wirtschaftskrise zu einem Rückgang kam. Doch bereits im Jahr 2010 erholte sich das Handelsvolumen wieder und wächst seitdem ununterbrochen. Beide Volkswirtschaften sind relativ klein und exportorientiert, aber die Slowakei profitiert stärker vom bilateralen Handel mit Österreich. In den letzten Jahren hat die Slowakei eine positive Handelsbilanz mit Österreich. Das Handelsvolumen erreichte im Jahr 2012 mit 5,8 Mrd. Euro sein Maximum. Damit ist Österreich für die Slowakei der fünfgrößte Handelspartner (nach Deutschland, Tschechien, Polen und Ungarn).

Hauptziel dieses Kapitels ist eine Bewertung der Ergebnisse, Herausforderungen und Chancen in den slowakisch-österreichischen Handels- und Investitionsbeziehungen 1993 bis 2013. Das Kapitel konzentriert sich auf eine Analyse der bilateralen Beziehungen in den wichtigsten Segmenten des Handels und der bilateralen Investitionen. Am Ende wird kurz auf die Institutionen eingegangen, die sich der Förderung der Handels- und Investitionsbeziehungen widmen.

---

<sup>40</sup> Vgl. z.B. die Äußerungen im Rahmen des Besuchs des slowakischen Premierministers Robert Fico in Wien im Januar 2013 aus Anlass des 20. Jahrestags der Entstehung der Slowakischen Republik und des 20. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Slowakei und Österreich. <http://www.vlada.gov.sk/slovensko-a-rakusko-spaja-hospodarska-spolupraca-rozdielne-nazory-mame-na-jadrovu-energiu/> (abgerufen am 8. 6. 2013).

## Reformen und Makroökonomie: Der Kontext der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen in den Jahren 1993 – 2013

Vor 25 Jahren war die Wirtschaftssituation in beiden Ländern eine ganz andere. Die Änderung des politischen und wirtschaftlichen Regimes zur Jahreswende 1989/1990 bedeutete für die Slowakei eine radikale Umstellung der Wirtschaftsordnung von der Plan- zur Marktwirtschaft. Dies führte zur Notwendigkeit weitreichender Reformen, die vor allem in den ersten Transformationsjahren zu einem markanten wirtschaftlichen Rückgang führten (beispielsweise ging das slowakische BIP in den ersten vier Jahren nach dem Fall des Kommunismus um 25 % zurück). Die außenpolitische „Isolation“ und der widersprüchliche Charakter einiger Maßnahmen der damaligen slowakischen Regierungen (beispielsweise im Bereich der Privatisierungen) bis zum Jahr 1998 trugen nicht zu einer intensiveren wirtschaftlichen Entwicklung der Slowakei und ihrer Beziehungen zu den hochentwickelten Ländern einschließlich Österreichs bei.<sup>41</sup>

Durch Reformen in den Jahren 1999 bis 2004 erreichte die Slowakei einen starken wirtschaftlichen Aufschwung und eine deutlich verbesserte Attraktivität für Auslandsinvestoren, was zu einem gewaltigen Anstieg der Auslandsinvestitionen in diesen Jahren führte. Auch dank dieser Investitionen wurde die Slowakei zum größten Autoproduzenten der Welt in Bezug auf die Einwohnerzahl. In der Gegenwart ist die Slowakei mit Exporten in Höhe von 80 % des BIP eine stark exportabhängige Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise führte im Jahr 2009 zu einer Stagnation bzw. sogar zu einem Wirtschaftsrückgang. Trotz einer Rückkehr des Wirtschaftswachstums kämpft die Slowakei noch immer mit den Auswirkungen der Krise.

Österreich hingegen zählte während der letzten Jahrzehnte zu den höchstentwickelten Volkswirtschaften der Welt, mit einer gut entwickelten Marktwirtschaft, qualifizierten Arbeitskräften und hohem Lebensstandard. Ähnlich wie im Fall der Slowakei bremste die globale Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 – 2009 in Österreich den Aufschwung. Auch in Österreich gelang, ähnlich wie in der Slowakei, bereits im Jahr 2010 die Erneuerung des Wirtschaftswachstums.

Beide Volkswirtschaften wiesen Ende des Jahres 2012 bereits eine ziemlich ähnliche Struktur auf. In der österreichischen Wirtschaft dominiert der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von 69,1 % am BIP. Stark ist auch der Industriesektor (29,4 %). Die Landwirtschaft trägt mit 1,5 % zum BIP bei. Die Beschäftigung verteilt sich folgendermaßen auf die einzelnen Sektoren: 5,5 % in der Landwirtschaft, 26,0 % in der Industrie und 68,5 % im Dienstleistungsbereich.

In der Slowakei dominiert heutzutage ebenfalls der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von 59,8 % am BIP. Die Industrie macht mit 36,4 % einen hohen Anteil am

---

<sup>41</sup> Vgl. auch folgende Publikationen: Marcinčin, A., Beblavý, M.: *Hospodárska politika na Slovensku 1990-1999*, SFPA, INEKO, Bratislava, 2000; Marcinčin, A.: *Hospodárska politika na Slovensku 2000-2001*, SFPA, Bratislava, 2002.

BIP aus. Die Landwirtschaft trägt 3,8 % zum BIP bei, wobei in der Slowakei 3,5 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, 27 % in der Industrie und 69,4 % im Dienstleistungssektor.

In der Gegenwart sind beide Länder Mitglieder bedeutender internationaler Organisationen und der Eurozone. Dies schafft die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Integration der beiden Länder. Natürlich bleibt die Slowakei weiterhin hinter dem EU-Durchschnitt zurück und ist mit einer Reihe von Entwicklungsproblemen konfrontiert. Zu den bedeutendsten dieser Herausforderungen zählen die Arbeitslosigkeit, die regionalen Disparitäten und die soziale Exklusion einiger Minderheiten (vor allem der Roma). Zu den großen Herausforderungen zählen auch die Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung von Bildung, Wissenschaft und Forschung und die Etablierung neuer Wirtschaftszweige.

### Grundlegende Entwicklungsindikatoren Österreichs und der Slowakei

Indikator	Österreich	Slowakei
Bevölkerung zum 31.12.2012	8 462 446	5 410 267
Fläche in km <sup>2</sup>	83 858	49 035
Human development index 2013 (Gesamtwert / Weltrang) <sup>42</sup>	0,895 / 18	0,840 / 35
Index der wirtschaftlichen Freiheit 2013 (Gesamtwert / Weltrang) <sup>43</sup>	71,8 / 25	68,7 / 42
Index der Korruptionswahrnehmung 2012 (Gesamtwert / Weltrang) <sup>44</sup>	69 / 25	46 / 62
Unternehmensindex (Doing Business 2013) (Gesamtwert / Weltrang) <sup>45</sup>	77,2 / 29	70,5 / 46
BIP pro Kopf in Euro, laufende Preise (1993 / 2012) <sup>46</sup>	20 147 / 36 606	2 572 / 13 139
Inflation in % (1993 / 2012) <sup>5</sup>	3,1 / 2,9	25,1 / 3,4
Arbeitslosigkeit in % (1993 / 2012) <sup>5</sup>	4,0 / 4,4	12,7 / 14,0
Bruttoverschuldung der öffentlichen Hand in % des BIP (1997 / 2012) <sup>5</sup>	64,1 / 73,7	33,7 / 52,3
Leistungsbilanz in % des BIP (1993 / 2012) <sup>5</sup>	-0,8 / 2,0	-4,9 / 2,3

Quelle: mehrere Quellen – siehe Fußnoten

<sup>42</sup> The UNDP (2013): <http://hdr.undp.org/en/humandev/> (abgerufen am 30. 6. 2013).

<sup>43</sup> The Heritage Foundation (2013): <http://www.heritage.org/index/explore> (abgerufen am 30. 6. 2013).

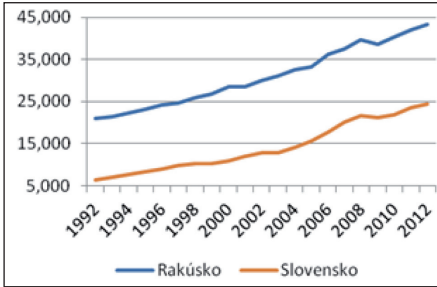
<sup>44</sup> The Transparency International (2013): <http://cpi.transparency.org/cpi2012/results/> (abgerufen am 30. 6. 2013).

<sup>45</sup> The International Finance Corporation & The World Bank (2013): <http://www.doingbusiness.org/> (abgerufen am 2. 7. 2013).

<sup>46</sup> Internationaler Währungsfonds (2013): World Economic Outlook Database, April 2013. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/index.aspx> (abgerufen am 30. 6. 2013).

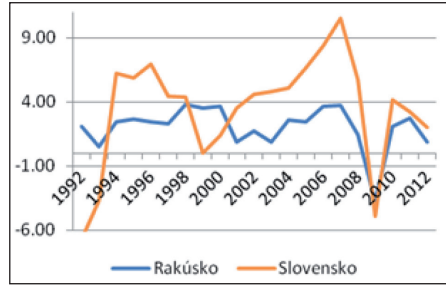


**Bruttonationaleinkommen pro Kopf (internationale USD, Kaufkraftparität)**



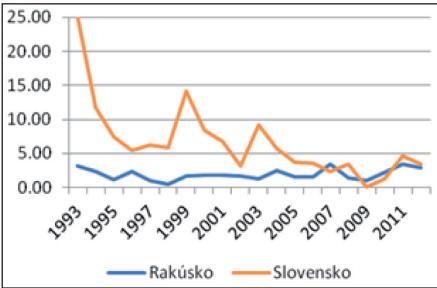
Quelle: Weltbank

**BIP-Jahreswachstum (in %, reale Preise)**



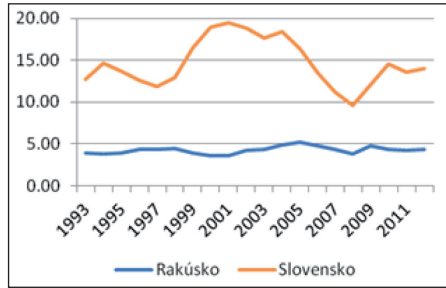
Quelle: IWF

**Inflationsentwicklung in %**



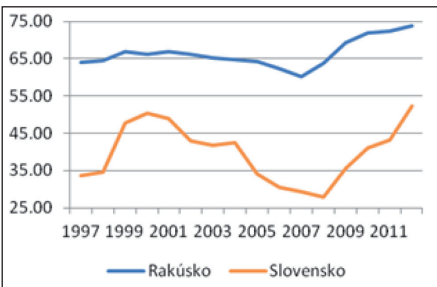
Quelle: IWF

**Entwicklung der Arbeitslosigkeit in %**



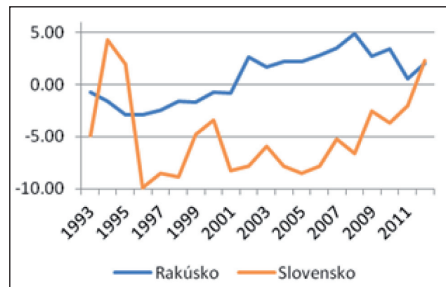
Quelle: IWF

**Öffentliche Bruttoverschuldung in % des BIP**



Quelle: IWF

**Leistungsbilanz in % des BIP**



Quelle: IWF

Bei der Anwendung der völkerrechtlichen Verträge zwischen der Slowakischen Republik und Österreich treten keinerlei Probleme auf. Auf Grundlage eines Notenaus-

tauschs in Bratislava am 14. Januar 1994 erfolgte die Bestätigung des Stands der bilateralen Vertragsgrundlage nach der Sukzession der Slowakischen Republik in die Verträge der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik am 25. November 1994 durch Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge. Es wurden auch mehrere bilaterale Verträge unterzeichnet; zu den wichtigsten zählen das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit (13.01.1993), das Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft (13.10.1999), das Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften (25.10.2003) und das Abkommen zwischen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (18.02.2004).<sup>47</sup>

Abgesehen von der Vertragsgrundlage wirkt sich auf die wechselseitigen Beziehungen auch die Existenz der Slowakisch-österreichischen Handelskammer positiv aus. Diese wurde 1996 gegründet. Ihr Ziel besteht in der Unterstützung für eine umfassende Entwicklung der Beziehungen zwischen Unternehmen der Slowakei und Österreichs und deren Organisationen und Vereinigungen in den Bereichen Handel, Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Technologien, Berufsbildung. Dies gelingt durch eine Vielzahl von Aktivitäten, die sie jedes Jahr organisiert und in enger Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung der österreichischen Botschaft in Bratislava bzw. mit der slowakischen Botschaft in Wien.<sup>48</sup>

## Analyse des bilateralen Austauschs im Handel und bei den Dienstleistungen

Die Slowakei ist der elftichtigste Handelspartner Österreichs (die Haupthandelspartner Österreichs sind Deutschland, Italien, die Schweiz, Frankreich und die Niederlande). Österreich ist für die Slowakei sogar der fünftichtigste Handelspartner. Dazu tragen auch die geographische Nähe der beiden Länder, die geringe Entfernung der Hauptstädte (wo ein beträchtlicher Teil der Produktion konzentriert ist), die niedrigen Lohnkosten in der Slowakei, die Stabilität des Arbeitsmarkts und die technischen Fähigkeiten der Arbeitskräfte in beiden Ländern bei.

Die österreichischen Firmen zählen mit Ausnahme der Banken, die in der Slowakei den ersten und dritten Platz belegen, nicht zu den größten. Es handelt sich eher um Klein- und Mittelunternehmen (mit unterschiedlich hoher Kapitalbeteiligung),

---

<sup>47</sup> Liste aller Verträge zwischen der Slowakei und Österreich unter [http://www.mzv.sk/sk/zahranicna\\_politika/medzinarodne\\_zmluvy-zoznam\\_zmluv\\_podla\\_statov&CSTATE=RAKUSKO](http://www.mzv.sk/sk/zahranicna_politika/medzinarodne_zmluvy-zoznam_zmluv_podla_statov&CSTATE=RAKUSKO) (abgerufen am 29. 7. 2013).

<sup>48</sup> Vgl. <http://www.sohk.sk/> (abgerufen am 11. 7. 2013).

die ihren Vorsprung beim Know-how und den neuen Technologien nutzen. Vertreten sind vor allem Bauunternehmen, Bauzulieferer, Maschinenhersteller und metallverarbeitende Firmen sowie Firmen aus dem Bereich der Informationstechnologien. Ihre Zahl wächst dynamisch. Viele österreichische Unternehmen haben in der Slowakei Produktionsstätten, was eine wichtige Rolle für den Export österreichischer Produkte spielt (ein Grund für den negativen Handelssaldo Österreichs mit der Slowakei liegt gerade in der Tatsache, dass diese österreichischen Unternehmen ihre Produktion in der Slowakei haben, wobei die Produkte wiederum nach Österreich für die Weiterverarbeitung oder Fertigstellung exportiert werden).

Auf der anderen Seite erfolgt die Gründung slowakischer Firmen in Österreich langsamer – es handelt sich um einige Dutzend Klein- und Mittelunternehmen im Jahr, vor allem im Bereich des Bauwesens und des Fremdenverkehrs.

Trotz der komplizierten Entwicklung in der Folge der Krise der letzten Jahre gelang es, die positive Dynamik in den Handelsbeziehungen zwischen der Slowakei und Österreich aufrechtzuerhalten. Das Volumen des Handelsaustauschs erreichte im Jahr 2012 mehr als 5,8 Mrd. Euro, wobei es in den letzten drei Jahren stets wuchs. Der Saldo der Handelsbilanz ist aus Sicht der Slowakei seit 1999 stets positiv und erhöht sich schrittweise weiter.

#### Entwicklung des bilateralen Handels Slowakei – Österreich (österreichische Statistik)

Mio. Euro	Export	Import	Saldo	Umfang
1995	383,83	414,22	-30,39	798,05
1996	475,20	562,32	-87,13	1 037,52
1997	588,41	700,68	-112,28	1 289,09
1998	657,25	689,90	-32,65	1 347,16
1999	764,33	672,01	92,32	1 436,34
2000	1 042,35	767,82	274,53	1 810,17
2001	1 113,07	946,02	167,06	2 059,09
2002	1 199,78	1 065,68	134,10	2 265,47
2003	1 421,51	1 187,47	234,05	2 608,98
2004	1 813,98	1 377,33	436,65	3 191,32
2005	1 696,28	1 640,00	56,28	3 336,28
2006	1 788,22	1 767,70	20,52	3 555,92
2007	2 326,18	2 056,00	270,18	4 382,19
2008	2 388,37	2 382,95	5,42	4 771,32
2009	1 948,47	1 870,13	78,34	3 818,60
2010	2 629,86	2 276,49	353,37	4 906,35
2011	3 240,11	2 431,27	808,85	5 671,38
2012	3 191,55	2 652,28	539,27	5 843,83

Anm.: Die Daten für die Zeit 1993 – 1995 sind nicht in der Tabelle enthalten, weil sie gemäß einer anderen Methodik erhoben wurden.

Quelle: Statistik Austria (2013)

Zu den wichtigsten Exportartikeln Österreichs in die Slowakei zählen Komponenten für den Automobilssektor, die Maschinenindustrie, Arzneimittel, Produkte der Raffinerie Schwechat, Eisen und Stahl sowie daraus hergestellte Produkte. Die Slowakei importiert aus Österreich langfristig vor allem Maschinen und Fahrzeuge, bearbeitete Waren und, trotz eines Rückgangs, chemische Erzeugnisse. Ein deutliches Wachstum im österreichischen Export verzeichnete in den letzten Jahren auch der Posten „Brennstoffe, Energie“.

Österreichische Unternehmen können in den kommenden Jahren Gelegenheiten in Bereichen wie Infrastruktur, Autoindustrie, Holzverarbeitende Industrie für das Bauwesen, Unternehmensdienstleistungen und Personalmanagement finden. Auf dem slowakischen Markt existiert ein großes Potential für qualitätsvolle hochwertige österreichische Lebensmittelprodukte, da immer mehr Menschen in der Slowakei der Qualität vor dem Preis den Vorzug geben oder sich für Bioprodukte interessieren.

Langfristig gesehen nimmt beim slowakischen Export nach Österreich vor allem der Posten „Brennstoffe, Energie“ zu, dem gegenwärtig bereits der größte Anteil am slowakischen Export zukommt. Einen hohen Anteil halten Maschinen und Fahrzeuge (vor allem PKW) und bearbeitete Waren. Ein deutliches Wachstum verzeichnen in den letzten Jahren auch Lebensmittel und Getränke. Hingegen verlieren Industrieprodukte (Baumaterialien, Möbel, Kleidung, Schuhe,...) allmählich an Bedeutung für den slowakischen Export nach Österreich.

Die größten slowakischen Exporteure auf den österreichischen Markt sind große multinationale Unternehmen, die in der Slowakei wichtige Produktionsstätten haben. Zu ihnen gehören US Steel Košice, Kia Slovensko, VW Slovakia, Peugeot Slovakia, Samsung Slovakia, Sony Slovakia, aber auch beispielsweise Slovnaft, ABC Klima, Plastika Nitra und andere. Außerdem beliefern hunderte kleinere slowakische Firmen den österreichischen Markt mit fertigen Konsumgütern oder als Sublieferanten für die Fertigstellung in Österreich.

Durch ihr Produktionspotential, verschiedene ungenutzte Kapazitäten vor allem im Maschinenbau, der Werkzeugbearbeitung, der Metallformgebung, der Oberflächenbearbeitung und Verarbeitung von Metallen, jedoch auch in mehreren Bereichen der Leichtindustrie (Kleidung, Textilien, Holzverarbeitung, Schuhe, Druckerei), in der Herstellung von Komponenten für die Autoindustrie und in weiteren Feldern bieten sich der Slowakei weitgespannte Möglichkeiten für eine Kooperation mit österreichischen Unternehmen.

Stahlprodukte stellen ebenfalls ein wichtiges Element des slowakischen Exports nach Österreich dar. Es handelt sich vor allem um Metallbleche, Stahldrähte, kaltgewalzte Bleche und Rollen und oberflächenbearbeitete Metallprodukte. Angesichts des technologischen Fortschritts in der Autoindustrie wird eine Orientierung auf hochqualitatives und korrosionsgeschütztes (verzinktes) Blech erwartet.

Im Bereich des Maschinenbaus eröffnen sich für die Slowakei Möglichkeiten zum Export von Werkzeugmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen, Textilmaschinen, einfacher Mechanik und Kleinmechanik, Gesundheitstechnik, Fahrzeugen und

Fahrzeugbestandteilen, Schienenfahrzeugen, PKW, Anhängern, Produkten der Bau- schlosserei usw. Immer mehr wachsen die Möglichkeiten für die Kooperation bei der Zulieferung technologischer Bestandteile und verschiedener arbeitsaufwendiger Halb- fertigwaren.

### Handelsaustausch nach Warenabschnitten des SITC, in % am Gesamtumfang

<b>Export aus der Slowakei</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2008</b>	<b>2012</b>
0 – Ernährung	1,2	0,9	2,6	4,3
1 – Getränke und Tabak	0,1	0,0	0,0	0,0
2 - Rohstoffe	8,5	9,2	6,3	5,2
3 – Brennstoffe, Energie	11,9	18,4	29,9	31,2
4 – Öle und Fette	0,0	0,0	0,3	0,6
5 – Chemische Erzeugnisse	10,9	6,1	4,0	2,8
6 – Bearbeitete Waren	32,8	19,4	22,5	23,3
7 – Maschinen und Fahrzeuge	20,6	33,6	27,2	26,9
8 – Sonstige Fertigwaren	13,9	12,3	7,3	5,3
9 – Sonstiges	0,1	0,0	0,0	0,3
<b>Import aus Österreich</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2008</b>	<b>2012</b>
0 - Ernährung	4,5	3,0	3,6	5,0
1 – Getränke und Tabak	0,9	0,4	0,4	0,5
2 - Rohstoffe	1,8	1,3	2,0	4,6
3 – Brennstoffe, Energie	2,7	6,7	11,9	11,5
4 – Öle und Fette	0,2	0,0	0,3	1,0
5 – Chemische Erzeugnisse	16,5	13,9	10,6	9,8
6 – Bearbeitete Waren	22,9	25,1	23,8	19,4
7 – Maschinen und Fahrzeuge	37,1	35,4	37,5	39,6
8 – Sonstige Fertigwaren	13,3	13,9	8,9	7,6
9 - Sonstiges	0,1	0,3	1,1	1,0

Quelle: Statistik Austria (2013)

### Tourismus

Im Tourismus nehmen seit 1993 die Zusammenarbeit, die Zahl der Gäste und die Zahl der Nächtigungen zu, aber das Potential wird noch nicht ausgeschöpft. Im Jahr 2012 gab es 525.000 Nächtigungen slowakischer Gäste in Österreich. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der 152.960 slowakischen Gäste in Österreich betrug 3,4 Nächte.<sup>49</sup> Im Vergleich mit den Gästen aus Deutschland, die in Österreich 49,6 Mio. Nächtigun-

<sup>49</sup> Quelle: Statistik Austria: TOURISMUS in Österreich 2012. Ergebnisse der Beherbergungsstatistik, Wien, 2013.

gen verzeichneten, aus Tschechien (2,1 Mio. Nächtigungen), Ungarn (1,6 Mio.) und Polen (1,4 Mio.) ist der Anteil der Gäste aus der Slowakei noch immer sehr niedrig, wengleich die Statistik den Tagestourismus nicht mitberücksichtigt.

Das Verhältnis zwischen Gästen aus dem In- und Ausland ist in Österreich ganz anders als in der Slowakei. 30 % der Nächtigungen sind in Österreich auf Gäste aus dem Inland zurückzuführen, 70 % entfallen auf Gäste aus dem Ausland. In der Slowakei ist das Verhältnis umgekehrt. 60 % der Gäste stammen aus dem Inland, 40 % aus dem Ausland.

Personen aus der Slowakei besuchen am häufigsten Salzburg, Wien, Tirol und die Steiermark (insgesamt 70 % der Aufenthalte). Bevorzugte Reisezeit ist der Winter. In die Sommersaison fällt nur ein Drittel der Aufenthalte slowakischer Gäste in Österreich. Im Sommer beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nur 2,1 Nächte. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass Österreich allmählich zu einem beliebten Urlaubsziel für Personen aus der Slowakei wird.

Bezüglich des Interesses österreichischer Gäste an der Slowakei ist der Trend nicht so positiv wie umgekehrt. Nur 1,7 % der Gäste in der Slowakei kommen aus Österreich. Im Jahr 2012 besuchten die Slowakei 65.621 Personen aus Österreich, die in der Slowakei 136.000 Nächte verbrachten.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt somit nur 2,1 Nächte, was unter dem gesamtslowakischen Durchschnitt bei Gästen aus dem Ausland (2,7 Nächte) liegt. Im Jahr 2009, als die Slowakei 50.065 Personen aus Österreich besuchten, die dort 122.449 Nächte verbrachten, betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2,4 Nächte. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der österreichischen Gäste in der Slowakei 1,5 %.

Man kann vermuten, dass die kurze Aufenthaltsdauer der österreichischen Gäste vor allem mit dem Service-Niveau in der Slowakei zusammenhängt, das sich nur langsam ändert. Es fehlt auch ein komplexeres Service im Bereich des Tourismus. Hier besteht großer Raum für Zusammenarbeit und Investitionen, um die touristische Infrastruktur zu verbessern. Österreichische Firmen nehmen eine Vorreiterrolle beim Know-how und Service im Tourismus ein. Davon können auch die slowakischen Fremdenverkehrsregionen profitieren. Zugleich existiert großes Potential für eine engere Zusammenarbeit jener Subjekte, die Tourismusedienstleistungen anbieten, beispielsweise in Form von gemeinsamen Tourismusprodukten oder durch gemeinsames Marketing. Mehrere österreichische Investitionen in den Hotelsektor sind in der Slowakei bereits erfolgt.

## Analyse der bilateralen Investitionen

Österreich ist nach den Niederlanden der zweitgrößte Investor in der Slowakei. Insgesamt investierte Österreich bis 2011 in der Slowakei 5,9 Mrd. Euro. Der Anteil Österreichs an den ausländischen Investitionen in der Slowakei beträgt 15 %.

Gegenwärtig sind in der Slowakei ungefähr 2.000 österreichische Firmen etabliert, vor allem Klein- und Mittelunternehmen. Der fortdauernde Zustrom von Direktinvestitionen aus Österreich in die Slowakei (hier wirken unter anderem die Gesellschaften Schmid Industrieholding, Alas, Stefe, AVE, Brandner, Zizala, Pankl, Magna, Miba, Rübzig, Wertheim, Berndorf Bäderbau, Tubex, Neumann Aluminium, Umdasch Group) schafft die Voraussetzung für einen weiteren Anstieg der Exporte von Produkten der Tochtergesellschaften der genannten Unternehmen nach Österreich. In den Jahren 2010 bis 2013 setzte sich der Trend zur Gründung weiterer kleiner österreichischer Firmen in der Slowakei fort, vor allem im Bereich der Informationstechnologien.

In der letzten Zeit richtet sich das Interesse der österreichischen Firmen auch auf den Bereich der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, beispielsweise in Form der gemeinsamen Errichtung kleiner Wasserkraftwerke und der Biomasse-Verwertung. Aber auch die geothermale Energie weist großes Wachstumspotential auf. Das Interesse österreichischer Investoren weckt auch die Windenergie, wo die Slowakei im Vergleich zu anderen EU-Ländern einen deutlichen Rückstand aufweist.<sup>50</sup> Großes Potential und erste Investitionen aus Österreich gibt es auch in der Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz und der Verringerung des Energieverbrauchs, vor allem bei Gebäuden. Die Notwendigkeit der Renovierung von Stadtteilen, aber auch von Betriebsstätten, bringt Möglichkeiten für den Transfer von Know-how und für den Zustrom weiterer österreichischer Investitionen in die Slowakei.

Die bedeutendsten österreichischen Investitionen kamen jedoch dank der Privatisierungen in die Slowakei. Zu den ersten Unternehmen gehörte beispielsweise Baliarne Bratislava, das bereits im Jahr 1991 von der österreichischen Gesellschaft Julius Meinl erworben wurde, die es um einen Preis erwarb, der knapp über dem buchhalterischen Wert lag.

Die letzte Privatisierungsaktivität, wenn auch teilweise erfolglos, war die Flughafenprivatisierung. Das slowakisch-österreichische Konsortium TwoOne (Flughafen Wien AG + Penta Investments) erwarb nur den Flughafen in Košice. Hingegen scheiterte der Erwerb des Flughafens Bratislava, dessen Verkauf am 13. September 2007 durch die slowakische Wettbewerbsbehörde gestoppt wurde. Derzeit werden jedoch wieder Verhandlungen über mögliche Partnerschaften oder gemeinsame Investitionsprojekte der Flughäfen Bratislava und Wien erwogen.<sup>51</sup>

Zu den wichtigsten Privatisierungsprojekten im Bereich des Bankwesens zählen die Verkäufe der folgenden slowakischen Finanzinstitute an österreichische Bankunter-

---

<sup>50</sup> Vgl. <http://www.teraz.sk/ekonomika/energia-veterna-slovensko-vyuzivanie/49200-clanok.html> (abgerufen am 31. 7. 2013).

<sup>51</sup> Vgl. z.B. [http://www.webnoviny.sk/ekonomika/nova-vlada-rozhodne-aj-o-rozvoji-brati/476191-clanok.html?from=suggested\\_articles](http://www.webnoviny.sk/ekonomika/nova-vlada-rozhodne-aj-o-rozvoji-brati/476191-clanok.html?from=suggested_articles) und zur Entwicklung der Diskussionen <http://ekonomika.sme.sk/c/3608268/vieden-vraj-coskoro-ovladne-bratislavske-letisko-aj-bez-privatizacie.html> (abgerufen am 31. 7. 2013).

nehmen: Slovenská sporiteľňa (Erste Bank), Istrobanka (BAWAG), Tatra Banka (Raiffeisen), Banka Slovakia (Julius Meinl Bank).<sup>52</sup>

Österreich belegt beim Investitionsvolumen in die slowakische Bankensphäre den ersten Rang. Die Erste Bank und Raiffeisen besitzen mit ihren Töchtern Slovenská sporiteľňa und Tatra Banka die Nummer 1 und 3 im slowakischen Bankwesen. Die Vienna Insurance Group wiederum hält mit ihrem 33-prozentigen Marktanteil die Spitzenposition im slowakischen Versicherungsbereich.

Abgesehen von den Privatisierungen war in den ersten Jahren der Existenz der Slowakei auch der Immobiliensektor eine wichtige Quelle für österreichische Investitionen. Österreich war jahrzehntelang Zufluchtsort der politischen Emigration aus der Slowakei. Deshalb ging an diese Zielgruppe ein bedeutender Teil der Restitutionsen betreffend die Jahre 1948 – 1989. Der Umfang der Investitionen in Vermögenswerte, die über österreichische Investoren in den Jahren 1990 – 1996 wieder in Stand gesetzt wurden, lässt sich schwer schätzen, „war jedoch jedenfalls beträchtlich“<sup>53</sup>. In späteren Jahren investierten verschiedene österreichische Investorengruppen und Bauträger in die Errichtung neuer Wohn- und Büroflächen, vor allem in Bratislava.

#### Direktinvestitionen in die Slowakei

<i>tausend Euro</i>	1997	2000	2005	2010	2011
<b>GESAMT alle FDI in der Slowakei</b>	<b>1 928 799</b>	<b>5 880 017</b>	<b>25 086 675</b>	<b>37 665 095</b>	<b>39 641 910</b>
Österreich	437 629	848 261	3 721 533	6 321 495	5 942 943

Anm. 1: Kapitalbeteiligung, reinvestierte Gewinne und sonstige Investitionen

Anm. 2: für die Jahre 1997-2005 erfolgt die Umrechnung zum Konversionskurs 1 EUR = 30,126 SKK

Quelle: Berechnungen des Autors auf Grundlage der Daten der Slowakischen Nationalbank<sup>54</sup>

Der Stand der Investitionen aus der Slowakei in Österreich lag im Jahr 2011 bei 197 Mio. Euro. Der Anteil der slowakischen Investitionen an den Gesamtinvestitionen in Österreich ist vernachlässigbar, was vor allem daran liegt, dass es in der Slowakei an kapitalstarken slowakischen Firmen fehlt, die ins Ausland und somit auch nach Österreich expandieren könnten.

<sup>52</sup> Die Istrobanka wurde im Juli 2009 von der ČSOB übernommen. Vgl. <http://peniaze.pravda.sk/ucty-a-karty/clanok/21587-istrobanka-konci-od-jula-sa-zluci-s-csob/>. Die Banka Slovakia wurde am 1.11.2005 umbenannt in Privatbanka, a.s. Vgl. <http://firmy.etrend.sk/firmy-a-trhy-financny-sektor/banka-slovakia-zmenila-obchodne-meno-na-privatbanka.html> (abgerufen am 31. 7. 2013).

<sup>53</sup> Baláž, P.: *Pozícia rakúskych investícií v Slovenskej republike*, Slovak Trade FORUM, <http://www.internet.sk/mediakurier/cei/31.htm> (abgerufen am 30. 6. 2013).

<sup>54</sup> Slowakische Nationalbank (2013): <http://www.nbs.sk/sk/statisticke-udaje/statistika-platobnej-bilancie/priame-zahranicne-investicie> (abgerufen am 30. 6. 2013).



## Direktinvestitionen aus der Slowakei in der Welt und in Österreich

<b>tausend Euro</b>	<b>1997</b>	<b>2000</b>	<b>2005</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Investitionen aus SK in der Welt	247 925	511 545	633 154	2 586 817	3 253 464
Investitionen aus SK in Ö	9 825	12 348	6 290	165 284	196 969

Anm. 1: Kapitalbeteiligung, reinvestierte Gewinne und sonstige Investitionen

Anm. 2: für die Jahre 1997-2005 erfolgt die Umrechnung zum Wechselkurs 1 EUR = 30,126 SKK

Quelle: Berechnungen des Autors auf Grundlage der Daten der Slowakischen Nationalbank

Für die Entwicklung der weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommt eine Schlüsselrolle mehreren Infrastrukturprojekten im Verkehrs- und Energiebereich zu, an deren Umsetzung die beiden Länder arbeiten. Im Verkehrsbereich knüpfen die Projekte beispielsweise an die fertiggestellte Autobahn Bratislava – Wien an, die im November 2007 eröffnet wurde. Die prioritären Verkehrsprojekte betreffen vor allem die Hochgeschwindigkeitseisenbahn zwischen Wien, Bratislava und Budapest, die Elektrifizierung der Eisenbahnverbindung Wien – Bratislava, die Verbindung der Flughäfen Schwechat und Bratislava und die Aussicht auf die Errichtung der Breitspureisenbahn. Gelegenheiten bietet auch die Finanzierung von gemeinsamen Projekten einschließlich Infrastrukturprojekten im Rahmen des Programms der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, beispielsweise die geplante Errichtung einer Straßenbrücke zwischen Angern und Záhorská Ves.

## Das institutionelle System zur Unterstützung des wechselseitigen Handels und der Investitionen

Im Laufe der Jahre profilierten sich für die Unterstützung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen mehrere Institutionen, die vor allem den Klein- und Mittelunternehmen dabei behilflich sind, Geschäftskontakte anzuknüpfen und zu pflegen oder Investitionsgelegenheiten zu suchen und zu lokalisieren. Sehr aktiv sind die Handelsabteilungen der Botschaften. „Advantage Austria“, die Handelsabteilung der österreichischen Botschaft in der Slowakei<sup>55</sup> organisiert jedes Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen für Unternehmen und bietet auch grundlegende Informationen über unternehmerische Tätigkeit in Österreich und über mögliche Unterstützungssysteme für den Markteintritt an.<sup>56</sup> Von slowakischer Seite schaltet sich die Botschaft der Slo-

<sup>55</sup> Kontakt zu österreichischen Botschaft in Bratislava: <http://www.bmeia.gv.at/sk/botschaft/bratislava.html> (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>56</sup> Webseite des Programms: <http://www.advantageaustria.org/sk/zentral/index.sk.html> (abgerufen am 6. 7. 2013).

wakischen Republik in Österreich aktiv in die Unterstützung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen ein.<sup>57</sup>

Außer der bereits genannten Slowakisch-österreichischen Handelskammer bilden auf beiden Seiten auch die jeweiligen Wirtschaftskammern, d.h. die Wirtschaftskammer Österreich<sup>58</sup> und die Slowakische Handels- und Industriekammer (SOPK)<sup>59</sup>, ein Gerüst für die Unterstützung von Export und Investitionen. Beispielsweise existiert das langfristige Programm „Go-International“ des österreichischen Wirtschaftsministeriums und der österreichischen Wirtschaftskammer, das österreichischen Investoren bei der Expansion ins Ausland behilflich ist.<sup>60</sup>

Zu den Institutionen, die Investitionen unterstützen, gehört auf der österreichischen Seite ABA-Invest<sup>61</sup>, also die nationale Betriebsansiedlungsagentur, die Auslandsinvestoren bei ihren Investitionen in Österreich behilflich ist. Ihre Dienste sind kostenlos. Die entsprechende Institution auf slowakischer Seite ist die Investitionsförderungsagentur SARIO<sup>62</sup>.

Nicht nur Informationen über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch aktive finanzielle Unterstützung (Förderungen, Darlehen, Garantien usw.) gewähren auf österreichischer Seite vor allem die Oesterreichische Kontrollbank AG (OeKB)<sup>63</sup> und die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)<sup>64</sup>. Ihre Entsprechung auf slowakischer Seite finden sie in der Eximbanka SR<sup>65</sup> und der Slowakischen Garantie- und Entwicklungsbank<sup>66</sup>.

---

<sup>57</sup> Kontakt na slowakischen Botschaft in Wien: <http://www.mzv.sk/vieden> (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>58</sup> Kontakt: <http://portal.wko.at/wk/startseite.wk> (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>59</sup> Kontakt: <http://web.sopk.sk/> (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>60</sup> Vgl. [http://www.go-international.at/go-international/foerderprogramme/Export\\_Foerderung/Export\\_F\\_rderung/index.php](http://www.go-international.at/go-international/foerderprogramme/Export_Foerderung/Export_F_rderung/index.php) (abgerufen am 31. 7. 2013).

<sup>61</sup> Vgl. <http://investinaustria.at/EN/Home/ABA-Invest+in+Austria.aspx> (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>62</sup> Vgl. [www.sario.sk](http://www.sario.sk) (abgerufen am 6. 7. 2013).

<sup>63</sup> Vgl. <http://www.oekb.at/de/Seiten/default.aspx> (abgerufen am 11. 7. 2013).

<sup>64</sup> Vgl. <http://www.awsg.at/> (abgerufen am 11. 7. 2013).

<sup>65</sup> Vgl. <http://www.eximbanka.sk/> (abgerufen am 11. 7. 2013).

<sup>66</sup> Vgl. <http://www.szrb.sk/> (abgerufen am 11. 7. 2013).

# Die Europäische Integration der Slowakei und ihre Partnerschaft mit Österreich in der EU

---

Vladimír Bilčík

Die aktuelle Situation in der EU stellt neben den Infrastrukturprojekten das Hauptthema der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei dar. Bei seinem offiziellen Besuch in Wien am 14. Januar 2013 stimmte der slowakische Premierminister Robert Fico mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann darin überein, dass „die weitere Vertiefung der europäischen Integration der einzige Weg ist, um die Probleme zu überwinden, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist.“<sup>67</sup> Österreich und die Slowakei befinden sich in der Gegenwart auf vergleichbaren Stufen der Integration in der EU.

Die Geschichte der 20-jährigen diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Bratislava ist auch eine Geschichte der Überwindung des asymmetrischen Verhältnisses beider Länder im Kontext der europäischen Integration. Unter Rückgriff auf die Terminologie des Sports lässt sich sagen, dass Wien Ende der 1990er-Jahre nach Antritt der Regierung Mikuláš Dzurindas im Jahr 1998 versuchte, als politischer Sponsor der Slowakei zu agieren. Die Hoffnungen der damaligen politischen Führung in der Slowakei, dass der österreichische EU-Ratsvorsitz im Jahr 1998 der Slowakei zum Beginn der Beitrittsverhandlungen verhelfen werde, waren jedoch aufgrund des Zeitmangels unrealistisch, da grundlegende politische Entscheidungen in der EU längere Konsultationen und vor allem einen breiten Konsens der Mitgliedstaaten erfordern. Die Slowakei begann offiziell ihre Beitrittsverhandlungen mit der EU im Jahr 2000 auf Grundlage der Schlussfolgerungen des Gipfels von Helsinki vom Jahr 1999. Österreichs politische Unterstützung für den EU-Beitritt der Slowakei vermischte sich während des letzten Jahrzehnts mit seiner Rolle als strenger Schiedsrichter bei der Beurteilung der technischen Fähigkeiten für ein vollwertiges Wirken der Slowakei in der EU, vor allem bei der Erweiterung des Schengen-Raums und der Eurozone, jedoch auch bei der Abschaltung des Atomkraftwerks in Bohunice. Bei gewissen Aspekten der EU-Erweiterungspolitik nimmt Österreich langfristig eine stark defensive Position ein, was beim Schutz des heimischen Arbeitsmarkts am offensichtlichsten zutage getreten ist. Vollständig öffnete Wien seinen Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus der Slowakei und aus den anderen neuen EU-Mitgliedstaaten erst im Jahr 2011.

Im Jahr 2013 können wir konstatieren, dass die Slowakei erfolgreich ihre asymmetrische politische Position überwunden hat. Heute spielt sie mit Österreich in derselben

---

<sup>67</sup> *Information über den Verlauf und die Ergebnisse des offiziellen Besuchs des Premierministers der Slowakischen Republik samt Regierungsdelegation in Österreich*, <http://www.rokovania.sk/Rokovanie.aspx/BodRokovaniaDetail?idMaterial=22088> (abgerufen am 27. 6. 2013).

gemeinsamen europäischen Liga, wobei sie angesichts der Finanz- und Schuldenprobleme Italiens und Sloweniens neben Deutschland der zweite relativ gesunde Nachbar Österreichs im Kern der Eurozone ist. Beim Rückblick auf den EU-Beitrittsprozess der Slowakei lässt sich erkennen, wie sich allmählich die positive Grunddisposition der österreichischen Diplomatie gegenüber den harten Positionen einiger österreichischer Ressorts in Bezug auf die EU-Kandidatenländer durchgesetzt hat. Am slowakisch-österreichischen Verhältnis zeigt sich die Fähigkeit beider Länder, dank der Verpflichtungen und des politischen Raums der EU auch in problematischen Bereichen eine gemeinsame Sprache zu finden. Andererseits halten sich in der Öffentlichkeit und in spezifischen Kreisen vor allem Österreichs nach wie vor ein gewisses Misstrauen und Ängste vor zu großer Offenheit gegenüber den neuen Partnern in der EU. Die Slowakische Republik musste wiederholt unter Beweis stellen, dass sie fähig ist, sich in die Regeln einzufügen und ohne größere Probleme im weiten Raum der vier Grundfreiheiten der EU und der gemeinsamen Währung zu agieren.

## Österreich und die Beitrittsprioritäten der Slowakei

Nach den Parlamentswahlen vom September 1998 setzte sich die neue slowakische Regierung unter Premierminister Mikuláš Dzurinda das Ziel, möglichst schnell eine Revision der negativen Entscheidung der EU beim Luxemburger Gipfel im Dezember 1997 zu erreichen.<sup>68</sup> Schon kurz nach der Bildung dieser bereits vierten slowakischen Regierung begann eine enge Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Europäischen Kommission, der EU-Mitgliedstaaten einschließlich Österreichs und der neuen slowakischen Regierung. Das Ziel der erneuerten intensiven politischen Kontakte bestand darin, der slowakischen Seite dabei zu helfen, die negativen außenpolitischen Folgen aus dem Wirken der Vorgängerregierung unter Vladimír Mečiar zu überwinden und dem Land dadurch die Chance zu verschaffen, den Vorsprung seiner Visegrád-Nachbarn auf dem Weg in die EU aufzuholen.

Der Prozess der slowakischen Rückkehr zur westlichen politischen Orientierung begann erfolgreich während des EU-Ratsvorsitzes Österreichs in der zweiten Hälfte des Jahres 1998. Zwei Faktoren wurden grundlegend für die schnelle Annäherung an

---

<sup>68</sup> Die politischen Defizite der bis dahin amtierenden slowakischen Regierung werden im regelmäßigen Bericht der Europäischen Kommission zusammengefasst, der die Basis für die Entscheidung des Gipfels in Luxemburg bildete, keine Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei zu beginnen. Nach Ansicht der Europäischen Kommission erfüllte die Slowakei als einziges mittel- und osteuropäisches Kandidatenland nicht die grundlegenden politischen Kriterien, wie sie in den Schlussfolgerungen des Gipfels der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Juni 1993 festgelegt worden waren.

Vgl. The European Commission, *AGENDA 2000 – For a stronger and wider Europe*. Luxemburg, Office for Official Publications of the European Communities, 1997, S. 40 – 41.

die EU-Mitgliedschaft. Erstens herrschte innerhalb der Slowakei ein starker Konsens über die Notwendigkeit einer schnellen Integration. Zweitens gelang mit der EU die Einigung auf eine ganze Reihe wichtiger slowakischer Verpflichtungen mittels einer speziellen Arbeitsgruppe (*The European Commission – Slovakia High Level Working Group*). Letztere war eine einzigartige Institution, in deren Rahmen Einigungen mit der Slowakei in zentralen politischen, wirtschaftlichen und legislativen Fragen einschließlich der Nuklearsicherheit in der Slowakei erzielt werden konnten. Dadurch wurde die Grundlage für den relativ schmerzlosen EU-Beitritt der Slowakei im Mai 2004 geschaffen, wobei die Slowakei in den folgenden Jahren schrittweise ihre vollwertige EU-Mitgliedschaft auch in Fragen komplettierte, die für Österreich besonders sensibel waren, wie die Verschiebung der Schengen-Grenze und die Liberalisierung des Arbeitsmarkts.

## Die Erweiterung des Schengen-Raums

Als die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten im Jahr 2006 gemeinsam erklärten, der Europäische Rat gehe davon aus, „dass die Kontrollen an den Binnengrenzen ab Dezember 2007 bzw. bis spätestens März 2008 abgeschafft werden, sofern alle Bedingungen in Bezug auf die Anwendung des Schengen-Besitzstands erfüllt sind“<sup>69</sup>, gehörte die Slowakische Republik zu den eher schlechter vorbereiteten Kandidaten für den Schengen-Beitritt. Die erfolgreiche Erreichung dieser Integrationspriorität lag primär in den eigenen Händen der Slowakei. Schlüssel zum Erfolg war die Erfüllung der Bedingungen für die Beseitigung der Passkontrollen an den Grenzen mit den übrigen EU-Ländern, wobei sich die Hauptkritik der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten auf die Sicherung der künftigen EU-Außengrenze auf dem Gebiet der Slowakei richtete.

Noch im Oktober 2007 wies ein interner Bericht des Rates auf mehrere ernste Mängel in der Vorbereitung der neuen Mitgliedstaaten auf den Schengen-Beitritt hin.<sup>70</sup> Das schwerwiegendste Problem der Slowakei war die Frage der Sicherung der künftigen EU-Außengrenze zwischen der Slowakei und der Ukraine. In Verbindung mit den aufmunternden Schlussfolgerungen des Evaluierungsberichts der Europäischen Kommission über den Stand der Vorbereitung der neuen Länder zum Schengen-Raum, der beim Rat für Justiz und Inneres am 8. – 9. 11. 2007 offiziell präsentiert wurde, bestand das wichtigste positive Signal für die Aufnahme der Slowakei in das Schengen-Regime in der Änderung der bis dahin kritischen Haltung Österreichs. Noch im Juni 2007 hatte der österreichische Innenminister Günther Platter Zweifel an der Vorbereitung der Slowakei geäußert, doch bei einem persönlichen Besuch des slowakisch-ukrainischen Grenzübergangs Vyšné Nemecké und der Direktion der slowakischen Grenzpolizei in

---

<sup>69</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 14. – 15. 12. 2006.

<sup>70</sup> Vgl. die detaillierte Analyse auf <http://www.euractiv.sk/obrana-a-bezpecnost/clanok/schengen-opat-o-cosi-blizsie> (abgerufen am 28. 6. 2013).

Sobrance erklärte der österreichische Innenminister, dass die Slowakei alle Schengen-Standards erfülle.

Als Versicherung für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit der Slowakei mit Österreich bei der Schengen-Erweiterung kam es zur Unterzeichnung eines bilateralen Verständigungsmemorandums zwischen den Innenministern beider Staaten.<sup>71</sup> In Österreich ging die Schengen-Erweiterung mit Ängsten vor einem Anstieg der Kriminalität einher. Auch nach der Aufnahme der Slowakei in den Schengen-Raum, bis Dezember 2011, führte Österreich den Einsatz seines Bundesheers in den Grenzgebieten zu den neuen Schengen-Nachbarn fort.<sup>72</sup> Die österreichischen Soldaten sollten der Polizei und der Grenzwaache bei der Beobachtung der Grenzen helfen. Offiziell handelte es sich von Seiten Österreichs um eine Sicherheitsmaßnahme, nicht um einen Ausdruck mangelnden Vertrauens gegenüber dem Partner. In der Praxis war jedoch klar, dass der Aufbau wechselseitigen Vertrauens bei der Grenzkontrolle längere Zeit dauern würde.

### **Freier Personenverkehr**

Die Slowakische Republik setzte sich nach dem EU-Beitritt für eine vollständige Beseitigung der Übergangsbeschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU ein. Das Land nahm keine Beschränkungen gegenüber den anderen Mitgliedstaaten in Anspruch und war unter den ersten EU-Staaten, welche die vollständige Öffnung des eigenen Arbeitsmarkts für Bürgerinnen und Bürger Rumäniens und Bulgariens nach dem EU-Beitritt dieser Länder am 1. 1. 2007 ankündigten. Bis Juni 2008 nahmen fünf EU-Staaten Übergangsbestimmungen im Verhältnis zur Slowakei in Anspruch – Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien und Dänemark. Frankreich hob seine Beschränkungen zu Beginn seiner EU-Ratspräsidentschaft im Juli 2008 auf. Die Slowakei bemühte sich weiterhin um die Aufhebung der übrigen Beschränkungen zum Mai 2009. Bis zu diesem Datum hatten die alten EU-Mitglieder die Möglichkeit, die Beschränkungen ein weiteres Mal bis 2011 zu verlängern. Dänemark und Belgien schafften ihre Restriktionen am 1. 5. 2009 ab. Doch Deutschland und Österreich hatten bereits längere Zeit angekündigt, die Beschränkungen bis 2011 in Kraft zu lassen. Gemäß dem EU-Beitrittsvertrag konnten Mitgliedstaaten nur dann Beschränkungen des freien Personenverkehrs nach dem 30. 4. 2009 für weitere zwei Jahre in Anspruch nehmen, falls schwerwiegende Störungen oder die Gefahr derartiger Störungen des heimischen Arbeitsmarktes existierten.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 18. 11. 2008 einen analytischen Bericht über die Übergangsbeschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit, in dem sie auf Grundlage empirischer Feststellungen argumentierte, dass die Arbeitnehmer-

---

<sup>71</sup> *Rakúšania chvália pripravenosť Slovenska na Schengen*, <http://www.euractiv.sk/obrana-a-bezpecnost/clanok/rakusania-chvali-pripravenost-slovenska-na-schengen> (abgerufen am 21. 6. 2013).

<sup>72</sup> Letzte Patrouille: Bundesheer beendet Grenzraumüberwachung, <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=5873> (abgerufen am 15. 7. 2013).

freizügigkeit positiv für die europäische Wirtschaft sei. Der Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit argumentierte bei der Präsentation des Kommissionsberichts, dass „das Recht, in einem anderen Land zu arbeiten, eine Grundfreiheit für Personen in der EU“ sei. Špidla vertrat die Meinung, „dass die Beseitigung der Beschränkungen nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern auch hilfreich im Kampf gegen Probleme wie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit wäre.“<sup>73</sup> In ihrem Bericht legte die Kommission dar, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht die Arbeitsmärkte der EU-Länder störte, sondern im Gegenteil zum Wirtschaftswachstum beitrug, indem Arbeitskräfte aus anderen EU-Mitgliedstaaten den Arbeitsmarkt in jenen Segmenten besetzten, wo die alten Mitgliedstaaten unter Arbeitskräftemangel litten. Die Kommission lenkte auch die Aufmerksamkeit auf Daten, aus denen hervorging, dass viele Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliedstaaten die alten Mitgliedstaaten wieder verlassen und nach Hause zurückkehren, wenn es sich für sie nicht mehr lohnt, in anderen EU-Staaten zu arbeiten. Es ist auch eine Tatsache, dass die meisten Arbeitsmigranten in den alten EU-Mitgliedstaaten aus Ländern außerhalb der EU kommen. In Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise unterstrich die Europäische Kommission, dass die verringerte Nachfrage den Arbeitskräftestrom im Rahmen der EU reduziere, wobei die Arbeitskräfte relativ große Flexibilität bei Arbeitsmigration in Gebiete mit dynamischer Entwicklung zeigten.

Obwohl sich die Europäische Kommission für die Aufhebung der verbleibenden Übergangsbeschränkungen einsetzte und dieses Thema eine Priorität des tschechischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2009 war,<sup>74</sup> muss unterstrichen werden, dass die Entscheidung über die Aufhebung der Übergangsbeschränkungen in erster Linie Sache jedes Mitgliedsstaates war. Im Kontext der Wirtschaftskrise beschlossen Deutschland und Österreich, ihre Arbeitsmärkte für Bürgerinnen und Bürger aus der Slowakei erst im Jahr 2011 zu öffnen. In Österreich ging dieser Schritt mit Ängsten und Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber Ausländern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten einher, insbesondere in den Grenzgebieten. Studien vor der Öffnung des Arbeitsmarktes<sup>75</sup> und die Realität nach dem Jahr 2011 zeigen jedoch, dass die Furcht wenig begründet war und ist. Österreich bewahrte sich außerdem ein gewisses Maß an Regulierung bei der Beschäftigung von Ausländern einschließlich Bürgerinnen und Bürgern der Slowakei. Die wichtigste Maßnahme in dieser Hinsicht war die Verabschiedung des österreichischen Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes im Mai 2011, dessen Ziel auch

---

<sup>73</sup> <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1729&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=sk> (IP/08/1729). Eine Zusammenfassung der Analyse der EK ist abrufbar unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/718&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=sk> (MEMO/08/718), (abgerufen am 29. 6. 2013).

<sup>74</sup> Mehr unter [www.eu2009.cz](http://www.eu2009.cz) (abgerufen am 20. 6. 2013).

<sup>75</sup> Lachmayr, N., Mayerl, M., Proinger, J., Schilder, R.: *Arbeitsmarktöffnung 2011. Mögliche Auswirkungen für die Grenzregion zur Slowakei*. Wien: OIB, 2010.





der Öffentlichkeit über die neue Währung. Das Ziel bestand darin, die Bürgerinnen und Bürger auf die Einführung der Gemeinschaftswährung vorzubereiten. Schlüsselakteure der Kampagne waren das Finanzministerium, die Slowakische Nationalbank und der Regierungsbeauftragte für die Euro-Einführung.<sup>78</sup> Gemäß der Umfrage *Flash Eurobarometer 249* meinten im September 2008 80 % der Befragten in der Slowakei, dass sie sehr gut oder gut über den Euro informiert seien. Noch im September 2007 hatten sich nur 47 % sehr gut oder gut informiert gefühlt.<sup>79</sup> So gesehen war die Kampagne erfolgreich.

Hervorzuheben sind zwei weitere Faktoren, die zur positiven Sicht auf die Gemeinschaftswährung beitrugen. Erstens herrschte ein breiter politischer Konsens in Regierung und Opposition über den Beitritt der Slowakei zur Eurozone. Paradoxerweise bildete diesbezüglich das größte Fragezeichen die Haltung des gegenwärtigen Premierministers Robert Fico, der noch im Jahr 2006 mehrfach Zweifel an der Einführung des Euros zum 1. Januar 2009 äußerte. Erst im Laufe des Jahres 2007 setzte sich Premierminister Fico dann eindeutig für den Beitritt der Slowakischen Republik zur Eurozone ein. Der zweite Faktor, der wesentlich zum positiven Image des Euros in der Slowakei beiträgt, liegt im Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme der Slowakei in die Eurozone. Die Entscheidung fiel nämlich nur wenige Wochen vor den ersten Nachrichten über den Ausbruch der globalen Finanzkrise. Die *de facto* Mitgliedschaft der Slowakei in der Eurozone nach der Festlegung des Konversionskurses (30,126 slowakische Kronen = 1 Euro) am 8. 7. 2008 verschaffte der slowakischen Krone im zweiten Halbjahr 2008 unerhörte Stabilität, während beispielsweise die tschechische Krone und der ungarische Forint gegenüber dem Euro stark an Wert verloren. Die Slowakei führte den Euro zu einer Zeit ein, als die Eurozone sich im Vergleich zu Ländern außerhalb der Gemeinschaftswährung durch relative Stabilität auszeichnete. Diese historische Erfahrung spielte nicht nur in den ersten Monaten des Jahres 2009 eine positive Rolle, als die Bürgerinnen und Bürger den Euro in der Praxis zu nutzen begannen, sondern auch während der Finanz- und Schuldenkrise der Eurozone. Für die Mehrheit in Bevölkerung und Politik überwiegen die Positiva der Mitgliedschaft in der Eurozone. Man muss unterstreichen, dass die Einführung des Euros in der Slowakei den politischen Bemühungen dreier verschiedener Regierungen zu verdanken ist, die in der Slowakei ab 1998 an der Macht waren. Zudem war in den letzten Monaten des Jahres 2008 der weitere Kontext der globalen Wirtschaftskrise für den Euro günstig, sodass die Slowakei mit dem 1. 1. 2009 zum 16. Mitgliedstaat der Eurozone wurde.

---

<sup>78</sup> Vgl. [www.euromena.sk](http://www.euromena.sk).

<sup>79</sup> "Introduction of the euro in Slovakia", in: *Flash Eurobarometer 249* (Fieldwork: September 2008, Report: November 2008).

## Die Mitgliedschaft und Krise in der EU

Die anhaltende Schulden- und Wirtschaftskrise schafft die Voraussetzungen für eine stärkere Annäherung Österreichs und der Slowakei in der EU. Mit Ausnahme der langfristigen Haltungsunterschiede zur Atomenergie und der anhaltenden Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung<sup>80</sup> nehmen beide Länder in der Gegenwart eine vergleichbare politische Position und ähnliche Präferenzen zur Entwicklung der EU ein. Österreich ist derzeit der einzige Nachbar der Slowakei in der Eurozone. Für Österreich und die Slowakei stellt die Rettung der gemeinsamen Währung eine Priorität dar. Deshalb sprechen sich beide Länder für eine gewisse Vertiefung der Integration aus, wenngleich beide ihre jeweils eigenen roten Linien beispielsweise bei der Festlegung der Regeln für die Bankenunion oder bei der steuerlichen und sozialen Harmonisierung haben. Und beide Länder befürworten ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Zielen fiskalische Konsolidierung und Wirtschaftswachstum.<sup>81</sup> Österreich und die Slowakei unterstützen außerdem weiterhin politisch den Prozess der EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans, der ihrer Meinung nach trotz der inneren Probleme der EU nicht an Dynamik verlieren sollte.<sup>82</sup> Konkretes Beispiel der bilateralen Zusammenarbeit beider Länder ist der gemeinsame Besuch der beiden Außenminister in Skopje im Juli 2012.<sup>83</sup>

Die strategische Verbindung Österreichs und der Slowakei im Rahmen der Eurozone und die periphere geographische Position im Osten der EU schaffen die Voraussetzung für eine neue Intensität des bilateralen Dialogs der beiden Länder in strategischen Fragen der Europäischen Integration. Österreich und die Slowakei verzeichneten nach dem Ausbruch der Finanzkrise zur Jahreswende 2008/2009 ähnliche positive Erfahrungen im Inneren der Eurozone, die sie als Schutz vor der Instabilität der Wechselkurse erlebten. Im Unterschied zu Österreich und der Slowakei sahen sich zu dieser Zeit die umliegenden Länder mit starken Schwankungen ihrer Währungen konfrontiert. Im Zuge der Bewältigung der Schuldenkrise reihten sich beide Länder unter die sogenannten nördlichen Staaten, die in den ersten Jahren der Schuldenkrise den Akzent

---

<sup>80</sup> Österreich weist ein wesentlich höheres BIP/Kopf auf, ist Nettozahler in das EU-Budget und hat eine niedrige Arbeitslosenrate. Hingegen ist die Slowakei eines der ärmsten Länder der Eurozone, bezieht aus dem EU-Budget deutlich mehr Geld als sie einzahlt und leidet langfristig an einer hohen Arbeitslosigkeit.

<sup>81</sup> *Information über den Verlauf und die Ergebnisse des offiziellen Besuchs des Premierministers der Slowakischen Republik samt Regierungsdelegation in Österreich*, <http://www.rokovania.sk/Rokovanie.aspx/BodRokovaniaDetail?idMaterial=22088> (abgerufen am 27. 6. 2013).

<sup>82</sup> *Konsultationen der Außenstaatssekretäre Peter Javorčík und Reinhold Lopatka*, 14. 5. 2013, <http://mzv.sk> (abgerufen am 20. 6. 2013).

<sup>83</sup> *Miroslav Lajčák und Michael Spindelegger in Mazedonien*, 12. 7. 2012, [http://www.mzv.sk/servlet/content?MT=/App/WCM/main.nsf/vw\\_ByID/ID\\_COB1D004B5A332B2C1257627003301E7\\_SK&OpenDocument=Y&LANG=SK&TG=BlankMaster&URL=/App/WCM/Aktualit.nsf/%28vw\\_ByID%29/ID\\_9D5E123945DDED1FC1257A37004C23A3](http://www.mzv.sk/servlet/content?MT=/App/WCM/main.nsf/vw_ByID/ID_COB1D004B5A332B2C1257627003301E7_SK&OpenDocument=Y&LANG=SK&TG=BlankMaster&URL=/App/WCM/Aktualit.nsf/%28vw_ByID%29/ID_9D5E123945DDED1FC1257A37004C23A3) (abgerufen am 15. 7. 2013).

auf Verantwortung und Fiskaldisziplin legen. Beide Staaten befinden sich zudem in der Position von Ländern, die das Potential aufweisen, Brücken der Zusammenarbeit und einen Dialog mit jenen Ländern aufzubauen, die sich um die EU-Mitgliedschaft bemühen, wobei es im besonderen Interesse der Slowakei ist, ein größtmögliches Maß an politischer und wirtschaftlicher Kohäsion zwischen den Ländern der Eurozone und den restlichen EU-Staaten zu bewahren, insbesondere mit den benachbarten Visegrád-Staaten.

Durch die Nähe der Interessen und die mehrfach ähnlichen Positionen der Slowakei und Österreichs in der EU ergeben sich die Voraussetzungen, um das bis unlängst asymmetrische Verhältnis zwischen Bratislava und Wien in europäischen Angelegenheiten zu überbrücken. Es existiert ein reales Potential für einen strategischen Dialog und eine engere Partnerschaft Österreichs und der Slowakei vor allem in Bezug auf die Funktionsfähigkeit der Eurozone und die Erweiterung auf dem Westbalkan. Diese Themen bilden einen guten Ausgangspunkt beispielsweise für das Format gemeinsamer Regierungssitzungen der beiden Nachbarländer oder informeller regelmäßiger Arbeitskonsultationen in Brüssel und den beiden Hauptstädten oder auch in den Kandidatenländern oder in den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Im Rahmen der weiteren Diskussion über die EU existiert ebenfalls Raum für einen Austausch von Erfahrungen mit einer öffentlichen Debatte über die Europäische Integration in beiden Ländern. Die österreichische öffentliche Meinung ist gegenüber der EU skeptischer als die slowakischen Bürgerinnen und Bürger, doch die Haltung der Öffentlichkeit ist in beiden Ländern labil. Eine Idee für den Erfahrungsaustausch in diesem Bereich ist die wechselseitige Teilnahme von Persönlichkeiten beider Länder an öffentlichen Aktivitäten betreffend die EU wie beispielsweise dem „Nationalen Konvent über die EU“ in der Slowakei oder den „EU –Townhall – Meetings“ (Stadtgesprächen) über die Europäische Integration in Österreich.

Energiefragen wirken zwischen der Slowakei und Österreich sowohl einigend als auch trennend. Uneinig sind sich die beiden Länder vor allem in der Frage der Nutzung der Atomenergie. Die Zusammenarbeit zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Erdgas wirkt hingegen verbindend.

Dieser Text deckt nicht alle Aspekte der bilateralen Beziehungen im Bereich des Energiewesens zwischen der Slowakei und Österreich ab. Er konzentriert sich auf jene vier Hauptsegmente, die für die Entwicklung der slowakisch-österreichischen Beziehungen in den letzten 20 Jahren die größte Rolle spielten und in der Gegenwart wie auch wahrscheinlich in Zukunft die Schlüsselagenda bilden: die unterschiedlichen Zugangsweisen zur Atomenergie, die Fragezeichen über der Zukunft eines gemeinsamen Strommarktes, die Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit mit Erdgas und das Potential zur Zusammenarbeit bei der Ölversorgung. Während die Slowakei und Österreich in Fragen der Atomenergie und des Stromhandels bisher nicht fähig waren, eine gemeinsame Sprache zu finden, vertreten die beiden Länder ähnliche Positionen im Bereich der Versorgungssicherheit mit Gas und Öl.

Österreich ist das erste Land der Welt, das verfassungsrechtlich ein Verbot der Nutzung von Atomenergie auf seinem Territorium verankert hat. Im Gegensatz dazu sieht die Slowakei die Entwicklung der Atomenergie als Priorität ihrer Energiepolitik und als grundlegenden Pfeiler ihres gegenwärtigen und künftigen Energiemix an. Die eindeutigen und gegensätzlichen Positionierungen für bzw. gegen die Atomenergie werden durch einen breiten inneren Konsens in den jeweiligen Ländern getragen, der sich quer durch das politische Spektrum zieht und auch über die Mehrheit in der öffentlichen Meinung verfügt. Die schwierigste Frage in der gesamten Geschichte der bilateralen Beziehungen während der letzten 20 Jahre war die Forderung Österreichs während des EU-Beitrittsprozesses der Slowakei, zwei Blöcke des Atomkraftwerks Bohunice abzuschalten. Österreich machte seine Zustimmung zum EU-Beitritt der Slowakei im Jahr 2004 von der Erfüllung dieser Forderung abhängig. In der Slowakei herrscht die Meinung vor, dass es weder aus dem Gesichtspunkt der Sicherheit noch wirtschaftlich gerechtfertigt war, den Betrieb der beiden Blöcke einzustellen. Die Slowakei musste dem Druck Österreichs nachgeben, wenn sie ihren EU-Beitritt nicht gefährden wollte. Bereits im September 1999 verpflichtete sich die slowakische Regierung, die beiden Blöcke außer Betrieb zu nehmen, um die Beitrittsverhandlungen zu beschleunigen. Österreich lehnt auch die Errichtung der beiden neuen Blöcke im Atomkraftwerk Mochovce sowie den Plan der slowakischen Regierung zur Errichtung eines neuen Atomkraftwerks in Bohunice an Stelle der abgeschalteten Reaktoren ab. Nach Ansicht des slowakischen Präsidenten Ivan Gašparovič stellen die unterschiedlichen Sichtwei-

sen auf die Atomenergie das einzige Problem in den bilateralen slowakisch-österreichischen Beziehungen dar.<sup>84</sup>

Andererseits kommt der slowakisch-österreichischen bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Erdgas-Versorgungssicherheit für beide Seiten strategische Bedeutung zu. Österreich importiert ungefähr 80 % seines Gases aus dem Ausland, wobei fast 70 % des Gases aus Russland über die Ukraine und die Slowakei eingeführt werden. Für die Slowakei wiederum ist es von strategischer Bedeutung, dass seit Oktober 2010 die Umkehr der Flussrichtung des Gases im österreichischen Knoten Baumgarten möglich ist, was für die Slowakei eine Sicherheitsgarantie darstellt, damit sich die Gaskrise vom Jänner 2009 nicht wiederholt. Ein offenes Thema der bilateralen Beziehungen im Energiebereich ist die Errichtung einer Ölpipeline zwischen Bratislava und Schwechat, die es ermöglichen würde, Öl aus Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken nach Österreich zu leiten und potentiell auch den Transport von Öl vom Terminal in Triest in die Slowakei erlauben würde. Die Ölpipeline zwischen Bratislava und Schwechat hat das Potential, die Ölversorgungssicherheit beider Länder zu erhöhen.

Eine der größten Herausforderungen für die künftige Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen der Slowakei und Österreich besteht in der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarkts für Strom und Erdgas im Rahmen der EU einschließlich der Errichtung der grenzüberschreitenden Infrastruktur und der Harmonisierung der nationalen Regulierungspolitiken. Österreich ist der einzige Nachbar der Slowakei, dessen Stromnetz nicht mit der Slowakei verbunden ist. Die schrittweise Schaffung eines regionalen Strommarktes in Mitteleuropa, einschließlich des sogenannten Marketcouplings zwischen Österreich und Deutschland einerseits und den Märkten der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns andererseits stellt eine Herausforderung und Gelegenheit für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich in den nächsten Jahren dar.

## Unterschiedliche Sicht auf die Nutzung der Atomenergie

Während Österreich zum ersten Land der Welt wurde, das die Erzeugung von Atomenergie auf seinem Gebiet durch ein Verfassungsgesetz untersagte,<sup>85</sup> sieht die Slowakei die Entwick-

---

<sup>84</sup> Vztahy Slovenska a Rakúska sú až na jadro bez problémov. In: *Sme*, 5. 6. 2012, <http://www.sme.sk/c/6405229/vztahy-slovenska-a-rakuska-su-az-na-jadro-bez-problemov.html> (abgerufen am 8. 4. 2013).

<sup>85</sup> Das erste österreichische Gesetz, das die Nutzung der Atomenergie verbot, wurde am 15. 12. 1978 im Zusammenhang mit dem Ausgang der Volksabstimmung vom 5. 11. 1978 über die Inbetriebnahme des ersten österreichischen Atomkraftwerks in Zwentendorf beschlossen. 50,47 % der teilnehmenden österreichischen Wählerinnen und Wähler sprachen sich in der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme aus. Fast 20 Jahre später, am 13. 8. 1999, beschloss das österreichische Parlament das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich. Österreich wurde dadurch zum ersten Land der Welt, das die Nutzung von Atomenergie auf seinem Gebiet durch ein Verfassungsgesetz untersagte. Eine Übersicht über die österreichische Gesetzgebung zur Atomenergie findet sich in *Nuclear Legislation in OECD Countries. Regulatory and Institutional Framework for Nuclear Activities. Austria*. OECD Nuclear Energy Agency 2003.

lung der Atomenergie als eine der Prioritäten ihrer langfristigen Energiestrategie an.<sup>86</sup> Die beiden Länder haben einen absolut unterschiedlichen Mix bei der Stromerzeugung. Österreich produziert fast 70 % seiner elektrischen Energie aus erneuerbaren Quellen (67,9 % der Gesamtproduktion von 71,13 TWh im Jahr 2010). In der Slowakei wird hingegen mehr als die Hälfte des Stroms aus Atomenergie erzeugt (52,4 % der Gesamtproduktion von 27,84 TWh im Jahr 2010).<sup>87</sup> Während die österreichische Regierung vor kurzem die internationale Kampagne „Meine Stimme gegen Atomkraft“ unterstützte, die von der österreichischen Nichtregierungsorganisation „Global 2000“ initiiert wurde, um ein Referendum über das Verbot der Nutzung von Atomenergie in der ganzen EU zu erreichen,<sup>88</sup> leitet die Slowakei gemeinsam mit Tschechien das Europäische Atomenergieforum, dessen Ziel die Entwicklung der Atomenergienutzung in der EU ist.<sup>89</sup> Beide Länder demonstrieren eine absolut gegensätzliche Zugangsweise zur Nutzung der Atomenergie in ihrer Wirtschaftspolitik und in ihren Außenbeziehungen.

Als schwierigste Frage in den bilateralen Beziehungen zwischen der Slowakei und Österreich in den letzten 20 Jahren erwies sich die Abschaltung zweier Blöcke im Atomkraftwerk Bohunice. Österreich machte davon seine Zustimmung zum EU-Beitritt der Slowakei im Jahr 2004 abhängig. In Übereinstimmung mit dem Protokoll Nr. 9, das dem EU-Beitrittsvertrags der Slowakei als Beilage hinzugefügt wurde, kam es Ende

---

<sup>86</sup> Vgl. z.B. *Stratégia energetickej bezpečnosti Slovenskej republiky*. Bratislava: vláda Slovenskej republiky, 15. 10. 2008, <http://www.rokovania.sk/Rokovanie.aspx/BodRokovaniaDetail?idMaterial=14372> (abgerufen am 9. 4. 2013).

<sup>87</sup> Quelle: *Eurostat*, [http://ec.europa.eu/energy/observatory/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/observatory/index_en.htm) (abgerufen am 9. 4. 2013).

<sup>88</sup> Der EU-Vertrag von Lissabon (in Kraft seit 2009) führte die „Europäische Bürgerinitiative“ ein. Falls insgesamt mindestens eine Million Unterschriften in zumindest sieben EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden, kann eine Bürgerinitiative einen Gesetzgebungsakt vorschlagen, mit dem sich die Europäische Kommission ernsthaft befassen muss. Laut Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann unterstützte die österreichische Regierung die Bürgerinitiative „Meine Stimme gegen Atomkraft“, deren Ziel darin besteht, die EU zu einem Verzicht auf die Nutzung der Atomenergie zu bringen. Zu den Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers vgl. beispielsweise Austria expects EU anti-nuclear campaign this year. In: *Reuters*, 12. 3. 2012, <http://www.reuters.com/article/2012/03/12/austria-nuclear-idUSL5E8EC11N20120312> (abgerufen am 9. 4. 2013). Vgl. auch die Internetseite dieser Europäischen Bürgerinitiative *My voice against nuclear power*, <http://www.my-voice.eu/en> (abgerufen am 9. 4. 2013). Allerdings gab die Europäische Kommission im Juni 2012 unter Verweis auf den Euratom-Vertrag bekannt, dass sie die Initiative gegen die Atomenergie nicht registrieren werde, weil durch eine Europäische Bürgerinitiative keine Revision des Primärrechts verlangt werden kann. Vgl. Komisia odmietla občiansku iniciatívu o jadre. In: *EurActiv.sk*, 13. 6. 2012, <http://www.euractiv.sk/energetika/clanok/komisia-odmietla-prvu-obciansku-iniciativu-o-jadre-019438> (abgerufen am 18. 7. 2013).

<sup>89</sup> Das Europäische Atomenergieforum (European Nuclear Energy Forum - ENEF) wurde im Jahr 2007 gegründet. Informationen über seine Aktivitäten finden sich auf der Internetseite des *European Nuclear Energy Forum*. European Commission, [http://ec.europa.eu/energy/nuclear/forum/forum\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/nuclear/forum/forum_en.htm) (abgerufen am 9. 4. 2013). Zum Auftritt des slowakischen Regierungschefs bei der Veranstaltung des ENEF in Bratislava am 15. Mai 2012 vgl. Robert Fico: vláda SR plne podporuje jadrovú energetiku. In: *Úrad vlády SR*, 15. 5. 2012, <http://www.vlada.gov.sk/robert-fico-vlada-sr-plne-podporuje-jadrovu-energetiku/> (abgerufen am 9. 4. 2013).

2006 zur Abschaltung des ersten Blocks und Ende 2008 zur Abschaltung des zweiten Blocks. Man muss darauf hinweisen, dass sich die Regierung der Slowakei bereits im Jahr 1999, zu Beginn der Beitrittsverhandlungen, verpflichtet hatte, den Betrieb der beiden Blöcke einzustellen. Im selben Jahr wurde die High Level Working Group zwischen der Europäischen Kommission und der slowakischen Regierung eingerichtet, deren Aufgabe es war, die Slowakei auf die EU-Beitrittsverhandlungen vorzubereiten. Im Rahmen der Gruppe wurde eine gemeinsame Untergruppe für Atomenergie eingerichtet, um die weitere Atomenergiestrategie der Slowakei festzulegen und die Bedingungen für die Schließung der beiden Blöcke V-1 in Bohunice zu schaffen. In der Folge traf die slowakische Regierung im September 1999 die Entscheidung über die schrittweise Abschaltung der beiden Blöcke V-1 in den Jahren 2006 und 2008.<sup>90</sup>

Österreich gelang es im Kontext der Beitrittsverhandlungen, die Schließung von Atomkraftwerken in der Slowakei, Litauen und Bulgarien durchzusetzen. Dies geschah im Einklang mit der österreichischen außenpolitischen Doktrin von der Schaffung einer „atomenergiefreien Zone in Mitteleuropa“. Die Initiative Österreichs zur Schaffung einer derartigen Zone stellte erstmals Bundeskanzler Franz Vranitzky auf einem Gipfel der Pentagone vor, der im Jahr 1990 in Venedig stattfand.<sup>91</sup> Gemeinsam mit der Neutralität wurden die Bemühungen um ein atomenergiefreies Europa Teil der politischen Identität Österreichs, die auch in der Außenpolitik verfolgt wird. Den inhaltlichen Rahmen für die derzeitige Kommunikation des nationalen Interesses Österreichs im europäischen und internationalen Format bildet der Aktionsplan „Raus aus Atom“, den die österreichische Regierung im März 2011 verabschiedete. Der Aktionsplan enthält einen Katalog von Forderungen und Maßnahmen, welche die EU-Länder für den Ausstieg aus der Atomenergie und zur Entwicklung von Alternativen zur Atomenergie annehmen sollten, einschließlich einer Änderung der Tätigkeit und Ziele der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).<sup>92</sup>

In der Slowakei überwiegt die Meinung, dass Österreich während der EU-Beitrittsverhandlungen unverhältnismäßigen politischen Druck ausübte, der die Interessen der Slowakei schädigte. Der slowakische Finanzminister Peter Kažimír drückte es so aus: „Wir wissen, dass das Atomkraftwerk Bohunice alle Sicherheitsanforderungen erfüllte und dass wir bei den Beitrittsverhandlungen dem Druck Österreichs nachge-

---

<sup>90</sup> Vgl. z.B. Figel, J., Adamiš, M.: *Slovensko na ceste do Európskej únie. Kapitoly a súvislosti*. Bratislava: Úrad vlády SR, Slovenská spoločnosť pre zahraničnú politiku, Centrum pre európsku politiku, 2003, S. 12.

<sup>91</sup> Vgl. z.B. Luif, P.: Austria and Central Europe. In: Šabič, Z., Drulák, P. (eds) *Regional and International Relations of Central Europe*. Palgrave Macmillan 2012.

<sup>92</sup> Vgl. z.B. Berlakovich: Aktionsplan „Raus aus Atom“ beschlossen. In: APA-OTS, 22. 3. 2011, [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20110322\\_OTS0035/berlakovich-aktionsplan-raus-aus-atom-beschlossen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110322_OTS0035/berlakovich-aktionsplan-raus-aus-atom-beschlossen) (abgerufen am 18. 7. 2013); Skoček, I.: *Ekonomická informácia o teritóriu. Rakúska republika*. Bratislava: Ministerstvo zahraničných vecí a európskych záležitostí SR, Velvyslanectvo SR vo Viedni, 2012, S. 35 – 36.

ben mussten.“<sup>93</sup> Der ehemalige slowakische Wirtschaftsminister Ľubomír Jahňák bezeichnete die Schließung des ersten Blocks des Atomkraftwerks Bohunice im Jahr 2006 als „schwarzen Tag für die slowakische Energiewirtschaft“. Nach der Schließung des zweiten Blocks im Jahr 2008 drohte gemäß den damaligen Schätzungen des Wirtschaftsministeriums, dass die Slowakei 18 % ihrer Stromerzeugungskapazitäten verlieren würde und vom Stromimport aus dem Ausland abhängig würde.<sup>94</sup> Die Schließung des Atomkraftwerks Bohunice war das Hauptmotiv für die erste Regierung unter Premierminister Robert Fico (2006-2010), den Beschluss über die Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce zu fassen. Die Bauarbeiten wurden offiziell im November 2008 aufgenommen.

Vertreter Österreichs kritisierten das Vorgehen der slowakischen Stellen, die im Mai 2010 die Umweltverträglichkeitsprüfung für die beiden fertigzustellenden Blöcke des Atomkraftwerks Mochovce abschlossen, ohne ausreichend alle Fragen zu beantworten und die Sicherheitsbedenken Österreichs zu entkräften. Nach Ansicht der österreichischen Seite kam es zu einer Verletzung des bilateralen *Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Slowakischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses auf dem Gebiete der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes*, wonach derartige Entscheidungen erst nach einer Tagung der gemeinsamen gemischten Kommission getroffen werden dürfen.<sup>95</sup> „Das ist ein Affront gegen Österreich, und ich verurteile es aufs Schärfste“, erklärte in Bezug auf die Entscheidung der slowakischen Regierung der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich.<sup>96</sup> Die Wiener Landesregierung verklagte die Slowakische Republik wegen der Fertigstellung des dritten und vierten Blocks in Mochovce vor dem Europäischen Gerichtshof. Das Gericht wies die Klage jedoch als formell und materiell unbegründet ab.<sup>97</sup>

Es ist wenig wahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit auf österreichischer oder slowakischer Seite zu einer Änderung der Sicht auf die Atomenergie kommt. Der einzige Weg, wie

---

<sup>93</sup> Kažimír: Slovensko odmieta správy o zlom hospodárení pri demontáži JE Bohunice. In: *Aktuality.sk*, 22. 1. 2013, <http://www.aktuality.sk/clanok/221673/kazimir-slovensko-odmieta-spravy-o-zlom-hospodareni-pri-demontazi-je-bohunice/> (abgerufen am 11. 4. 2013).

<sup>94</sup> Jaslovské Bohunice odstavili jeden zo štyroch reaktorov. In: *Sme*, 31. 12. 2006, <http://www.sme.sk/c/3072807/jaslovske-bohunice-odstavili-jeden-zo-styroch-reaktorov.html> (abgerufen am 11. 4. 2013).

<sup>95</sup> Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz. Das Abkommen wurde ursprünglich bereits 1982 zwischen Österreich und der ČSSR abgeschlossen und im Jahr 1989 als Abkommen zwischen Österreich und der ČSFR erneuert. Die Slowakische Republik wurde im Jahr 1993 zum Nachfolgestaat. Text abrufbar unter <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007102> (abgerufen am 24. 7. 2013).

<sup>96</sup> Premiérka Radičová sa Viedni ospravedlnila za Mochovce. In: *Pravda*, 12. 9. 2010, <http://spravy.pravda.sk/domace/clanok/167700-premierka-radicova-sa-viedni-ospravedlnila-za-mochovce/> (abgerufen am 16. 4. 2013).

<sup>97</sup> Európsky súd zamietol žalobu proti dostavbe Mochoviec. In: *Sme*, 28. 9. 2011, <http://www.sme.sk/c/6075052/europsky-sud-zamietol-zalobu-proti-dostavbe-mochoviec.html> (abgerufen am 16. 4. 2013).



die Spannung in den bilateralen Beziehungen in dieser Frage gemildert werden kann, sind regelmäßiger Dialog und eine Erhöhung der Betriebssicherheit der Atomkraftwerke in der Slowakei. In diesem Sinne äußerte sich auch der slowakische Premierminister Robert Fico bei einer gemeinsamen Pressekonferenz nach einem Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann in Wien im Januar 2013: „Obwohl wir mit unterschiedlichen Augen auf die Atomenergie schauen, wollen wir die bestmögliche Zusammenarbeit anbieten, damit sich Österreich sicher fühlt.“ Die Slowakei wolle keinen ihrer Nachbarn nervös machen. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann äußerte Verständnis dafür, dass die einzelnen Länder nach Wegen der Energiegewinnung suchen und gewisse Bedürfnisse haben. „Verschiedene Vorkommnisse haben uns jedoch gezeigt, dass die Atomenergie unberechenbar ist“, erklärte Werner Faymann auf der gemeinsamen Pressekonferenz.<sup>98</sup>

Ein Instrument für den regelmäßigen bilateralen Dialog über die Betriebssicherheit der Atomkraftwerke in der Slowakei existiert dank des bereits genannten *Abkommens zwischen den Regierungen über den Informationsaustausch in Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz*. Auf Grundlage dieses Abkommens treffen einander einmal im Jahr Expertendelegationen beider Länder, wobei sich die Slowakei und Österreich bei der Organisation dieser Veranstaltung abwechseln. Die beiden letzten Treffen fanden im Juni 2012 im österreichischen Laa an der Thaya und im Mai 2013 in Trenčín statt. Das Treffen in Trenčín war bereits das 21. bilaterale Treffen der Nuklearexperten beider Länder.<sup>99</sup> Dieses Format des bilateralen Dialogs ist die einzige existierende Plattform, wo Expertenmeinungen zur Problematik der Atomenergie und zur Betriebssicherheit der Atomreaktoren auf dem Gebiet der Slowakei in offener, komplexer und transparenter Weise ausgetauscht werden, ohne überflüssige Spannungen und politischen Druck von der einen oder anderen Seite. Offen bleibt allerdings die Frage, ob dieses Instrument ausreichend ist, die bilateralen Spannungen in Fragen der Nutzung der Atomenergie zu reduzieren.

## Gemeinsamer Strommarkt(?)

Die EU will bis 2014 einen Binnenmarkt für Strom und Erdgas schaffen. Grundlegende Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels ist eine physische Infrastruktur, welche

---

<sup>98</sup> Rakúsko sa jadrovej energie bojí. Fico ubezpečuje, že ani my nechceme vyletieť do povetria. In: *Hlavné správy*, 14. 1. 2013, <http://www.hlavnespravy.sk/fico-napriek-rozdielnemu-nazoru-s-rakuskom-na-jadro- chceme-spolupracovat-2/63440/> (abgerufen am 8. 4. 2013).

<sup>99</sup> Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz, a.a.O.; Skoček, I.: a.a.O.; Informationen über das 21. Expertentreffen, das am 27. – 28. Mai 2013 in Trenčín stattfand, wurden dem Autor von einem Vertreter der Gesellschaft SE, der sich daran beteiligte, am 8. 7. 2013 zur Verfügung gestellt.

die Stromnetze der Mitgliedstaaten verbindet. In den Worten der Europäischen Kommission: „Bis 2014 müssen die bestehenden Rechtsvorschriften vollständig umgesetzt sein, wozu auch die Einführung der wesentlichen technischen Vorschriften auf EU-Ebene gehört, und die Regulierungsbehörden müssen über die erforderlichen Instrumente und Ressourcen verfügen, um die Einhaltung der Rechtsvorschriften durchzusetzen. Grenzüberschreitende Märkte für Erdgas und Strom müssen in allen Teilen der EU existieren und funktionieren, und die Umsetzung der Pläne zur Vervollständigung und Modernisierung der Netze sowie zur Schaffung intelligenter Netze in der EU muss bereits fortgeschritten sein.“<sup>100</sup> Jedoch gehören gerade Österreich und die Slowakei zu den wenigen Nachbarstaaten innerhalb der EU, deren Stromnetze noch nicht miteinander verbunden sind.

Gespräche über die Errichtung einer 400 kV Leitung zwischen der Slowakei und Österreich von Stupava nach Wien begannen bereits im Jahr 1990. Gedacht war an eine Leitung von Stupava zur Staatsgrenze im Raum Záhorská Ves – Angern. Die Verhandlungen mündeten in die Unterzeichnung eines Vertrags zur Errichtung der Stromleitung zwischen den Gesellschaften SEPS und ÖVG im Dezember 1993. Nach der Unterzeichnung des Abkommens begannen die beiden Seiten mit Vorbereitungsarbeiten auf ihrem Gebiet. Im Jahr 1995 wurden die Arbeiten auf der österreichischen Seite aufgrund der Proteste gegen die Errichtung des Atomkraftwerks Mochovce und die damit zusammenhängenden Befürchtungen eingestellt, dass über die Leitung Atomstrom aus der Slowakei nach Österreich gelangen könnte. Die letzten Verhandlungen zwischen der ÖVG und der Gesellschaft SEPS fanden am 29. Mai 1995 statt. Bei diesen Gesprächen verlangte die österreichische Seite die Einstellung des Projekts.<sup>101</sup> Obwohl der Vertrag zwischen SEPS und der ÖVG nicht formell gekündigt wurde, wurde das Projekt seit damals von keiner Seite fortgesetzt. Vertreter von SEPS erklären, dass die Gesellschaft auch in Zukunft keine Verbindung der Stromnetze zwischen der Slowakei und Österreich plane. „Im gegenwärtigen Entwicklungsprogramm, das heißt ungefähr bis 2027, erwägen wir nicht den Bau neuer Stromleitungen in Richtung Österreich“, erklärt SEPS im Entwicklungsprogramm der Gesellschaft aus dem Jahr 2012.<sup>102</sup> Es bleibt die Frage, inwieweit dieser Entwicklungsplan der SEPS bis 2027 im Einklang mit den Zielen der EU steht. Mit den anderen Nachbarstaaten will SEPS die Stromverbindungen verstärken.

---

<sup>100</sup> Ein funktionierender Energiebinnenmarkt. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel: Europäische Kommission, 15. 11. 2012, COM(2012) 663 final, S. 2 – 3.

<sup>101</sup> Kšiňan, A., Kvasňovský, R.: Liberalizácia trhu umožní dodávky za lepších podmienok“. In: *Publikácie a články. Slovenská elektrizačná prenosová sústava, a.s.* 17. 6. 2002, <http://www.sepsas.sk/seps/Clanok012.asp?Kod=27> (abgerufen am 29. 4. 2013).

<sup>102</sup> SEPS neplánuje ani v budúcnosti prepojiť sieť s Rakúskom. In: *Energia.sk*, 16. 2. 2012, <http://www.energia.sk/spravodajstvo/elektrina-a-elektromobilita/seps-neplnuje-ani-v-buducnosti-prepojit-siet-s-rakuskom/6039/> (abgerufen am 29. 4. 2013).

Die österreichische Regierung beschloss im April 2012, dass bis Ende 2014 der Import von aus Atomkraft erzeugtem Strom aus dem Ausland gestoppt werden soll. Die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedete der österreichische Nationalrat im Juli 2013.<sup>103</sup> Ab 1. Januar 2015 werden die Stromanbieter auf dem österreichischen Markt durch Zertifikate die Herkunft des Stroms nachweisen müssen, sodass der Import und Verkauf von Strom aus Atomkraftwerken ausgeschlossen wird. Hauptlieferanten von elektrischer Energie nach Österreich sind die Tschechische Republik und Frankreich, die einen großen Teil ihres Stroms gerade aus Atomkraft erzeugen. Abgesehen davon wird Deutschland, dessen Strommarkt mit dem österreichischen verbunden ist, bis Ende 2014 gewiss nicht alle seine Atomreaktoren abstellen.<sup>104</sup> Erst die Praxis wird zeigen, ob das Zertifizierungssystem auf dem österreichischen Strommarkt wirksam sein und den Import von Atomstrom verhindern wird. Probleme bringt die österreichische Haltung nicht nur für die slowakisch-österreichischen Beziehungen, sondern vor allem in Bezug auf die Erfüllung der EU-Ziele zur Schaffung eines einheitlichen Energiebinnenmarktes, der auch einen Strommarkt umfassen soll.

Österreich ist gemeinsam mit der Slowakei, der Tschechischen Republik, Deutschland und weiteren sechs Ländern Mittel- und Südosteuropas Teil der geplanten sogenannten Nord-Süd-Verbindung der Stromnetze in Mittel- und Südosteuropa, einem von fünf strategischen Korridoren für elektrische Energie im Rahmen der EU, welche die regionalen Pfeiler zur schrittweisen Schaffung des einheitlichen Strombinnenmarktes im Rahmen der EU bilden sollen.<sup>105</sup> Derzeit existieren zwei subregionale Cluster dieser geplanten Nord-Süd-Verbindung des europäischen Korridors: Das Marketcoupling für Elektrizität zwischen Österreich und Deutschland (Ö-D) und das Marketcoupling zwischen der Slowakei, der Tschechischen Republik (seit 2009) und Ungarn (seit September 2012; SK-CZ-H). Im Moment laufen Verhandlungen über einen Beitritt Polens und Rumäniens zum Cluster SK-CZ-H.<sup>106</sup> Früher oder später sollten die beiden subregionalen Marketcouplings verbunden werden, wenn die Ziele der EU im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Strombinnenmarktes erreicht werden sollen. Angesichts der Tatsache, dass keine Verbindung zwischen den Stromnetzen der Slo-

---

<sup>103</sup> Vgl. Parlamentskorrespondenz Nr. 645 vom 04.07.2013. In: *Republik Österreich Parlament*, 4. 7. 2013, [http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2013/PK0645/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2013/PK0645/index.shtml) (abgerufen am 18. 7. 2013).

<sup>104</sup> Rakúsko chce zo svojich sietí odstrániť elektrinu jadrového pôvodu. In: *Energia.sk*, 17. 4. 2012, <http://www.energia.sk/spravodajstvo/elektrina-a-elektromobilita/rakusko-chce-zo-svojich-sietii-odstranit-elektrinu-jadroveho-povodu/6706/> (abgerufen am 6. 5. 2013).

<sup>105</sup> Vgl. z.B. *North-South Interconnections. Market analysis and priorities for future development of the electricity market and the infrastructure in Central-Eastern Europe under the North-South Energy Infrastructure Interconnections Initiative. Final Report*. PricewaterhouseCoopers, 19 December 2011, [http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/doc/2011\\_wg\\_north\\_south\\_interconnections.pdf](http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/doc/2011_wg_north_south_interconnections.pdf) (abgerufen am 7. 5. 2013).

<sup>106</sup> *Poland and Romania to join CZ-SK-HU Market Coupling*, [http://www.ure.gov.pl/portal/en/1/190/Poland\\_and\\_Romania\\_to\\_join\\_CZSKHU\\_Market\\_Coupling.html](http://www.ure.gov.pl/portal/en/1/190/Poland_and_Romania_to_join_CZSKHU_Market_Coupling.html) (abgerufen am 20. 5. 2013).

wakei und Österreichs existiert und angesichts der Haltung Österreichs zum (Nicht-) Import von Atomstrom stellt sich die Frage, wie es möglich sein wird, das EU-Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes für elektrische Energie zu erreichen.

## Gemeinsame Interessen im Bereich der Erdgaslieferungen

Im Unterschied zur elektrischen Energie, wo die bilateralen Beziehungen durch unterschiedliche Sichtweisen auf die Nutzung der Atomenergie und durch das Fehlen einer Verbindung der Stromnetze gekennzeichnet sind, besitzt die slowakisch-österreichische Zusammenarbeit im Bereich der Versorgungssicherheit mit Erdgas für beide Seiten strategische Bedeutung. Erdgas deckt zu 23,7 % den Energiebedarf Österreichs und ist dritt wichtigster Energieträger im österreichischen Energiemix (nach Öl mit 37,8 % und erneuerbaren Energiequellen mit 26,2 %; Angaben für das Jahr 2010). Österreich importiert ungefähr 80 % des Erdgases aus dem Ausland (78 % im Jahr 2010), wobei fast 70 % des Gases aus Russland über das Gebiet der Ukraine und der Slowakei kommen (67 % im Jahr 2010).<sup>107</sup> Schon seit mehr als 40 Jahren strömt Gas aus Russland über das Gebiet der Slowakei nach Österreich. Die ersten Lieferungen über das Gebiet der Slowakei (damals noch ČSSR) erreichten Österreich am 28. Dezember 1972.<sup>108</sup> Die Zusammenarbeit mit Österreich gewann für die Slowakei vor allem nach der Gaskrise vom Januar 2009 sicherheitsstrategische Bedeutung.

Am 7. 1. 2009 passierte es zum ersten Mal seit Inbetriebnahme der Gastransportmagistrale aus Russland, dass der Druck in der Verdichterstation in Velké Kapušany an der slowakisch-ukrainischen Grenze auf „0“ sank. Für 11 Tage, vom 7. bis zum 18. 1. 2009, fielen die Gaslieferungen in die Slowakei komplett aus. Auf Anregung der Gesellschaft SPP erklärte die slowakische Regierung den Notstand und führte das Regulierungsniveau Nr. 8 ein, wodurch die Gasversorgung der Großabnehmer (mit einem Verbrauch über 60.000 m<sup>3</sup> im Jahr) auf das unverzichtbare Minimum zur Vermeidung technischer Schäden an den Produktionseinrichtungen reduziert wurde. Die Slowakei war mit der schwersten externen Bedrohung seit ihrer Entstehung im Jahr 1993 konfrontiert. Das Notstandsniveau Nr. 8 betraf fast 800 Großunternehmen in der Slowakei, die ihre Produktion dramatisch einschränken und in den meisten Fällen komplett einstellen mussten. Hätte die Krise noch einige Wochen länger gedauert, wären die Folgen für die slowakische Wirtschaft katastrophal gewesen. Sowohl das Finanzministerium als auch das Wirtschaftsministerium schätzten

---

<sup>107</sup> Quelle: Eurostat, [http://ec.europa.eu/energy/observatory/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/observatory/index_en.htm) (abgerufen am 20. 5. 2013).

<sup>108</sup> 40 rokov bezpečnej a spoľahlivej prepravy. In: *Eustream*, [http://www.eustream.sk/sk\\_nasa-spolocnost/sk\\_historia](http://www.eustream.sk/sk_nasa-spolocnost/sk_historia) (abgerufen am 21. 5. 2013).

die wirtschaftlichen Schäden in den 11 Tagen ohne Erdgaslieferungen auf über eine Milliarde Euro.<sup>109</sup>

Nach der Gaskrise vom Januar 2009 begann die slowakische Regierung, sich prioritär mit der Frage der Diversifizierung der Gaslieferungswege in die Slowakei zu befassen. Eine Schlüsselfunktion kam dabei der Errichtung neuer und der Erweiterung existierender Verbindungen zwischen der Slowakei und den Gasleitungssystemen der Nachbarländer zu. Außer der Inbetriebnahme der Flussumkehr des Gases mit der Tschechischen Republik, die bereits während der Krise im Januar 2009 erfolgte, wurde die Errichtung einer neuen Gasleitungsverbindung mit Ungarn beschlossen. Die Beförderungskapazität der Anbindung an den österreichischen Gasknoten Baumgarten wurde erhöht und die Flussumkehr ermöglicht. Außerdem wurde die Errichtung einer neuen Trasse zwischen Polen und dem österreichischen Baumgarten durch die Slowakei beschlossen. Da Baumgarten gemäß den ursprünglichen Erwartungen in der Zukunft Endstation zweier großer geplanter Gaspipelineprojekte werden sollte (Nabucco und South Stream),<sup>110</sup> wurden die Erweiterung der Leitungskapazitäten zwischen der Slowakei und diesem Gasknoten sowie die Inbetriebsetzung der Flussumkehr zu einem strategischen Diversifikationsziel für die slowakische Regierung.

Das ganze Projekt der Inbetriebsetzung der Flussumkehr aus Baumgarten in die Slowakei begann im Oktober 2009, als sich Vertreter der Gesellschaft Eustream an der offiziellen Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Slowakei bei grenzüberschreitenden Energieprojekten beteiligten.

---

<sup>109</sup> Näher siehe Duleba, A.: *Poučenia z plynovej krízy v januári 2009*. Bratislava: Výskumné centrum Slovenskej spoločnosti pre zahraničnú politiku, n.o., október 2009, <http://sfpa.sk/dokumenty/publikacie/281> (abgerufen am 22. 5. 2013).

<sup>110</sup> Die Entwicklung der letzten drei Jahre bestätigte nicht die ursprünglichen Erwartungen aus dem Jahr 2009 (und davor) bezüglich einer Verwirklichung des von der EU unterstützten Projekts Nabucco. Dieses wird nicht umgesetzt. Vorrang erhielt das Projekt TAP (Trans Adriatic Pipeline), das den Transport kaspischen Gases aus Aserbaidschan nach Italien – nicht nach Österreich – durch Griechenland und Albanien ermöglicht. Es ist auch nicht sicher, ob das Projekt South Stream umgesetzt wird, das von der russischen Gesellschaft Gazprom initiiert wurde, und wie dessen endgültige Trasse aussehen würde. Gleichwohl stellten die Erwartungen im Jahr 2009, dass beide Projekte (Nabucco West und South Stream) an den österreichischen Gasknoten Baumgarten angeschlossen werden, ein bedeutendes Motiv für die slowakische Regierung dar, sich nach der Krise im Januar 2009 um die Errichtung der Gasanbindung nach Österreich zu bemühen. Jedenfalls hat die Investition in die Ermöglichung der Flussumkehr aus Österreich strategische Bedeutung für die Erhöhung der Gasversorgungssicherheit der Slowakei, und zwar nicht nur zur Bewältigung von Krisensituationen im Fall eines Ausbleibens der Gaslieferungen aus Russland durch die Ukraine. Sollte es in der Zukunft zu einer Inbetriebsetzung der Flussumkehr zwischen Italien und Österreich kommen, würde die Slowakei über Baumgarten physischen Zugang zum Gas erhalten, das nach Italien aus Nordafrika kommt, wie auch zum kaspischen Gas aus der TAP und zum Gas, das die italienischen LNG Terminals aus den Ländern des Persischen Golfs und aus den anderen LNG-Lieferländern erreicht. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Anbindung an Baumgarten und die existierenden (auch die nicht umkehrbaren) Gasanbindungen zwischen Österreich und Italien Swap-Operationen der Gasanbieter auf dem slowakischen und österreichischen Markt mit Lieferanten nicht-russischen Gases nach Italien ermöglichen bzw. wesentlich erleichtern.

Die Initiative der beiden Regierungen hatte auch eine Stärkung der Gasleitungsverbindung zwischen der Slowakei und Österreich zum Ziel. Die Gespräche zwischen dem slowakischen Wirtschaftsministerium, der Gesellschaft Eustream, Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und der Gesellschaft OMV mündeten in die Unterzeichnung eines Verständigungsmemorandums. Es sah unter anderem den Ausbau der Gasleitungsverbindung zwischen dem slowakischen und österreichischen Beförderungssystem vor, um den Gasfluss in beide Richtungen zu ermöglichen. Im Oktober 2010 wurde das Ziel erreicht, als die Arbeiten an der Inbetriebsetzung der Flussumkehr abgeschlossen wurden. Die Gesamtkosten für die technischen Adaptionen an der Verdichtungsstation in Baumgarten betragen ungefähr vier Millionen Euro, wovon fast die Hälfte (1,88 Mio. Euro) von der Europäischen Kommission im Rahmen des EEPR (European Energy Programme for Recovery) getragen wurde.<sup>111</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich im Bereich der Erdgas-Versorgungssicherheit ist ein Beispiel für eine beidseitig vorteilhafte bilaterale Zusammenarbeit mit strategischer Bedeutung für beide Seiten.

## Potential für Zusammenarbeit im Bereich der Ölversorgung

Ein großes Thema der bilateralen slowakisch-österreichischen Beziehungen ist schon seit einigen Jahren die Errichtung einer Ölpipeline zwischen Bratislava und Schwechat. Die österreichische Gesellschaft OMV und die slowakische Ölbeförderungsgesellschaft Transpetrol unterzeichneten am 18. 12. 2003 einen Vertrag über ein gemeinsames Unternehmen für die Errichtung und den Betrieb einer Ölpipeline zwischen Bratislava und der OMV-Raffinerie in Schwechat. So entstand die Gesellschaft BSP Bratislava – Schwechat Pipeline GmbH, an der Transpetrol mit 74 % und die OMV mit 26 % beteiligt sind. Die Investitionen in das Projekt wurden zunächst auf 35 Mio. Euro geschätzt. Gerechnet wurde mit einem Beförderungsvolumen von 2 Mio. t im Jahr, was etwa 20 % der Verarbeitungskapazität von Schwechat ausmacht. Die Möglichkeit einer Erhöhung des Volumens wurde eingeplant. Die Kapazität der Pipeline wurde auf ungefähr 3,4 Mio. t im Jahr ausgelegt, wobei sie durch zusätzliche Pumpstationen auf 5 Mio. t im Jahr erweiterbar sein sollte. Die Länge sollte ungefähr 60 km betragen, davon 50 km auf dem Gebiet Österreichs.<sup>112</sup>

Doch im Jahr 2005 beschloss das slowakische Umweltministerium, die Realisierung des Projekts nicht zu empfehlen, weil Bedenken wegen der Bedrohung des Schutz-

---

<sup>111</sup> Sedláček, M., Matejková, L.: V Baumgartene sa skončili práce umožňujúce reverzný tok plynu do SR. In: *Slovgas* 6/2010, S. 13 – 14.

<sup>112</sup> *Projekty na prepravu ropy*. Transpetrol, 2010, <http://www.transpetrol.sk/ropny-priemysel/planovane-projekty/> (abgerufen am 11. 6. 2013).

gebietes der Schüttinsel (Žitný ostrov) mit einem der größten Trinkwasserreservoirs Europas bestanden. Im Jahr 2009 kehrten die beiden Länder zum Projekt zurück. Die Wirtschaftsminister der Slowakei und Österreichs unterzeichneten ein Verständigungsmemorandum für den Energiebereich, wo sie das Interesse beider Länder an der Errichtung der Pipeline deklarierten. In der Folge ließ die Gesellschaft Transpetrol eine Machbarkeitsstudie über alternative Möglichkeiten der Weiterführung der Pipeline Družba von Bratislava über Petržalka nach Schwechat ausarbeiten, um neue Varianten für die Trassenführung zu erkunden. 10 mögliche Trassenvarianten wurden präsentiert, die entweder über den sogenannten Karpatenkorridor oder über den städtischen Korridor verliefen. Keine dieser Trassen sollte über die Schüttinsel führen. Die Länge der Pipeline sollte in Abhängigkeit von der Wahl der Variante zwischen 81 und 152 km betragen. Die Errichtungskosten wurden vom Wirtschaftsministerium auf 70 bis 112 Mio. Euro geschätzt.<sup>113</sup> Seitdem laufen Verhandlungen mit dem Ziel, die optimale Trassenvariante zwischen Bratislava und Schwechat zu finden, um allfällige Umweltauswirkungen zu minimieren. Auf der österreichischen Seite laufen Arbeiten für das Pipelineprojekt, das bei Kittsee an den slowakischen Teil der Pipeline angebunden würde.<sup>114</sup>

Die österreichische Seite erfüllte alle Verpflichtungen, die aus dem Verständigungsmemorandum zur Errichtung der Ölpipeline auf Regierungsebene und aus den Vereinbarungen zwischen den Unternehmen hervorgehen. Außerdem wurde das Projekt der Bratislava – Schwechat Pipeline in den Aktionsplan der EU zur Errichtung vorrangiger Korridore der Nord-Süd-Infrastruktur für den Transport von Strom, Gas und Erdöl in Mittel- und Osteuropa aufgenommen, um die Schaffung des einheitlichen Energie-Binnenmarkts zu ermöglichen.<sup>115</sup> Bei der Verwirklichung des Projekts tauchten jedoch Probleme auf der slowakischen Seite auf. Zur Errichtung der Ölpipeline entwickelte sich innerhalb Slowakei eine umweltpolitische und politische Debatte, in der sich Befürworter und Gegner der Ölpipeline gegenüberstehen. Zu den Gegnern zählen Umweltschützer, Vertreter der Bevölkerung jener Stadtteile Bratislavas, durch welche die Trasse verlaufen soll, und derzeit die meisten gewählten Vertreter der Region und der Stadt Bratislava. Auf der anderen Seite versuchen die slowakische Regierung und die Gesellschaft Transpetrol einschließlich ihrer Tochter BSP Bratislava – Schwechat Pipeline GmbH, die Errichtung der Ölpipeline durchzusetzen. Die Gegner einigten sich darauf, eine öffentliche Diskussion über das Projekt zu initiieren und schließen auch

---

<sup>113</sup> Ropovod Bratislava Schwechat. In: *BSP Bratislava - Schwechat Pipeline GmbH*, 2012, <http://www.bspipeline.eu/index.php?menu=mapastranky&jazyk=SK> (abgerufen am 12. 6. 2013).

<sup>114</sup> *Projekty na prepravu ropy*: a.a.O.

<sup>115</sup> Regulation (EU) No 347/2013 of the European Parliament and of the Council of 17 April 2013 on guidelines for trans-European energy infrastructure and repealing Decision No 1364/2006/EC and amending Regulations (EC) No 713/2009, (EC) No 714/2009 and (EC) No 715/2009, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32013R0347:EN:NOT> (abgerufen am 7. 8. 2013).

die Organisation eines lokalen Referendums nicht aus.<sup>116</sup> Die Politisierung des Projekts und die Tatsache, dass es sich zu einem der Hauptthemen im Ringen zwischen Regierung und Opposition im Vorfeld der Regionalwahlen im November 2013, den Präsidentschaftswahlen und den Europawahlen im Jahr 2014 entwickelte, wecken Zweifel, ob sich das Projekt verwirklichen lässt.

Unabhängig davon, wie die politische Debatte in der Slowakei ausgeht und wie die slowakische Regierung in dieser Frage vorgehen wird, stellt das Projekt ein wichtiges Thema in den bilateralen Beziehungen mit Österreich dar. Eine Ölleitungsverbindung zwischen Bratislava und Schwechat ist für die Slowakei einerseits wichtig, weil Transpetrol daran interessiert ist, das Transitvolumen durch die Slowakei aufrechtzuerhalten. Das Volumen, das durch die Družba aus Russland transportiert wird, sinkt beständig.<sup>117</sup> Andererseits geht es um die Sicherheit der Ölversorgung. Eine Anbindung des slowakischen Ölleitungssystems an den Terminal in Triest würde die Abhängigkeit der Slowakei von Lieferungen aus Russland verringern. Österreich wiederum würde Zugang zu Öl aus Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken erhalten, was ebenfalls zur Diversifizierung der Quellen und Lieferwege des Öls nach Österreich beitragen würde. Die Ölpipeline Bratislava – Schwechat kann dabei helfen, die Ölversorgungssicherheit beider Länder zu erhöhen.

---

<sup>116</sup> O ropovode naprieč Bratislavou sa bude verejne diskutovať. In: *SITA*, 20. 7. 2013, <http://www.webnoviny.sk/slovensko/bratislavski-poslanci-rokovali-o-ropovo/702766-clanok.html> (abgerufen am 7. 8. 2013).

<sup>117</sup> Beer, G.: Transpetrol s nožom na krku. In: *eTrend*, 9. 1. 2013, <http://www.etrend.sk/trend-archiv/rok-2013/cislo-1/transpetrol-s-nozom-na-krku.html> (abgerufen am 12. 6. 2013).



# Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Initiativen

---

*Tomáš Strážay*

Dieses Kapitel ist in zwei thematische Bereiche geteilt. Im ersten Teil werden der aktuelle Stand und die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich untersucht. Der zweite Teil behandelt das Potential für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in verschiedenen regionalen Initiativen.

## Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich war vor allem in den ersten Jahren der letzten zwei Jahrzehnte durch die Auswirkungen des sogenannten Eisernen Vorhangs gekennzeichnet, der die Länder des Sowjetblocks von den westlichen Demokratien abgeschottet hatte. Die Zugehörigkeit der Slowakei und Österreichs zu zwei unterschiedlichen geopolitischen Lagern hatte eine Verringerung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontakte sowie eine unzureichende Entwicklung der Eisenbahn- und Straßeninfrastruktur zur Folge. Projekte von gesamtstaatlicher, aber auch regionaler oder lokaler Bedeutung fehlten in dieser Zeit beinahe völlig. Obwohl Bratislava und Wien in der Gegenwart die beiden geographisch nächstgelegenen Hauptstädte in der EU sind und auch vor 1989 bedeutende industrielle und urbane Zentren waren, herrschte zwischen ihnen nur eine minimale Kommunikation. Dies lag nicht zuletzt auch an der Visumpflicht für (tschecho-)slowakische bzw. österreichische Bürgerinnen und Bürger. Außerdem konnte die Bevölkerung beider Staaten die Grenze praktisch nur an zwei Punkten überschreiten: am einzigen Straßengrenzübergang Bratislava Petržalka – Berg und am einzigen Eisenbahngrenzübergang Devínska Nová Ves – Marchegg. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden das österreichische und das slowakische Marchufer durch sieben Brücken verbunden und natürlich konnte die Grenze auch in Petržalka überschritten werden.

Deshalb kann dem Jahr 1989, als es in der damaligen Tschechoslowakei zur Änderung des politischen Regimes und Systems kam, fundamentale Bedeutung in der Entwicklung der Kontakte zwischen der Slowakei und Österreich sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beigemessen werden. Einen weiteren derartigen Meilenstein bildete der Beitritt der Slowakei zur EU und in der Folge auch zum Schengen-System, wodurch die Kontrollen an den Grenzübergängen zwischen den beiden Staaten wegfielen.

Das Niveau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde und wird auch durch die Länge der Grenze zwischen der Slowakei und Österreich beeinflusst, die nur

107 km beträgt. Nach der ukrainischen ist die slowakisch-österreichische Grenze die kürzeste. Einen Mehrwert stellt hingegen die geographische Nähe der beiden Hauptstadtregionen dar. Neben den Hauptstädten selbst, die bedeutende Subjekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen, gehören die Grenzregionen in Österreich zu den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland, auf slowakischer Seite zu den Selbstverwaltungskreisen Bratislava und Trnava.

### **Rahmendokumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Den Rahmen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich und für die Unterzeichnung bilateraler Abkommen schuf der Beitritt der Slowakei zu den europäischen Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dazu gehören das *Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften* samt dem Ergänzungsprotokoll und dem Protokoll Nr. 2 sowie die *Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung*.<sup>118</sup> Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Hauptstadtregionen Bratislava und Wien und zwischen den angrenzenden Regionen unterstützen außerdem mehrere bilaterale Abkommen, wobei dem *Rahmenvertrag zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften* grundlegende Bedeutung zukommt.<sup>119</sup> Der Vertrag ist seit 2004 in Kraft.

Im Unterschied zu den restlichen Nachbarstaaten der Slowakei wurde im Fall Österreichs keine gemischte interministerielle Kommission für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eingerichtet. Trotzdem kann konstatiert werden, dass sich diese Dimension der bilateralen Beziehungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten ziemlich dynamisch entwickelt hat.

### **Programme und Instrumente zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Die EU unterstützt langfristige Programme, die auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Grenzen ihrer Mitgliedstaaten zielen. Dazu dienen die Programme der regionalen Zusammenarbeit, wobei in Bezug auf Österreich seit dem Jahr 2007 das Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei – Österreich läuft.

---

<sup>118</sup> Vgl. z.B. Benč., V., Strážay, T., Világi, A., *Analýza cezhraničnej spolupráce a rozvoja prihraničných regiónov s krajinami V4 a definovanie priorit cezhraničnej spolupráce pre predsedníctvo SR vo V4*, Bratislava, Dezember 2006, [www.sfpa.sk/dokumenty/publikacie/132](http://www.sfpa.sk/dokumenty/publikacie/132) (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>119</sup> Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften, <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003620&ShowPrintPreview=True> (abgerufen am 1. 7. 2013).

Bis zum Jahr 2007, also bevor das neue Instrument zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Kraft trat, partizipierte die Slowakei an den Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit INTERREG II A – PHARE CBC (1995 – 1999) und INTERREG III A – PHARE CBC (2000 – 2004). Die Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die im Rahmen des Programms PHARE CBC verwirklicht wurden, richteten sich vor allem auf die Infrastruktur und den Umweltschutz. In deren Rahmen gelang es, die Verbindungen zwischen der Slowakei und Österreich zu verbessern. Als Beispiele können die Grenzübergänge Moravský Svätý Ján – Hohenau oder Záhorská Ves – Angern, wo eine Fähre verkehrt, und die Errichtung einer Anlage zur Verarbeitung fester und flüssiger Abfälle genannt werden. Ein Mehrwert der verwirklichten Projekte lag im Austausch praktischer Erfahrungen. Sie trugen auch zu einer Erhöhung der wirtschaftlichen und sozialen Standards in der Slowakei bei (slowakische Baufirmen, die sich an den Projekten beteiligten, mussten beispielsweise internationale Auswahlverfahren durchlaufen).<sup>120</sup> Die EU-Mitgliedschaft ermöglichte der Slowakei den Zugang zu den Strukturfonds der EU im Rahmen des Instruments INTERREG III A in der verkürzten Periode von 2004 – 2006. Im Zusammenhang mit Österreich handelte es sich um die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A Slowakei-Österreich. Grundlegenden Einfluss auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sollte erst die Beteiligung der Slowakei an der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit und der damit zusammenhängende Start des Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei-Österreich 2007 – 2013 haben.

Die Laufzeit des operationellen Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich spiegelt den Finanzrahmen der EU wider. Abgedeckt werden also sieben Jahre. Das Jahr 2013 ist somit das letzte Jahr der Laufzeit des aktuellen Finanzrahmens; die neue Finanzperspektive wird die Jahre 2014 – 2020 umfassen.

Da Grenzregionen in der Regel deutlich marginalisiert sind, kann man die operationellen Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Allgemeinen als wichtige Instrumente der Kohäsionspolitik der EU ansehen. Dies gilt in beträchtlichem Maße auch für die slowakisch-österreichische Grenzregion. Mit Ausnahme der Hauptstadtachse Bratislava – Wien gehört der Rest der Grenzregionen als Bestandteil größerer Gebietskörperschaften (Teile der Kreise Bratislava und Trnava auf slowakischer Seite, Teile des Burgenlands und Niederösterreichs auf der österreichischen Seite) zu den relativ peripheren bzw. marginalisierten Gebieten.

---

<sup>120</sup> PHARE, ISPA, SAPARD – od nástrojov predvstupovej pomoci k štrukturálnym fondom Európskej únie. Bratislava: Delegácia Európskej komisie v Slovenskej republike, 2003.

Das Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei-Österreich 2007 – 2013<sup>121</sup> deckt eine ganze Reihe von Herausforderungen in verschiedenen Gebieten ab, einschließlich Verkehr, Umwelt, Entwicklung der lokalen Wirtschaft und Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte sowie Innovationsförderung bzw. Entwicklung der Wissensökonomie einschließlich Wissenschaft und Forschung. Ziel war die Schaffung von Bedingungen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Grenzgebiete unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen mittels der Unterstützung gemeinsamer Projekte und Initiativen. Das Programm konzentriert sich auf drei strategische Achsen: 1) Lernende Region und Wettbewerbsfähigkeit, 2) Erreichbarkeit und nachhaltige Entwicklung und 3) technische Hilfe.

Für eine umfassende Bewertung der Aktivitäten bzw. realisierten Projekte im Rahmen des operationellen Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei-Österreich 2007 – 2013 ist es noch zu früh, da die Programmperiode noch andauert. Man kann jedoch feststellen, dass die Implementierung mehrerer Projekte, die vor allem auf Wirtschaftssubjekte und die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen gerichtet waren, wesentlich von der Schulden- und Finanzkrise beeinflusst wurde, die im ersten Drittel der Programmlaufzeit ausbrach.<sup>122</sup> Der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur ist trotz Teilerfolgen (beispielsweise die Radfahrerbrücke zwischen Devínská Nová Ves und Schlosshof) weiterhin wenig zufriedenstellend. Ein Hindernis für die Arbeitsmobilität stellte die Übergangsfrist bei der Liberalisierung des Arbeitsmarkts dar, die Österreich in der maximalen Dauer, bis zum Jahr 2011, in Anspruch nahm.

## **Europaregionen und weitere Formen der interregionalen Zusammenarbeit**

Durch die Länge der gemeinsamen slowakisch-österreichischen Grenze wird auch die Zahl der Europaregionen bzw. der anderen Formen interregionaler Zusammenarbeit determiniert. Ein gewisses Spezifikum dieser Formen der Zusammenarbeit an der gemeinsamen Grenze stellt ihr multilateraler Charakter dar. Neben der Europaregion Weinviertel-Südmähren-Westslowakei, in der sich die Grenzregionen Tschechiens, Österreichs und der Slowakei zusammenschließen, wurde nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 auf Basis des Städtedreiecks Bratislava-Wien-Győr eine Initiative namens CENTROPE gegründet, in der auch die tschechische Grenzregion Südmähren samt Brno vertreten ist.

---

<sup>121</sup> *Program cezhraničnej spolupráce Slovensko-Rakúsko 2007 – 2013*, Viedeň – Bratislava, Mai 2007, [http://www.sk-at.eu/sk-at/downloads/SK/OP\\_CBC\\_SK-AT\\_07-13\\_final.pdf](http://www.sk-at.eu/sk-at/downloads/SK/OP_CBC_SK-AT_07-13_final.pdf) (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>122</sup> Die Auswirkungen der Krise auf Klein- und Mittelunternehmen analysiert beispielsweise die Studie auf der Internetseite der Nationalen Agentur für die Förderung der Klein- und Mittelunternehmen, vgl. *Analýza vývoja dopadov hospodárskej krízy na MSP*, <http://www.nadsme.sk/files/7-AnalyzavyvojodopadovhospodarskejkrizynaMSP-FINALv2MM.pdf> (abgerufen am 8. 7. 2013).

## **Euregio Weinviertel-Südmähren-Westslowakei**

Das allgemeine Ziel der Europaregionen ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Regionen und die Intensivierung der sozialen Kontakte zwischen den Bevölkerungen einschließlich der Entfaltung unternehmerischer Aktivitäten und der Zusammenarbeit bei Kultur und Bildung. Geographisch liegt das Spezifikum der Region Weinviertel-Südmähren-Westslowakei in der Existenz natürlicher Barrieren, in diesem Fall der Grenzflüsse, was sich auf die grenzüberschreitende Infrastruktur auswirkt. Besonders bemerkbar macht sich dieses Handicap an der slowakisch-österreichischen Grenze, wo es auf einem Abschnitt von mehreren Dutzenden Kilometern nur zwei kleine Straßengrenzübergänge (bei einem davon verkehrt eine Fähre) und keinen einzigen Eisenbahngrenzübergang gibt. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur einschließlich der wechselseitigen Anbindung der Radwege stellt darum eine Priorität für alle beteiligten Seiten dar. Die Region als solche weist einen ausgeprägt ländlichen Charakter auf. Die Weinbaugebiete bieten eine günstige Voraussetzung für die Entwicklung des ländlichen Tourismus, insbesondere für Weinstraßen.

Allgemein besteht das Ziel der 1999 gegründeten Europaregion in der Stärkung der Zusammenarbeit der Grenzregionen primär im kulturell-gesellschaftlichen und im wirtschaftlichen Bereich, wie auch beim Umweltschutz. Die Mehrzahl der Aktivitäten wird allerdings auf Ebene niedrigerer Einheiten realisiert, vor allem auf Ebene einzelner Gemeinden, die konkrete Projekte durchführen und den Namen der Europaregion als Marke für ihre Aktivitäten nutzen.<sup>123</sup>

## **CENTROPE**

Die Initiative CENTROPE umfasst die Agglomerationen Bratislava, Brno, Győr und Wien sowie die angrenzenden Regionen, mithin eines der Gebiete innerhalb der EU mit der dynamischsten Entwicklung. Sie richtet sich auf die Entwicklungsperspektiven der mitteleuropäischen Region vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Qualifikation, Wissenschaft und Forschung, Verkehr und Infrastruktur, Umwelt, Kultur und öffentliche Verwaltung. Im Rahmen dieser Initiative wurden bzw. werden mehrere Projekte in den Bereichen Tourismus, Verkehr und Infrastruktur umgesetzt. Hervorzuheben sind Dokumente, die sich mit Visionen für die strategische Entwicklung der Region in kurz- und mittelfristiger Perspektive befassen und von Experten aus verschiedenen Bereichen ausgearbeitet wurden.<sup>124</sup> Obwohl die Initiative CENTROPE durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Programm Mitteleuropa) unterstützt wird, handelt es sich in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eher um ein komplementäres Instrument als um eine Rahmeninitiative, welche die Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften grundlegend prägen würde.

---

<sup>123</sup> Vgl. <http://www.euregio-weinviertel.eu> (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>124</sup> Vgl. [www.centrope.com](http://www.centrope.com) (abgerufen am 25. 6. 2013).

## Twin City Wien-Bratislava

Für die Auslandsaktivitäten Bratislavas spielt Wien eine fundamentale Rolle. Obwohl die Beziehung zwischen Wien und Bratislava in starkem Maße asymmetrisch ist, was nicht nur auf die unterschiedliche Größe der beiden Städte zurückzuführen ist, schaffen die geographische Nähe und die vielen Ähnlichkeiten Raum für eine enge Zusammenarbeit. Diese Sicht fand ihren Ausdruck in der Entwicklung des Konzepts Twin City Wien-Bratislava. Initiativen, die unter der Marke Twin City verwirklicht werden (bilaterale Treffen von Magistratsangestellten, Fachseminare, gemeinsame Aktivitäten in Wissenschaft und Forschung, kulturell-gesellschaftliche Veranstaltungen usw.) sollen neben der Zusammengehörigkeit der beiden Sädten auch das Entwicklungspotential der beiden Hauptstadtregionen hervorheben.<sup>125</sup> Die Zusammenarbeit wird auch durch Abkommen zwischen den beiden Städten geregelt, konkret die *Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den „Twin City“ Städten Wien und Bratislava* aus dem Jahr 2010<sup>126</sup> und die *Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Bereichen des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements zwischen den Städten Wien und Bratislava*, die im Februar 2013 von den Bürgermeistern beider Städte unterzeichnet wurde.<sup>127</sup> Der Kontakt zwischen den beiden Städten wird auch durch COMPRESS, das Verbindungsbüro der Stadt Wien in Bratislava gefördert, das einen kompletten Informationsservice anbietet.<sup>128</sup> Das sichtbarste Projekt, das die Verbindung zwischen Bratislava und Wien symbolisiert, ist im Moment wohl der regelmäßige Schiffsverkehr mit der Bezeichnung Twin City Liner.

## Regionale Initiativen

Die Slowakei und Österreich sind Mitglieder mehrerer regionaler Initiativen, in mehreren davon gemeinsam. Einige dieser Initiativen zeichnen sich durch eine höhere Dynamik aus, andere haben nur begrenzte Bedeutung. Aufgrund des begrenzten Raums dieser Analyse werden nur die wichtigsten behandelt.

---

<sup>125</sup> Vgl. z.B. *Prehľad medzinárodných aktivít hlavného mesta Slovenskej republiky Bratislavy za obdobie rokov 2007 – 2008 s výhľadom do roku 2010*, Magistrát hlavného mesta Slovenskej republiky Bratislavy, 2009, [http://www.bratislava.sk/MsZ/Archiv/MsZ\\_09\\_07\\_02/Bod\\_06/](http://www.bratislava.sk/MsZ/Archiv/MsZ_09_07_02/Bod_06/) (abgerufen am 25. 6. 2013).

<sup>126</sup> *Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den „Twin City“ Städten Wien und Bratislava*, 19. April 2010, [http://www.bratislava.sk/vismo/dokumenty2.asp?id\\_org=700000&id=11024447](http://www.bratislava.sk/vismo/dokumenty2.asp?id_org=700000&id=11024447) (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>127</sup> Vgl. *Prehľad a hodnotenie medzinárodnej spolupráce hlavného mesta SR Bratislavy za rok 2012*, [http://www.bratislava.sk/MsZ/Archiv/MsZ\\_13\\_04\\_24\\_25/27\\_Medzinarod\\_spolupraca\\_rok2012.pdf](http://www.bratislava.sk/MsZ/Archiv/MsZ_13_04_24_25/27_Medzinarod_spolupraca_rok2012.pdf) (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>128</sup> Vgl. [www.compresspr.sk](http://www.compresspr.sk) (abgerufen am 1. 7. 2013).

## Zentraleuropäische Initiative (ZEI)

Die Tschechoslowakei (ČSFR) trat im Mai des Jahres 1990 einer regionalen Initiative bei, die Ende des Jahres 1989 gegründet wurde und der Österreich, Ungarn, Italien und Jugoslawien angehörten. Nach dem Beitritt der ČSFR wurde die Initiative in Pentagonale umbenannt. Ihr Ziel bestand im Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den im weiteren Sinne mitteleuropäischen Mitgliedstaaten. Nach dem Beitritt Polens erfolgte die Umbenennung in Hexagonale. In der Folge des Zerfalls Jugoslawiens und der individuellen Mitgliedschaft der Nachfolgerepubliken kristallisierte sich schließlich im Jahr 1992 im Konsens die Bezeichnung Zentraleuropäische Initiative (ZEI) heraus.

Nach dem Zerfall der ČSFR wurde die Slowakische Republik eigenständiges Mitglied der ZEI. Obwohl es sich bei der ZEI um eine institutionalisierte regionale Initiative mit einem eigenen Sekretariat (in Triest) handelt, sinkt ihre Bedeutung im Vergleich zur Gründungsphase. Ursachen sind die eingetretenen geostrategischen Veränderungen (10 der 18 Länder der ZEI sind bereits EU-Mitglieder und die meisten anderen streben die Mitgliedschaft an) und das vergleichsweise bescheidene Budget. Angesichts der Unterschiedlichkeit der ZEI-Mitgliedstaaten kann der Mehrwert der ZEI in Zukunft gerade darin liegen, sich stärker auf die Weitergabe von Erfahrungen aus Reform- und Integrationsprozessen zu konzentrieren. Die ZEI verfügt über ein eigenes Schema zur Förderungsvergabe mit Schwerpunktsetzung auf nachhaltige Entwicklung, Wissensökonomie, Kultur, Medien und Zivilgesellschaft, wobei in letzter Zeit immer mehr Aufmerksamkeit auch der Implementierung von EU-Projekten gewidmet wird.<sup>129</sup> Trotz der genannten Aktivitäten kann die ZEI eher als Plattform angesehen werden, die den Meinungsaustausch zu Schlüsselfragen der sehr weit verstandenen Region Mittel- und Osteuropas ermöglicht. Österreich, das im Jahr 2014 von Ungarn den Vorsitz in der ZEI übernimmt, ist zusammen mit Italien wichtigster Geldgeber der ZEI. Abwechselnd mit Italien besetzt es den Posten des/r Generalsekretärs/in bzw. des/r Stellvertreters/in. Neben einem Akzent auf die regionale Brückenfunktion der ZEI zwischen europäischen Makroregionen und der Suche nach Synergien mit anderen internationalen und regionalen Organisationen werden der Westbalkan und die Östliche Partnerschaft zu den Prioritäten des kommenden österreichischen Vorsitzes in der ZEI zählen.

## Die Visegrád – Zusammenarbeit

Die Visegrád-Gruppe wurde im Jahr 1991 als Initiative der ČSFR, Ungarns und Polens gegründet. Die drei Länder waren mit ähnlichen Problemen (politische und wirtschaftliche Transformation) und Herausforderungen (Abzug der sowjetischen Truppen) konfrontiert und verfolgten ähnliche Ziele (Integration in die europäischen Strukturen). Obwohl Österreich schon Anfang der 1990er-Jahre in den Überlegungen zur mitteleuropäischen Zusammenarbeit auftauchte, waren seine soziale Charakteristik und wirtschaftliche Situation dermaßen verschieden, dass es in der Gruppe der

---

<sup>129</sup> Vgl. <http://www.cei.int> (abgerufen 24. 6. 2013).

Transformationsländer eher desintegrierend gewirkt hätte. Auch die Visegrád-Gruppe (V4) selbst hatte nach der zweiten Regierungsübernahme durch den slowakischen Premierminister Vladimír Mečiar mit innerer Heterogenität zu kämpfen, was schließlich zum faktischen Ende der Zusammenarbeit im Rahmen der V4 führte. Nach der Revitalisierung der Gruppe im Jahr 1998 und der Einigung auf Prioritäten der Zusammenarbeit ertönten, auch angesichts des Interesses aller vier Länder an der EU-Integration, wiederum Rufe nach einer Erweiterung der V4, wobei am häufigsten neben Slowenien gerade Österreich als möglicher Kandidat genannt wurde. Doch auch der EU-Beitritt führte nicht zu einer Erweiterung der Gruppe. Im Gegenteil, alle V4-Länder einigten sich darauf, dass es nicht notwendig sei, die Gruppe zu erweitern und dass gerade das „Quartett“ den geeigneten Rahmen für die Zusammenarbeit nach dem EU-Beitritt darstelle.<sup>130</sup>

Auch angesichts der derzeit definierten strategischen Prioritäten der Visegráder Zusammenarbeit, zu denen die innere Kohäsion, das Energiewesen, die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans und der Östlichen Nachbarschaft sowie der Bereich der Sicherheit und Verteidigung gehören, finden sich nur schwer ausgeprägte thematische Überschneidungen mit Österreich, das sich durch Spezifika wie seine Haltung zur Atomenergie und die Neutralität auszeichnet. Als viel praktischeres Modell erscheint die Zusammenarbeit im Format V4+, das die Konzentration auf ausgewählte thematische Bereiche ermöglicht. Als besonders fruchtbringend für beide Seiten erscheint beispielsweise die Zusammenarbeit in spezifischen Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit einem Akzent auf die Region des Westbalkans.

## Die Regionale Partnerschaft

Österreich stellte seinen vier Nachbarstaaten Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien sowie Polen im Jahr 2001 das Konzept der sogenannten Regionalen Partnerschaft vor. Dies geschah zu einer Zeit, als Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ Jörg Haiders innerhalb der EU in unfreiwillige Isolation geraten war. Die Regionale Partnerschaft wurde von Österreich als innovatives Modell regionaler Zusammenarbeit im Rahmen der erweiterten EU mit Konzentration auf die Koordinierung der Positionen zu europäischen Politikfeldern präsentiert. Die Schaffung eines derartigen Blocks der mitteleuropäischen Länder stieß bei den Partnerstaaten jedoch auf ein eher zwiespältiges Echo. Dies lag einerseits daran, dass es bereits bewährte regionale Initiativen gab, insbesondere die V4. Andererseits herrschten in den EU-Beitrittskandidaten gewisse Bedenken, dass das erfahrenere Österreich Ambitionen hegen könnte, die Agenda und Richtung einer derartigen Gruppierung zu beeinflussen. Eine besonders reservierte Haltung legte Polen an den Tag.

---

<sup>130</sup> Vgl. [www.visegradgroup.eu](http://www.visegradgroup.eu) (abgerufen am 24. 6. 2013), auch Strážay, T.: Visegrád – Arrival, Survival, Revival. In: *Two Decades of Visegrad Cooperation. Selected V4 Bibliography*. Bratislava: International Visegrad Fund, 2011.



Als bedeutendste Errungenschaft der Regionalen Partnerschaft kann die Etablierung eines Instruments zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans angesehen werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Weitergabe von Erfahrungen aus den Transformations- und Integrationsprozessen. Auch dieser Mechanismus wurde jedoch in den Jahren 2009/10 in das Format V4+ transformiert, indem zu den regelmäßigen Außenministertreffen der V4-Länder und des Westbalkans auch Österreich und Slowenien eingeladen werden.

## Die Strategie für den Donauraum

Die vierte regionale Initiative hat für die Slowakei und für Österreich gleich große Bedeutung. Es handelt sich um die EU-Strategie für den Donauraum. Sie wurde auf Initiative Österreichs und Rumäniens von der Europäischen Kommission im Jahr 2010 vorgeschlagen und existiert formell seit 2011. Die Donauraumstrategie richtet sich auf Entwicklungsprojekte und Zusammenarbeit in mehreren Schlüsselbereichen einschließlich Infrastruktur, Energiewesen, Wasserwirtschaft, Entwicklung sozialer Kontakte, Bildung und Tourismus. Sie soll auch dazu beitragen, das Entwicklungsniveau zwischen den Gebieten der höher entwickelten nördlicheren Donauabschnitte und Südosteuropa anzuleichen.<sup>131</sup>

Die Slowakei gehört zusammen mit Österreich zu jenen Ländern, die die Donauraumstrategie von Beginn an unterstützten. Obwohl die beiden Staaten keines der 11 prioritären Felder gemeinsam leiten und die Strategie als solche noch ihren Modus Vivendi sucht, kann sie in Zukunft einen Rahmen für Projekte darstellen, die von der Slowakei und Österreich gemeinsam initiiert werden und einen positiven Effekt auf die ganze Donauregion haben könnten.<sup>132</sup>

## Vorläufige Schlussfolgerungen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich machte in den letzten 20 Jahren eine dynamische Entwicklung durch. Im Jahr 1993, als die slowakisch-österreichischen bilateralen Beziehungen ihren Anfang nahmen, waren weder die Slowakei noch Österreich EU-Mitglieder. Österreich trat der EU im Jahr 1995 bei, die Slowakei erst 2004. Während dieser neun Jahre entfaltete sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern als Zusammenarbeit über die EU-Außengrenze hinweg, wobei die Slowakei als Kandidatenland Mittel aus

---

<sup>131</sup> *EU Strategy for the Danube Region*, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperate/danube/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/danube/index_en.cfm) (abgerufen am 1. 7. 2013).

<sup>132</sup> Die Slowakei und Österreich koordinieren beispielsweise die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie für einen Donau-Innovationsfonds. Vgl. *EU Strategy for the Danube Region, National factsheet – Slovakia*, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperate/danube/pdf/sk\\_eusdr\\_country\\_fiche\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/danube/pdf/sk_eusdr_country_fiche_en.pdf) (abgerufen am 8. 7. 2013).

den Vorbeitrittsfonds der EU beziehen konnte. Dieser Tatsache trugen die Mechanismen der Zusammenarbeit Rechnung. In den Jahren 1996 – 2000 und 2000 – 2004 entwickelte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch dank der Investitionsmittel PHARE CBC. Durch den EU-Beitritt im Jahr 2004 erhielt die Slowakei direkten Zugang zu den Strukturfonds. Die slowakisch-österreichische Grenze wurde aus einer EU-Außengrenze zu einer Binnengrenze zwischen Mitgliedstaaten. Der Beitritt der Slowakei zum Schengen-System erleichterte durch die Abschaffung der Kontrollen an der gemeinsamen Grenze die Entwicklung der sozialen Kontakte auf beiden Seiten der Grenze. Auch die Zahl der Bürgerinnen und Bürger aus der Slowakei, die in den grenznahen Orten Österreichs leben, hat sich stark erhöht. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass die Bürgerinnen und Bürger der Slowakei häufiger die Möglichkeit nutzten und nutzen, die österreichischen Nachbarregionen zu besuchen, als die Österreicherinnen und Österreicher die Slowakei. Ein Meilenstein in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war der Beitritt der Slowakei zur Eurozone im Jahr 2009. Dadurch wurden Zahlungen im Fremdenverkehr erleichtert und grenzüberschreitende Finanztransaktionen für unternehmerische Subjekte vereinfacht. Negativ wurde hingegen die Entwicklung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch die Schulden- bzw. Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 beeinflusst.

Die slowakischen und österreichischen Regionen, die an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt sind, weisen weiterhin eine starke Heterogenität auf. Ein unterschiedliches Niveau des wirtschaftlichen Entwicklungsstands macht sich nicht nur beim Vergleich der slowakischen mit den österreichischen Regionen bemerkbar, sondern auch innerhalb der slowakischen bzw. österreichischen Regionen. Diese Unterschiede wurden durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt. Während der Raum Bratislava bzw. der Raum Wien und die nahe Umgebung in Bezug auf das BIP im EU-Vergleich weit über dem Durchschnitt liegen, weisen die Regionen im nordöstlichen österreichischen Grenzgebiet bzw. im nordwestlichen slowakischen Grenzgebiet weiterhin einen Rückstand auf.

Obwohl im Bereich der Eisenbahn- und Straßeninfrastruktur in den Grenzregionen die Verwirklichung mehrerer bedeutender Projekte glückte – die Errichtung der Eisenbahnverbindung aus Petržalka und die Autobahnverbindung (deren Bau angesichts ihrer Bedeutung unverhältnismäßig lange dauerte) – wurden mehrere Projekte trotz existierender Pläne nicht umgesetzt. Der Mehrjährige Finanzrahmen für 2014-2020 wird diesbezüglich neue Möglichkeiten mit sich bringen.

Im Bereich der Wissenschaft und Forschung, der insgesamt als einer der bestentwickelten angesehen werden kann, existieren ebenfalls Reserven. Diese Feststellung gilt auch in Bezug auf die Schul- und Studienaustauschprojekte, obwohl mehrere Verträge existieren, die die Zusammenarbeit zwischen slowakischen und österreichischen Universitäten regeln. Unübersehbar ist die ausgeprägte Asymmetrie in der Zahl der österreichischen Studierenden in der Slowakei im Vergleich zu den slowakischen Studierenden in Österreich. Allgemein kann man feststellen, dass zwar die österreichischen

Grenzregionen der slowakischen Bevölkerung vertraut sind, dasselbe jedoch umgekehrt nur in sehr eingeschränktem Maße gilt. Die slowakischen Regionen könnten sich daher in der nächsten Zeit mehr bemühen, das Interesse ihrer österreichischen Partner zu gewinnen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erreicht ihre Ziele nur, wenn sie ausgewogen ist und gewinnbringend für die Partner auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenze ist.

Bei der Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Österreich im Rahmen regionaler Initiativen scheint das Format V4+, dessen Daseinsberechtigung sich erwiesen hat, über die aussichtsreichste Perspektive zu verfügen. Im Einverständnis mit der österreichischen Seite könnte diese Zusammenarbeit weiter intensiviert werden, indem sie sich neuen thematischen Bereichen zuwenden könnte. Aussichtsreich erscheint auch die Zusammenarbeit bei konkreten Projekte im Rahmen der Donauraumstrategie, obwohl es sich in diesem Fall um ein ganz neues Modell der (makroregionalen) Zusammenarbeit handelt und die Implementierung konkreter Projekte noch etwas länger auf sich warten lassen wird. Was die Zusammenarbeit im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative betrifft, so gilt es in Zukunft zu beobachten, ob sie durch ihre neuen Projekttätigkeiten und als intensivierete Diskussionsplattform tatsächlich einen nennenswerten Mehrwert für die regionale Zusammenarbeit bietet. In Bezug auf die Regionale Partnerschaft ist eine fortgesetzte Zusammenarbeit davon abhängig, ob eine geeignete Agenda von Sachthemen gefunden wird, die für alle Länder Mitteleuropas attraktiv ist.

## Politik, Kultur, Bildung

- Die Frequenz der politischen Begegnungen sollte gezielt erhöht werden, da intensive und konstruktive politische Beziehungen die notwendige Bedingung für den erfolgreichen Umgang mit grenzüberschreitenden Herausforderungen und Problemen darstellen. Dies gilt nicht nur für Kontakte auf Ebene der Staatspräsidenten, Regierungschefs und Außenminister, sondern genauso für die Kontakte zwischen Fachministerien.
- Zusätzlich zu den klassischen bilateralen Begegnungen sollte der Nutzen ergänzender Formate geprüft werden. Diskussionsforen unter Expertenbeteiligung könnten dazu beitragen, weitere Potentiale der Zusammenarbeit zu identifizieren. Gemeinsame Regierungssitzungen könnten ein Signal an die jeweiligen Bevölkerungen senden, dass Österreich und die Slowakei eine Vielzahl von Interessen teilen und eine enge Verflechtung zwischen den beiden Ländern besteht.
- Österreich und die Slowakei teilen nicht nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, dem Schengen- und Euroraum, sondern auch zahlreiche inhaltliche Positionen zur Zukunft der EU und zu Lösungsansätzen für die Situation in der Eurozone. Die beiden Länder sollten daher systematischer den Dialog über ihre gemeinsamen Interessen im Rahmen der Europäischen Union suchen.
- Österreich sollte sich die Tatsache stärker vor Augen führen, dass es in der Slowakei in vielen Bereichen als vorbildlich angesehen wird. So wurde beispielsweise bei der slowakischen Polizeireform auf österreichische Erfahrungen zurückgegriffen, ebenso beim Aufbau der slowakischen Entwicklungszusammenarbeit. Gegenwärtig ruft die praxisnahe österreichische duale Berufsausbildung das Interesse slowakischer Entscheidungsträger hervor. Österreich sollte aktiv sein Know-how in Feldern anbieten, die sich in der Slowakei in der Transformation befinden.
- Österreich sollte weiterhin Lektorinnen und Lektoren in die Slowakei entsenden und zusätzliche Wege suchen, die Lehre der deutschen Sprache in der Slowakei zu unterstützen.
- Die Slowakei sollte ihre „Public Diplomacy“ in Österreich verstärken. Zu diesem Zweck sollte sie den Kontakt mit österreichischen Medien intensivieren, um die Chance zu erhöhen, dass die Darstellung der Slowakei in Zukunft weniger selektiv ausfällt. Das Slowakische Institut in Wien sollte mit genügend Kapazitäten ausgestattet werden, um in der österreichischen Öffentlichkeit ausreichend wahrgenommen zu werden.
- Sowohl die Slowakei als auch Österreich sollten verstärkt versuchen, nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in den Regionen das Wissen und Interesse am jeweiligen Nachbarland zu erhöhen.

## Handels- und Investitionsbeziehungen

- Das Potential der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Slowakei ist noch längst nicht ausgeschöpft. Gemeinsame Projekte im Bereich der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, der Energiesicherheit und der Diversifikation der Energiequellen sind Beispiele, wo die Zusammenarbeit schon einige Jahre andauert und gewiss fortgesetzt wird. Sowohl beim Handelsaustausch als auch bei den Investitionen und im Dienstleistungsbereich einschließlich der Zusammenarbeit im Tourismusbereich ist Wachstum zu verzeichnen. Die Slowakei entwickelte sich während der letzten 20 Jahre zu einem bedeutenden Handelspartner Österreichs, wobei sich das wachsende Handelsvolumen mit Österreich allmählich dem Handel der Slowakei mit ihren traditionellen Handelspartnern (ihren Nachbarn Polen und Ungarn) annähert. Allerdings ist aus Sicht Österreichs (und des Handels Österreichs mit seinen Nachbarn) offenkundig, dass noch ein großer Raum zur Intensivierung der wechselseitigen Handelsbeziehungen existiert.
- Einseitig ist bislang die Situation im Bereich der Investitionen. Österreich ist einer der bedeutendsten Investoren in der Slowakei. Viele österreichische Firmen sind schon lang in der Slowakei etabliert und schaffen dort viele Arbeitsplätze. Slowakische Investitionen in Österreich gibt es hingegen derzeit nur vereinzelt, allerdings ist der Trend ansteigend.
- Ein Positivum der Zusammenarbeit ist auch die Existenz von Institutionen, welche die wechselseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützen. Es ist jedoch notwendig, eine bessere Koordination ihrer Aktivitäten zu erzielen, den Zugang insbesondere der Klein- und Mittelunternehmen zu den verfügbaren Informationen und Unterstützungsprogrammen zu vereinfachen und das Umfeld für die Schaffung weiterer Plattformen oder Cluster zur wechselseitigen sektoralen oder sektorenübergreifenden Zusammenarbeit zu gestalten. Erwägenswert ist auch die Suche nach weiteren Instrumenten – auch finanziellen – zur Unterstützung von Handels- und Investitionsprojekten, einschließlich einer effektiveren Nutzung der externen Mittel aus den Fonds der EU.
- Aus heutiger Sicht bietet sich vor allem im Bereich der Verkehrs- und Energieinfrastruktur ein perspektivenreiches Potential zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Implementierung gemeinsamer Projekte. Gleichmaßen weist ein Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Energiesicherheit und der Diversifizierung der Energiequellen beträchtliches Potential auf, primär durch das Projekt der Ölpipeline-Verbindung zwischen Bratislava und Schwechat, jedoch auch die Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energiequellen. Die Slowakei birgt auch Potential für den Know-how-Transfer und für österreichische Investitionen in die Stadterneuerung, vor allem in Bezug auf die Energieeffizienz.
- Das technologische Niveau der österreichischen Unternehmen stellt ein enormes Potential für weitere Investitionen in der Slowakei dar, vor allem in Sektoren wie Maschinenbau, Chemie, Pharmazie und Lebensmittelindustrie.

- Großes Potential weist auch die gemeinsame Entwicklung des Tourismus auf, auch wenn gegenwärtig eher Konkurrenz als Zusammenarbeit überwiegt. Österreichische Firmen haben beim Know-how und den Tourismusdienstleistungen eine Führungsrolle inne, von der auch slowakische Tourismusregionen profitieren können. Gerade die Qualität und Komplexität der Dienstleistungen sind Schlüsselfaktoren für die Bemühungen der Slowakei, die Aufenthaltsdauer der Gäste in ihren Tourismuszentren zu verlängern. Eine allfällige Entwicklung gemeinsamer Produkte im Tourismus könnte beiden Ländern helfen, nicht nur die Zahl der Gäste zu erhöhen, sondern auch den bilateralen Fremdenverkehr zu intensivieren.
- Eine zentrale Rolle sollte in den nächsten Jahren die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, Wissenschafts- und Forschungszentren einnehmen. Für die Slowakei sind von besonderer Bedeutung die großen österreichischen Erfahrungen beim Transfer innovativer Technologien zwischen dem akademischen und dem Firmensektor, einschließlich der praktischen Ausbildung in den Firmen. Doch auch Österreich kann von einem wechselseitigen Erfahrungstransfer profitieren.

## Die Slowakei und Österreich in der EU

- Die strategische Verbindung Österreichs und der Slowakei im Rahmen der Eurozone und die periphere geographische Position im Osten der EU schaffen die Voraussetzung für eine neue Intensität des bilateralen Dialogs der beiden Länder in Schlüsselfragen der Europäischen Integration. Österreich und die Slowakei machten nach dem Ausbruch der Finanzkrise zur Jahreswende 2008/2009 eine ähnliche positive Erfahrung im Inneren der Eurozone die sie als Schutz vor der Instabilität der Wechselkurse erlebten. Im Zuge der Bewältigung der Schuldenkrise reichten sich beide Länder unter die sogenannten nördlichen Staaten, die in den ersten Jahren der Schuldenkrise den Akzent auf Verantwortung und Fiskaldisziplin legten. Im Unterschied zu Österreich und der Slowakei sahen sich zu dieser Zeit die umliegenden Länder mit starken Schwankungen ihrer Währungen konfrontiert. Beide Staaten befinden sich zudem in der Position von Ländern, die das Potential aufweisen, Brücken der Zusammenarbeit und einen Dialog mit jenen Ländern aufzubauen, die sich um die EU-Mitgliedschaft bemühen, wobei es im besonderen Interesse der Slowakei liegt, ein größtmögliches Maß an politischer und wirtschaftlicher Kohäsion zwischen den Ländern der Eurozone und den restlichen EU-Staaten zu bewahren, insbesondere mit den benachbarten Visegrád-Staaten.
- Durch die Nähe der Interessen und die mehrfach ähnlichen Positionen der Slowakei und Österreichs in der EU ergeben sich die Voraussetzungen, um das bis unlängst asymmetrische Verhältnis zwischen Bratislava und Wien in europäischen Angelegenheiten zu überbrücken. Es existiert ein reales Potential für einen strategi-

schen Dialog und eine engere Partnerschaft Österreichs und der Slowakei vor allem in Bezug auf die Funktionsweise der Eurozone, die Erweiterung auf dem Westbalkan und die Vertiefung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn der EU. Diese Themen bilden einen guten Ausgangspunkt beispielsweise für das Format gemeinsamer Regierungssitzungen der beiden Nachbarländer oder für informelle regelmäßige Arbeitskonsultationen in Brüssel, in den beiden Hauptstädten oder auch in den Kandidatenländern oder den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

- Im Rahmen der weiteren Diskussion über die EU existiert ebenfalls Raum für einen Austausch von Erfahrungen mit einer öffentlichen Debatte über die Europäische Integration in beiden Ländern. Die österreichische öffentliche Meinung ist gegenüber der EU skeptischer als die slowakischen Bürgerinnen und Bürger, doch die Haltung der Öffentlichkeit ist in beiden Ländern labil. Eine Idee für den Erfahrungsaustausch in diesem Bereich ist die wechselseitige Teilnahme von Persönlichkeiten beider Länder an öffentlichen Aktivitäten betreffend die EU wie beispielsweise dem „Nationalen Konvent über die EU“ in der Slowakei oder den „EU –Townhall – Meetings“ (Stadtgesprächen) über die Europäische Integration in Österreich.
- Eine strategische Priorität Bratislavas in der EU ist außer der stabilen Entwicklung der gemeinsamen Währung auch die Vorbereitung auf den EU-Vorsitz der Slowakei in der zweiten Hälfte des Jahres 2016. Österreich stellt einen natürlichen engen Partner für die Weitergabe von Erfahrungen im Prozess der Vorbereitung der Slowakischen Republik auf ihren ersten EU-Vorsitz dar. Dies könnte in Form regelmäßiger Konsultationen und allenfalls durch Unterstützung österreichischer Fachleute geschehen.

## Energie

Im Bereich des Energiewesens können folgende Empfehlungen formuliert werden:

- Prüfung, ob die jährlichen Expertentreffen für Fragen der Kernenergie (21 Treffen seit 1993), die aufgrund des Regierungsabkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz organisiert werden, zu einer Annäherung der Positionen im Bereich der Atomenergie beitragen. Auf Grundlage des Ergebnisses der Prüfung könnte eine Ergänzung des existierenden Formats mit dem Ziel einer Intensivierung des bilateralen Dialogs vorgeschlagen werden. Erwägung der Möglichkeit, den geschlossenen Expertendialog um ein neues, paralleles Format zu erweitern, das auch die Beteiligung nichtstaatlicher Experten und von Vertretern der weiteren interessierten Öffentlichkeit aus beiden Ländern ermöglichen würde.
- Ausarbeitung von Szenarien auf bilateraler Regierungsebene unter Beteiligung der Stromnetzbetreiber und der nationalen Regulierungsbehörden für das Strom-

Marketcoupling zwischen Österreich und Deutschland einerseits und der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn andererseits im Einklang mit dem EU-Ziel der Errichtung eines Energiebinnenmarkts für elektrische Energie.

- Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Projekte zur Schaffung eines Nord-Süd-Gaskorridors mit Blick auf die Errichtung von Flüssiggasterminals an der Adria und der polnischen Küste, einschließlich einer slowakisch-polnischen Gasleitungsverbindung. Dadurch wird eine Erhöhung der Kapazität und der beidseitig vorteilhaften Auslastung der existierenden bidirektionalen Gasleitungsverbindung Baumgarten – Slowakei ermöglicht. Außerdem Erwägung einer Zusammenarbeit im Sinne einer Ermöglichung der Flussumkehr des Gases an der österreich-italienischen Verbindung, was ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Gasversorgungssicherheit Mitteleuropas wäre.
- Zusammenarbeit in der Frage, wie ein sicherer Betrieb der geplanten Ölleitungsverbindung Bratislava – Schwechat erreicht werden kann, um eine Umweltgefährdung durch den Betrieb der Pipeline auszuschließen.

## Grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit

Angesichts der bisherigen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der existierenden Erfordernisse lassen sich folgende Empfehlungen für die beteiligten Akteure in der Slowakischen Republik und in Österreich formulieren:

Im Bereich der Schieneninfrastruktur:

- Unverzügliche Elektrifizierung der Strecke Wien-Marchegg-Devínska Nová Ves.
- Bemühung um Revitalisierung der Anbindung der Eisenbahnstrecke Wien-Wolfsthal an das existierende Schienennetz auf dem Gebiet der Slowakei, einschließlich der Errichtung eines Anschlusses an den Flughafen Bratislava, um die Verbindung der Flughäfen beider Länder zu ermöglichen; allenfalls Erwägung einer alternativen Eisenbahnverbindung zwischen den Flughäfen Schwechat und Bratislava.

Im Bereich der Straßeninfrastruktur:

- Bemühung um möglichst schnelle Errichtung der Schnellstraße S8 von Wien über Marchegg zur slowakischen Staatsgrenze, einschließlich einer neuen Brücke an der Grenze. Auf der slowakischen Seite Bemühung um Fertigstellung des gesamten Abschnitts der Autobahn D4, einschließlich der Umfahrung Bratislavas und des Tunnels unter den Kleinen Karpaten.
- Errichtung einer Brücke über die March zwischen den Ortschaften Záhorská Ves und Angern für den Individualverkehr und Lastverkehr bis 3,5 t.



- Erwägung der Möglichkeit, eine Marchbrücke zwischen Moravský Svätý Ján und Hohenau zu errichten, deren Betrieb nicht vom Wasserstand der March abhängig ist.
- Vollendung des Netzes der Radwege auf slowakischer Seite, damit von der Brücke der Freiheit bei Schlosshof die problemlose Anbindung an das existierende Radwegenetz auf der slowakischen Seite gewährleistet ist.

Im Bereich der Zusammenarbeit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften:

- Unterstützung für gemeinsame Projekte slowakischer und österreichischer Gebietskörperschaften mit dem Ziel, die sozialen grenzüberschreitenden Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu intensivieren.
- Weitere Intensivierung der Kontakte zwischen Niederösterreich und dem Burgenland einerseits und den Kreisen Bratislava und Trnava andererseits und Schaffung eines adäquaten Umfelds für die Entwicklung unternehmerischer Vorhaben.
- Intensivierung der existierenden Kontakte zwischen Wien und Bratislava. Erwägung der Möglichkeit, ein Vertretungsbüro der Stadt Bratislava in Wien zu eröffnen. Bemühung um Revitalisierung des Twin City Projekts mit Schwerpunkt auf die Implementierung innovativer Vorschläge für die Intensivierung der Kontakte zwischen den Bevölkerungen beider Städte. Größere Unterstützung für die Aktivitäten und gemeinsamen Projekte von Nichtregierungsorganisationen.
- Fortsetzung der Unterstützung für die Zusammenarbeit im Rahmen der Region CENTROPE, die den Großraum Wien, Bratislava, Győr und Brno umfasst. Schwerpunkt auf die Schaffung der Bedingungen für die Wissensökonomie in der ganzen Region.
- Fortsetzung der Unterstützung für gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der Euroregion Weinviertel-Südmähren-Westslowakei.
- Konzentration auf größere Sichtbarkeit gemeinsamer Initiativen und auf die Propagierung grenzüberschreitender Projekte in den Medien beider Länder.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit bzw. der regionalen Initiativen:

- Fortsetzung der beidseitig vorteilhaften Zusammenarbeit im Format V4+ und Identifikation weiterer Bereiche, in denen die Zusammenarbeit in diesem Format für beide Seiten nutzbringend sein kann.
- Unterstützung und Verwirklichung möglichst vieler bilateraler und multilateraler Projekte unter Nutzung des Potentials, das sich aus der gemeinsamen Beteiligung der Slowakei und Österreichs an der Donaunraumstrategie ergibt.